ZWEI TAKTIKEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION[1]

Geschrieben Juni–Juli 1905.
Zuerst veröffentlicht als Broschüre in Genf im Juli 1905.

Nach dem Text der Broschüre, verglichen mit dem Manuskript.

N. Lenin. Deux tactiques.

Prix: 1 fr. 25 cts. — 1 mk. — 18 ch. — 25 cent.

Россійская Соціальдемократическая Рабочая Партія.

Пролетаріи всѣхъ странъ соединяйтесь!

Н. ЛЕНИНЪ.

Двѣ тактики соціальдемократіи въ демократической революціи.

Изданіе Центр. Ком. Р. С. Д. Р. П.

ЖЕНЕВА
Типографія Партіи. 3, rue de la Colline 3.
1905.

Umschlag von W. I. Lenins Broschüre
„Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“
1905

Verkleinert

VORWORT

In einem revolutionären Augenblick ist es sehr schwer, mit den Ereignissen Schritt zu halten, die erstaunlich viel neues Material für die Beurteilung der taktischen Losungen der revolutionären Parteien liefern. Diese Broschüre ist vor den Odessaer Ereignissen geschrieben worden.* Wir haben im „Proletari"[2] (Nr. 9, „Die Revolution lehrt")** schon darauf hingewiesen, daß sogar jene Sozialdemokraten, die die Theorie vom Aufstand als Prozeß geschaffen und die Propaganda für eine provisorische revolutionäre Regierung verworfen hatten, durch diese Ereignisse gezwungen wurden, faktisch auf die Seite ihrer Opponenten überzugehen oder mit dem Übergang zu beginnen. Die Revolution lehrt zweifellos mit einer Schnelligkeit und Gründlichkeit, die in Zeiten der friedlichen politischen Entwicklung unwahrscheinlich erscheinen. Und sie lehrt, was besonders wichtig ist, nicht nur die Führer, sondern auch die Massen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Revolution den Arbeitermassen in Rußland den Sozialdemokratismus beibringen wird. Die Revolution wird in der Praxis das Programm und die Taktik der Sozialdemokratie dadurch bestätigen, daß sie die wahre Natur der verschiedenen Gesellschaftsklassen enthüllt, daß sie den bürgerlichen Charakter unserer Demokratie und die wirklichen Bestrebungen der Bauernschaft offenbart, die im bürgerlich-demokratischen Sinne revolutionär ist, aber nicht die Idee der „Sozialisierung", sondern den neuen Klassenkampf zwischen der bäuerlichen Bourgeoisie und dem ländlichen Proletariat in ihrem Schoße birgt. Die

* Gemeint ist der Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Fürst Potjomkin". (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

** Siehe den vorliegenden Band, S. 139. *Die Red.*

alten Illusionen der alten Volkstümlerrichtung, die zum Beispiel im Programmentwurf der „Partei der Sozialrevolutionäre" so deutlich durchschimmern, sowohl was die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland und den Demokratismus unserer „Gesellschaft" betrifft als auch hinsichtlich der Bedeutung des vollen Sieges des Bauernaufstands — alle diese Illusionen werden von der Revolution erbarmungslos und endgültig zerstreut werden. Die verschiedenen Klassen werden in der Revolution zum erstenmal eine wirkliche politische Feuertaufe erhalten. Diese Klassen werden aus der Revolution mit einer bestimmten politischen Physiognomie hervorgehen, nachdem sie sich nicht nur in den Programmen und taktischen Losungen ihrer Ideologen, sondern auch in der offenen politischen Aktion der Massen gezeigt haben werden.

Kein Zweifel, daß die Revolution uns belehren und daß sie die Volksmassen belehren wird. Doch für die kämpfende politische Partei steht jetzt die Frage so: Werden wir die Revolution etwas lehren können? Werden wir von der Richtigkeit unserer sozialdemokratischen Lehre und von unserer Verbindung mit der einzigen bis zu Ende revolutionären Klasse, dem Proletariat, so Gebrauch machen können, daß wir der Revolution den proletarischen Stempel aufdrücken, die Revolution in der Tat und nicht in Worten zum wirklich entscheidenden Siege führen und die Wankelmütigkeit, die Halbschlächtigkeit und den Verrat der demokratischen Bourgeoisie paralysieren?

Auf dieses Ziel müssen wir alle unsere Anstrengungen richten. Ob wir es erreichen, hängt einerseits von der Richtigkeit unserer Einschätzung der politischen Lage, von der Richtigkeit unserer taktischen Losungen ab, anderseits von der Unterstützung dieser Losungen durch die reale Kampfkraft der Arbeitermassen. Auf die Festigung und Ausdehnung der Verbindung mit der Masse ist die gesamte übliche, reguläre, laufende Arbeit aller Organisationen und Gruppen unserer Partei gerichtet: die Propaganda-, Agitations- und Organisationsarbeit. Diese Arbeit ist stets notwendig, aber in einem revolutionären Augenblick kann sie weniger denn je als ausreichend erachtet werden. In einem solchen Augenblick drängt die Arbeiterklasse instinktiv zur offenen revolutionären Aktion, und wir müssen es verstehen, die Aufgaben dieser Aktion richtig zu stellen, um dann die Kenntnis dieser Aufgaben und das Verständnis für sie möglichst weit zu verbreiten. Man darf nicht vergessen, daß sich hinter dem landläufigen

Pessimismus betreffs unserer Verbindung mit der Masse jetzt besonders häufig bürgerliche Ideen über die Rolle des Proletariats in der Revolution verbergen. Wir müssen zweifellos noch viel, sehr viel tun, um die Arbeiterklasse zu erziehen und zu organisieren, aber die ganze Frage dreht sich heute darum, wo der politische Schwerpunkt dieser Erziehung und dieser Organisation hauptsächlich liegen soll. In den Gewerkschaften und den legalen Vereinen oder im bewaffneten Aufstand, in der Schaffung einer revolutionären Armee und einer revolutionären Regierung? Durch das eine wie durch das andere wird die Arbeiterklasse erzogen und organisiert. Und das eine wie das andere ist natürlich notwendig. Heute, in der gegenwärtigen Revolution, läuft jedoch die ganze Frage darauf hinaus, wo der Schwerpunkt der Erziehung und der Organisation der Arbeiterklasse liegen wird, im ersten oder im zweiten?

Der Ausgang der Revolution hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse als Handlanger der Bourgeoisie, der in seiner Stoßkraft gegen die Selbstherrschaft zwar mächtig, politisch aber ohnmächtig ist, oder als Führer der Volksrevolution auftreten wird. Die bewußten Vertreter der Bourgeoisie spüren das sehr wohl. Eben deshalb preist ja die Zeitschrift „Oswoboshdenije"[3] das Akimowianertum in der Sozialdemokratie, den „Ökonomismus", der *heute* die Gewerkschaften und die legalen Vereine in den Vordergrund rückt. Eben deshalb begrüßt ja Herr Struve („Oswoboshdenije" Nr. 72) die prinzipiellen Tendenzen des Akimowianertums in der neuen „Iskra"[4]. Und eben deshalb fällt er über die verhaßte revolutionäre Engherzigkeit der Beschlüsse her, die der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gefaßt hat.

Richtige taktische Losungen der Sozialdemokratie haben jetzt für die Führung der Massen besonders große Bedeutung. Nichts ist gefährlicher, als die Bedeutung prinzipienfester taktischer Losungen in revolutionären Zeiten herabzusetzen. Die „Iskra" zum Beispiel geht in Nr. 104 faktisch auf die Seite ihrer Opponenten in der Sozialdemokratie über, äußert sich aber zugleich geringschätzig über die Bedeutung der Losungen und taktischen Beschlüsse, die dem Leben vorangehen und den Weg zeigen, den die Bewegung, begleitet von manchen Mißerfolgen, Irrtümern usw., einschlägt. Im Gegenteil, die Ausarbeitung richtiger taktischer Beschlüsse hat gewaltige Bedeutung für eine Partei, die das Proletariat im Geiste konsequent marxistischer Prinzipien führen und nicht bloß hinter den Ereignis-

sen einhertrotten will. In den Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Konferenz des abgespaltenen Teils der Partei* haben wir die präzisesten, bestdurchdachten und vollständigsten Darlegungen der taktischen Auffassungen, nicht wie sie zufällig von einzelnen Literaten geäußert, sondern wie sie von den verantwortlichen Vertretern des sozialdemokratischen Proletariats angenommen worden sind. Unsere Partei hat allen anderen Parteien voraus, daß sie ein präzises, von allen angenommenes Programm besitzt. Sie muß für die anderen Parteien auch darin ein Vorbild sein, daß sie sich zu ihren taktischen Resolutionen streng verhält, im Gegensatz zum Opportunismus der demokratischen Bourgeoisie, wie er sich im „Oswoboshdenije" äußert, und zu den revolutionären Phrasen der Sozialrevolutionäre, die erst während der Revolution auf den Gedanken kamen, mit dem „Entwurf" eines Programms hervorzutreten und sich zum erstenmal mit der Frage zu befassen, ob das, was sich vor ihren Augen abspielt, eine bürgerliche Revolution ist.

Deshalb halten wir es für die dringlichste Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie, die taktischen Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Konferenz aufmerksam zu studieren, die in ihnen enthaltenen Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus festzustellen und sich über die konkreten Aufgaben des sozialdemokratischen Proletariats in der demokratischen Revolution klarzuwerden. Dieser Arbeit ist auch die vorliegende Schrift gewidmet. Die Überprüfung unserer Taktik vom Gesichtspunkt der marxistischen Prinzipien und der Lehren der Revolution ist auch für denjenigen notwendig, der die Einheitlichkeit der Taktik als Grundlage für die künftige volle Einigung der ganzen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands real vorbereiten und sich nicht nur auf Worte der Ermahnung beschränken will.

Juli 1905 *N. Lenin*

* Am III. Parteitag der SDAPR (London, Mai 1905) nahmen nur die Bolschewiki teil. An der „Konferenz" (Genf, zur selben Zeit) beteiligten sich nur die Menschewiki, die in der vorliegenden Schrift oft als „Neuiskristen" bezeichnet werden, denn sie gaben zwar die „Iskra" weiter heraus, ließen aber durch den Mund ihres damaligen Gesinnungsgenossen Trotzki erklären, daß zwischen der alten und der neuen „Iskra" ein Abgrund klafft. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

1. DIE AKTUELLE POLITISCHE FRAGE

In dem revolutionären Augenblick, den wir durchleben, steht die Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung auf der Tagesordnung. Wie diese Frage zu lösen ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Drei politische Richtungen treten hervor. Die zaristische Regierung findet sich mit der Notwendigkeit ab, Volksvertreter einzuberufen, will aber auf keinen Fall zulassen, daß deren Versammlung eine vom ganzen Volk gewählte und eine konstituierende Versammlung ist. Sie scheint, wenn man den Zeitungsmeldungen über die Arbeiten der Bulyginschen Kommission[5] glauben darf, mit einer beratenden Versammlung einverstanden zu sein, die ohne Freiheit der Agitation und auf Grund eines beschränkten Zensus- oder eines beschränkten ständischen Wahlrechts gewählt wird. Das revolutionäre Proletariat, soweit es unter der Führung der Sozialdemokratie steht, fordert den vollständigen Übergang der Macht an eine konstituierende Versammlung und erstrebt zu diesem Zweck nicht nur das allgemeine Wahlrecht und nicht nur die volle Agitationsfreiheit, sondern außerdem den unverzüglichen Sturz der zaristischen Regierung und ihre Ersetzung durch eine provisorische revolutionäre Regierung. Die liberale Bourgeoisie schließlich, die ihre Wünsche durch den Mund der Führer der sogenannten „Konstitutionell-Demokratischen Partei"[6] zum Ausdruck bringt, fordert nicht den Sturz der zaristischen Regierung, stellt nicht die Losung einer provisorischen Regierung auf und besteht nicht auf realen Garantien dafür, daß die Wahlen vollkommen frei und korrekt durchgeführt werden und daß die Vertreterversammlung zu einer tatsächlich vom ganzen Volk gewählten und zu einer tatsächlich konstituierenden Versammlung wird. Im Grunde erstrebt die liberale Bour-

geoisie, diese einzige ernsthafte soziale Stütze der „Oswoboshdenije"-Richtung, einen möglichst friedlichen Ausgleich zwischen dem Zaren und dem revolutionären Volk, und zwar einen solchen Ausgleich, bei dem ihr, der Bourgeoisie, am meisten, dem revolutionären Volk dagegen, dem Proletariat und der Bauernschaft, am wenigsten Macht zuteil würde.

So ist die politische Lage im gegebenen Augenblick. Das sind die drei politischen Hauptrichtungen, die den drei sozialen Hauptkräften des heutigen Rußlands entsprechen. Darüber, wie die „Oswoboshdenzen" ihre Halbschlächtigkeit, d. h. direkter und einfacher gesagt, ihre der Revolution gegenüber abtrünnige, verräterische Politik mit demokratisch klingenden Phrasen bemänteln, haben wir im „Proletari" schon des öfteren gesprochen (Nr. 3, 4 und 5)*. Betrachten wir nunmehr, wie die Sozialdemokraten den Aufgaben des Augenblicks Rechnung tragen. Ausgezeichnetes Material bilden in dieser Hinsicht die beiden Resolutionen, die erst unlängst vom III. Parteitag der SDAPR und von der „Konferenz" des abgespaltenen Teils der Partei angenommen wurden. Die Frage, welche dieser beiden Resolutionen den politischen Augenblick richtiger beurteilt und die Taktik des revolutionären Proletariats richtiger bestimmt, hat größte Bedeutung, und jeder Sozialdemokrat, der seine Pflichten als Propagandist, Agitator und Organisator verantwortungsbewußt erfüllen will, muß sich unter völliger Beiseitelassung von Erwägungen, die nicht zur Sache gehören, mit allem Ernst über diese Frage Klarheit verschaffen.

Unter der Taktik einer Partei versteht man ihr politisches Verhalten oder den Charakter, die Richtung, die Methoden ihrer politischen Tätigkeit. Taktische Resolutionen werden auf einem Parteitag angenommen, um das politische Verhalten der Partei als Ganzes im Hinblick auf neue Aufgaben oder angesichts einer neuen politischen Situation genau festzulegen. Eine solche neue Situation ist durch die in Rußland begonnene Revolution, das heißt den vollständigen, entschiedenen und offenen Bruch zwischen der gigantischen Mehrheit des Volkes und der zaristischen Regierung geschaffen worden. Die neue Frage besteht darin, welches die praktischen Methoden sind, eine wirklich vom ganzen Volk gewählte, wirklich konstituierende Versammlung einzuberufen. (Theoretisch ist die Frage einer solchen Versammlung schon längst und vor allen anderen Parteien von der Sozialdemokratie in ihrem Parteiprogramm offiziell gelöst worden.) Hat das

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 452—460, 477—490, russ. *Die Red.*

Volk mit der Regierung gebrochen und sind sich die Massen der Notwendigkeit, eine neue Ordnung zu errichten, bewußt geworden, so muß die Partei, die sich das Ziel gesetzt hat, die Regierung zu stürzen, notwendigerweise darüber nachdenken, was für eine Regierung an die Stelle der alten, der zu stürzenden Regierung treten soll. Es taucht die *neue* Frage der provisorischen revolutionären Regierung auf. Um diese Frage erschöpfend zu beantworten, muß die Partei des klassenbewußten Proletariats klarstellen: erstens die *Bedeutung* der provisorischen revolutionären Regierung in der vor sich gehenden Revolution und im gesamten Kampf des Proletariats überhaupt; zweitens ihr eigenes *Verhältnis* zur provisorischen revolutionären Regierung; drittens die genauen Bedingungen für eine *Teilnahme* der Sozialdemokratie an dieser Regierung; viertens die Bedingungen für einen Druck auf diese Regierung *von unten*, falls die Sozialdemokratie sich an ihr nicht beteiligt. Nur wenn alle diese Fragen geklärt sind, wird die politische Haltung der Partei in dieser Beziehung eine prinzipielle, klare und feste sein.

Betrachten wir nun, wie diese Fragen in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR gelöst werden. Hier der volle Wortlaut dieser Resolution:

„*Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung.*

In der Erwägung,

1. daß sowohl die unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch seine Interessen im Kampf für die sozialistischen Endziele die möglichst volle politische Freiheit und folglich die Ersetzung der absolutistischen Regierungsform durch die demokratische Republik erfordern;

2. daß die Errichtung der demokratischen Republik in Rußland nur als Ergebnis eines siegreichen Volksaufstands möglich ist, dessen Organ eine provisorische revolutionäre Regierung sein wird, die allein fähig ist, die volle Freiheit der Wahlagitation zu gewährleisten und auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts eine konstituierende Versammlung einzuberufen, die wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt;

3. daß diese demokratische Umwälzung in Rußland bei der gegebenen ökonomischen Struktur der Gesellschaft die Herrschaft der Bourgeoisie nicht schwächen, sondern stärken wird, und daß diese in einem bestimmten Augenblick unweigerlich mit allen Mitteln versuchen wird, dem Pro-

letariat Rußlands möglichst viele Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen –

beschließt der III. Parteitag der SDAPR:

a) man muß in der Arbeiterklasse eine konkrete Vorstellung verbreiten über den wahrscheinlichsten Verlauf der Revolution und über die Notwendigkeit, daß in einem bestimmten Augenblick eine provisorische revolutionäre Regierung entsteht, von der das Proletariat die Verwirklichung aller nächsten politischen und ökonomischen Forderungen unseres Programms (Minimalprogramm) verlangen wird;

b) je nach dem Kräfteverhältnis und den anderen Faktoren, die im voraus nicht genau bestimmt werden können, ist die Teilnahme von Bevollmächtigten unserer Partei an der provisorischen revolutionären Regierung zu dem Zweck zulässig, alle konterrevolutionären Anschläge schonungslos zu bekämpfen und die selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zu wahren;

c) die unerläßliche Vorbedingung für eine solche Teilnahme ist die strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und die unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die die vollständige sozialistische Umwälzung anstrebt und insofern allen bürgerlichen Parteien unversöhnlich feindlich gegenübersteht;

d) unabhängig davon, ob eine Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung möglich sein wird, ist in den breitesten Schichten des Proletariats der Gedanke zu propagieren, daß das bewaffnete und von der Sozialdemokratie geführte Proletariat einen ständigen Druck auf die provisorische Regierung ausüben muß, um die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, zu festigen und zu erweitern."

2. WAS SAGT DIE RESOLUTION DES III. PARTEITAGS DER SDAPR ÜBER DIE PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG?

Die Resolution des III. Parteitags der SDAPR ist, wie man aus ihrer Überschrift sieht, voll und ganz der Frage der provisorischen revolutionären Regierung gewidmet. Das bedeutet, daß die Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung als eine Teil-

frage mit inbegriffen ist. Anderseits ist nur von der provisorischen revolutionären Regierung und von nichts anderem die Rede; die Frage etwa „der Eroberung der Macht" schlechthin u. dgl. wird hier also gar nicht angeschnitten. Hat der Parteitag richtig gehandelt, als er diese und ähnliche Fragen ausschloß? Zweifellos hat er richtig gehandelt, denn solche Fragen werden von der *politischen* Lage *in Rußland* keineswegs *auf die* Tagesordnung gesetzt. Im Gegenteil, das ganze Volk hat den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt. Auf Parteitagen sind nicht jene Fragen zur Entscheidung zu stellen, die der eine oder andere Literat zu gelegener oder ungelegener Zeit zur Sprache bringt, sondern jene, die kraft der Bedingungen der gegebenen Lage und infolge des objektiven Ganges der gesellschaftlichen Entwicklung ernste politische Bedeutung haben.

Welche Bedeutung hat eine provisorische revolutionäre Regierung in der jetzigen Revolution und im allgemeinen Kampf des Proletariats? Die Parteitagsresolution erläutert das, indem sie gleich eingangs auf die Notwendigkeit der „möglichst vollen politischen Freiheit" sowohl vom Gesichtspunkt der unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch vom Gesichtspunkt der „sozialistischen Endziele" hinweist. Volle politische Freiheit erfordert aber, daß die zaristische Selbstherrschaft durch die demokratische Republik ersetzt wird, wie das schon in unserem Parteiprogramm dargelegt ist. Es ist logisch und prinzipiell notwendig, in der Parteitagsresolution die Losung der *demokratischen Republik* zu *betonen*, denn das Proletariat als Vorkämpfer der Demokratie erstrebt eben die volle Freiheit; außerdem ist es im gegebenen Augenblick um so zweckmäßiger, sie zu betonen, als bei uns gerade jetzt unter der Flagge des „Demokratismus" Monarchisten auftreten, nämlich die sog. konstitutionell-„demokratische" oder „Befreiungs"-Partei. Um die Republik zu errichten, ist zweifellos eine Versammlung der Volksvertreter notwendig, und zwar unbedingt eine (auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts) vom ganzen Volk gewählte und konstituierende Versammlung. Das wird denn auch weiter in der Resolution des Parteitags gesagt. Doch die Resolution beschränkt sich nicht darauf. Um eine neue Ordnung zu errichten, die „wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt", genügt es nicht, die Vertreterversammlung als konstituierende zu bezeichnen. Diese Versammlung muß auch die Macht und die Kraft haben, „zu konsti-

tuieren". Aus dieser Erkenntnis heraus beschränkt sich die Parteitagsresolution nicht auf die formale Losung der „konstituierenden Versammlung", sondern fügt auch die materiellen Bedingungen hinzu, die es dieser Versammlung einzig und allein ermöglichen, ihre Aufgabe wirklich zu erfüllen. Ein solcher Hinweis auf die Bedingungen, unter denen diese den Worten nach konstituierende Versammlung in der Tat eine konstituierende werden kann, ist dringend erforderlich, denn die liberale Bourgeoisie in Gestalt der konstitutionell-monarchistischen Partei verdreht, wie wir schon mehrmals nachgewiesen haben, wissentlich die Losung der vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung und würdigt sie zur leeren Phrase herab.

Die Resolution des Parteitags besagt, daß *einzig und allein* eine provisorische revolutionäre Regierung, und zwar eine solche, die das Organ eines siegreichen Volksaufstands sein wird, die volle Freiheit der Wahlagitation gewährleisten und eine Versammlung einberufen kann, die wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Ist diese These richtig? Wer das bestreiten wollte, der müßte behaupten, die zaristische Regierung brächte es fertig, der Reaktion nicht die Hand zu bieten, sie sei imstande, bei den Wahlen neutral zu bleiben, sie könne dafür sorgen, daß der Wille des Volkes wirklich zum Ausdruck kommt. Derartige Behauptungen sind so unsinnig, daß niemand daran denkt, sie offen zu vertreten, aber insgeheim werden sie, unter liberaler Flagge, gerade von unseren Oswoboshdenzen eingeschmuggelt. Irgend jemand muß die konstituierende Versammlung einberufen; irgend jemand muß die Freiheit und die korrekte Durchführung der Wahlen sichern; irgend jemand muß auf diese Versammlung sämtliche Machtbefugnisse übertragen: Nur eine revolutionäre Regierung, die das Organ des Aufstands ist, kann den völlig aufrichtigen Willen und die Kraft haben, alles zu tun, um das zu verwirklichen. Die zaristische Regierung wird dem unvermeidlich entgegenwirken. Eine liberale Regierung, die mit dem Zaren ein Kompromiß eingegangen ist und sich nicht voll und ganz auf den Volksaufstand stützt, wäre weder fähig, das aufrichtig zu wollen, noch könnte sie es verwirklichen, selbst wenn sie es noch so aufrichtig wünschte. Die Parteitagsresolution gibt folglich die einzig richtige und durchaus konsequente demokratische Losung.

Aber die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung würde unvollständig und unrichtig eingeschätzt, wenn man den Klassencharakter

der demokratischen Umwälzung außer acht ließe. Darum fügt die Resolution hinzu, daß die Umwälzung die Herrschaft der Bourgeoisie stärken wird. Das ist bei der gegebenen, d. h. kapitalistischen, ökonomischen Struktur der Gesellschaft unvermeidlich. Wird aber die Herrschaft der Bourgeoisie über ein politisch einigermaßen freies Proletariat gestärkt, so führt das unweigerlich zu einem erbitterten Kampf um die Macht zwischen ihnen, zu verzweifelten Versuchen der Bourgeoisie, „dem Proletariat die Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen". Das Proletariat darf deshalb, während es allen voran und an der Spitze aller für die Demokratie kämpft, keinen Augenblick lang die im Schoße der bürgerlichen Demokratie verborgenen neuen Widersprüche und den neuen Kampf vergessen.

Die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung ist mithin in dem von uns untersuchten Teil der Resolution vollauf gewürdigt: sowohl in ihrem Verhältnis zum Kampf um die Freiheit und die Republik als auch in ihrem Verhältnis zur konstituierenden Versammlung und zur demokratischen Umwälzung, die den Boden für den neuen Klassenkampf vorbereitet.

Es fragt sich weiter, welche Stellung soll das Proletariat überhaupt gegenüber der provisorischen revolutionären Regierung einnehmen? Die Resolution des Parteitags antwortet darauf vor allem mit dem direkten Rat an die Partei, in der Arbeiterklasse die Überzeugung zu verbreiten, daß eine provisorische revolutionäre Regierung notwendig ist. Die Arbeiterklasse muß sich dieser Notwendigkeit bewußt werden. Während die „demokratische" Bourgeoisie die Frage des Sturzes der zaristischen Regierung im dunkeln läßt, müssen wir diese Frage in den Vordergrund rücken und auf der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung bestehen. Nicht genug damit, müssen wir ein Aktionsprogramm dieser Regierung aufstellen, das den objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks und den Aufgaben der proletarischen Demokratie entspricht. Dieses Programm ist das *ganze* Minimalprogramm unserer Partei, das Programm der nächsten politischen und ökonomischen Umgestaltungen, die einerseits auf dem Boden der jetzigen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vollauf durchführbar und anderseits für den weiteren Schritt vorwärts, für die Verwirklichung des Sozialismus notwendig sind.

Die Resolution schafft somit volle Klarheit über den Charakter und das Ziel der provisorischen revolutionären Regierung. Ihrer Entstehung und ihrem grundlegenden Charakter nach muß diese Regierung das Organ des Volksaufstands sein. Ihrer formellen Bestimmung nach muß sie das Werkzeug zur Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung sein. Dem Inhalt ihrer Tätigkeit nach muß sie das Minimalprogramm der proletarischen Demokratie verwirklichen, das allein geeignet ist, die Interessen des Volkes, das sich gegen die Selbstherrschaft erhoben hat, zu sichern.

Man könnte einwenden, daß die provisorische Regierung, eben weil sie provisorisch ist, kein positives Programm durchführen kann, das noch nicht vom ganzen Volk gebilligt ist. Ein solcher Einwand wäre bloß ein Sophismus von Reaktionären und „Selbstherrschaftlern". Von der Durchführung eines positiven Programms Abstand nehmen hieße die aus den Zeiten der Leibeigenschaft stammenden Zustände der verrotteten Selbstherrschaft dulden. Solche Zustände dulden könnte nur eine Regierung von Verrätern an der Revolution, nicht aber eine Regierung, die das Organ des Volksaufstands ist. Es wäre doch ein Hohn, wenn jemand unter dem Vorwand, es sei noch fraglich, ob die konstituierende Versammlung die Versammlungsfreiheit anerkenne, vorschlagen würde, so lange auf die praktische Verwirklichung der Versammlungsfreiheit zu verzichten, bis die Anerkennung dieser Freiheit durch die konstituierende Versammlung erfolgt ist! Ein ebensolcher Hohn ist der Einwand gegen die unverzügliche Verwirklichung des Minimalprogramms durch die provisorische revolutionäre Regierung.

Es sei schließlich noch bemerkt, daß die Resolution, indem sie der provisorischen revolutionären Regierung die Verwirklichung des Minimalprogramms zur Aufgabe macht, eben dadurch die unsinnigen, halbanarchistischen Ideen von der unmittelbaren Verwirklichung des Maximalprogramms, von der Eroberung der Macht zum Zweck der sozialistischen Umwälzung ausschaltet. Der Grad der ökonomischen Entwicklung Rußlands (die objektive Bedingung) und der Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats (die subjektive Bedingung, die mit der objektiven unlöslich verbunden ist) machen eine sofortige vollständige Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich. Nur ganz unwissende Leute können den bürgerlichen Charakter der vor sich gehenden demokra-

tischen Umwälzung ignorieren; nur ganz naive Optimisten können vergessen, wie wenig die Masse der Arbeiter bisher von den Zielen des Sozialismus und den Mitteln zu seiner Verwirklichung weiß. Und wir sind doch alle überzeugt, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Ohne Klassenbewußtsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein. Und als Antwort auf die anarchistischen Einwände, daß wir angeblich die sozialistische Umwälzung hinausschieben, werden wir sagen: Wir schieben sie nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind. Sollten uns manche Arbeiter im entsprechenden Augenblick fragen, weshalb wir denn nicht das Maximalprogramm verwirklichen, so werden wir ihnen mit dem Hinweis darauf antworten, wie fremd die demokratisch gestimmten Volksmassen dem Sozialismus noch gegenüberstehen, wie unentwickelt die Klassengegensätze, wie unorganisiert die Proletarier noch sind. Organisiert erst einmal Hunderttausende Arbeiter in ganz Rußland, weckt unter den Millionen die Sympathie für euer Programm! Versucht das zu tun, beschränkt euch nicht auf tönende, aber hohle anarchistische Phrasen — und ihr werdet sofort sehen, daß die Verwirklichung dieser Organisation, daß die Verbreitung dieser sozialistischen Aufklärung von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltungen abhängig ist.

Gehen wir weiter. Ist einmal die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung und das Verhältnis des Proletariats zu ihr klargestellt, so taucht folgende Frage auf: Ist unsere Teilnahme an dieser Regierung (die Aktion von oben) zulässig und unter welchen Bedingungen? Wie muß unsere Aktion von unten beschaffen sein? Die Resolution gibt präzise Antworten auf diese beiden Fragen. Sie erklärt entschieden, daß die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung (in der Epoche der demokratischen Umwälzung, in der Epoche des Kampfes für die Republik) prinzipiell *zulässig* ist. Mit dieser Erklä-

rung grenzen wir uns unwiderruflich sowohl von den Anarchisten ab, die diese Frage prinzipiell negativ beantworten, als auch von den Nachtrabpolitikern der Sozialdemokratie (vom Schlage Martynows und der Neuiskristen), die uns mit der Perspektive einer Lage *schrecken* wollten, in der sich diese Teilnahme für uns als notwendig erweisen könnte. Mit dieser Erklärung hat der III. Parteitag der SDAPR unwiderruflich den Gedanken der neuen „Iskra" verworfen, daß die Teilnahme der Sozialdemokraten an einer provisorischen revolutionären Regierung eine Spielart des Millerandismus[7] und prinzipiell unzulässig sei, weil sie eine Sanktionierung der bürgerlichen Ordnung bedeute usw.

Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Frage der prinzipiellen Zulässigkeit noch nicht die Frage der praktischen Zweckmäßigkeit entscheidet. Unter welchen Bedingungen ist diese vom Parteitag anerkannte neue Form des Kampfes, des Kampfes „von oben", zweckmäßig? Selbstverständlich besteht jetzt keine Möglichkeit, über die konkreten Bedingungen wie das Kräfteverhältnis usw. zu sprechen, und die Resolution lehnt es natürlich ab, diese Bedingungen im voraus zu bestimmen. Kein vernünftiger Mensch wird es auf sich nehmen, im gegenwärtigen Augenblick über die uns interessierende Frage irgend etwas vorauszusagen. Charakter und Ziel unserer Teilnahme können und müssen festgelegt werden. Die Resolution tut das auch, indem sie auf zwei Ziele der Teilnahme hinweist: 1. auf die schonungslose Bekämpfung konterrevolutionärer Anschläge und 2. auf die Wahrung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse. In einer Zeit, da die liberalen Bourgeois eifrig von der Mentalität der Reaktion zu reden beginnen (siehe den äußerst aufschlußreichen „Offenen Brief" des Herrn Struve in Nr. 71 des „Oswoboshdenije") und das revolutionäre Volk einzuschüchtern und zur Nachgiebigkeit gegenüber der Selbstherrschaft zu bewegen suchen — in einer solchen Zeit ist es für die Partei des Proletariats besonders angebracht, an die Aufgabe des wirklichen Krieges gegen die Konterrevolution zu erinnern. Die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes werden letzten Endes nur durch Gewalt entschieden, und wir müssen für die Vorbereitung, für die Organisierung dieser Gewalt und für ihre aktive, nicht nur defensive, sondern auch offensive Anwendung Sorge tragen. Die lange Epoche der politischen Reaktion, die seit der Pariser Kommune in Europa fast ununterbrochen herrscht, hat uns zu sehr mit dem Gedanken der Aktion nur „von

unten" vertraut gemacht, hat uns zu sehr an den Anblick nur defensiver Kämpfe gewöhnt. Wir sind jetzt zweifellos in eine neue Epoche eingetreten; die Periode der politischen Erschütterungen und Revolutionen hat begonnen. In einer solchen Periode, wie Rußland sie jetzt durchlebt, ist es nicht statthaft, sich auf die alte Schablone zu beschränken. Man muß die Idee der Aktion von oben propagieren, man muß sich auf die energischsten Angriffsaktionen vorbereiten, man muß die Bedingungen und Formen solcher Aktionen studieren. Die Parteitagsresolution stellt zwei dieser Bedingungen in den Vordergrund: Die eine bezieht sich auf die formale Seite der Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung (strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten), die andere betrifft unmittelbar den Charakter dieser Teilnahme (keinen Augenblick lang die Ziele der vollständigen sozialistischen Umwälzung aus dem Auge verlieren).

Nachdem die Resolution die Politik der Partei bei der Aktion „von oben" — diesem neuen, bislang fast unbekannten Kampfmittel — somit allseitig klargestellt hat, sieht sie auch den Fall vor, daß es uns nicht gelingt, von oben zu handeln. Auf die provisorische revolutionäre Regierung von unten her einzuwirken, sind wir unter allen Umständen verpflichtet. Um einen solchen Druck von unten ausüben zu können, muß das Proletariat bewaffnet sein — denn im revolutionären Augenblick treiben die Dinge besonders schnell zum offenen Bürgerkrieg — und unter der Führung der Sozialdemokratie stehen. Das Ziel seines bewaffneten Drucks ist, „die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, zu festigen und zu erweitern", d. h. jene Errungenschaften, die vom Standpunkt der proletarischen Interessen in der Verwirklichung unseres ganzen Minimalprogramms bestehen müssen.

Damit wollen wir die kurze Analyse der Resolution des III. Parteitags über die provisorische revolutionäre Regierung abschließen. Wie der Leser sieht, schafft diese Resolution Klarheit über die Bedeutung der neuen Frage, über die Stellung der Partei des Proletariats zu dieser Frage und über die Politik der Partei sowohl innerhalb als auch außerhalb der provisorischen revolutionären Regierung.

Sehen wir uns jetzt die entsprechende Resolution der „Konferenz" an.

3. WAS IST „DER ENTSCHEIDENDE SIEG DER REVOLUTION ÜBER DEN ZARISMUS"?

Die Resolution der „Konferenz" behandelt *„die Eroberung der Macht und die Teilnahme an der provisorischen Regierung"*.* Schon hinter dieser Fragestellung verbirgt sich Konfusion, wie wir gezeigt haben. Einerseits wird die Frage eingeengt: Es ist nur die Rede von unserer Teilnahme an der provisorischen Regierung und nicht überhaupt von den Aufgaben der Partei in bezug auf die provisorische revolutionäre Regierung. Anderseits werden zwei völlig verschiedenartige Dinge durcheinandergeworfen: Die Frage unserer Teilnahme in einem bestimmten Stadium der *demokratischen* Umwälzung und die Frage der *sozialistischen* Umwälzung. In Wirklichkeit ist die „Eroberung der Macht" durch die Sozialdemokratie eben die sozialistische Umwälzung und kann nichts anderes sein, wenn man diese Worte in ihrem direkten und landläufigen Sinne gebraucht. Sollen sie jedoch im Sinne der Eroberung der Macht nicht für die sozialistische, sondern für die demokratische Umwälzung verstanden werden, welchen Sinn hat es dann, nicht nur von der Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung, sondern auch von der „Eroberung der Macht" *schlechthin* zu reden? Offenbar wußten unsere „Konferenzler" selbst nicht recht, wovon sie eigentlich reden sollen: von der demokratischen oder von der sozialistischen Umwälzung. Wer die Literatur über diese Frage verfolgt hat, der weiß, daß den Anfang mit dieser Konfusion Gen. Martynow in seinen berühmten „Zwei Diktaturen" gemacht hat. Die Neuiskristen erinnern sich nicht gern daran, wie die Frage (bereits vor dem 9. Januar) in diesem Musterelaborat der Nachtrabpolitik gestellt worden ist, aber sein ideologischer Einfluß auf die Konferenz unterliegt keinem Zweifel.

Doch lassen wir die Überschrift der Resolution beiseite. Ihr Inhalt zeigt uns Fehler, die unvergleichlich tiefer und ernster sind. Hier der erste Teil:

„Der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus kann gekennzeichnet sein entweder durch die Errichtung einer aus einem siegreichen Volksaufstand hervorgegangenen provisorischen Regierung oder

* Den vollen Wortlaut dieser Resolution kann der Leser aus den Zitaten rekonstruieren, die auf S. 400, 403, 407, 431 und 433 dieses Sammelbands angeführt sind. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. Siehe den vorliegenden Band, S. 18/19, 25, 31, 67 und 71. *Die Red.*)

durch die revolutionäre Initiative dieser oder jener Vertretungskörperschaft, die unter dem unmittelbaren revolutionären Druck des Volkes beschließt, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung zu organisieren."

Man sagt uns also, der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus könne sowohl ein siegreicher Aufstand sein als auch... der Beschluß einer Vertretungskörperschaft, eine konstituierende Versammlung zu organisieren! Was? Wie? Der entscheidende Sieg könnte gekennzeichnet sein durch den „Beschluß", eine konstituierende Versammlung zu organisieren?? Und *ein solcher „Sieg"* wird der Errichtung *einer provisorischen* Regierung gleichgestellt, die „aus einem siegreichen Volksaufstand hervorgegangen" ist!! Die Konferenz hat nicht gemerkt, daß der *siegreiche* Volksaufstand und die *Errichtung* einer provisorischen Regierung *in der Tat* den Sieg der Revolution bedeuten, während der „Beschluß", eine konstituierende Versammlung zu organisieren, *nur in Worten* den Sieg der Revolution bedeutet.

Die Konferenz der Menschewiki, der Neuiskristen, ist in denselben Fehler verfallen, in den die Liberalen, die Oswoboshdenzen, ständig verfallen. Die Oswoboshdenzen dreschen Phrasen über die „konstituierende" Versammlung, schließen verschämt die Augen vor der Tatsache, daß die Macht in den Händen des Zaren bleibt, und vergessen dabei, daß man zur „Konstituierung" die *Kraft* haben muß, zu konstituieren. Die Konferenz hat auch vergessen, daß von dem „Beschluß" gleichviel welcher Vertreter bis zur Verwirklichung dieses Beschlusses ein weiter Weg ist. Die Konferenz hat auch vergessen, daß, solange die Macht in den Händen des Zaren bleibt, alle beliebigen Beschlüsse gleichviel welcher Vertreter ein ebenso leeres und erbärmliches Geschwätz bleiben werden, wie es die „Beschlüsse" des in der Geschichte der deutschen Revolution von 1848 so berühmten Frankfurter Parlaments geblieben sind. Karl Marx, der Vertreter des revolutionären Proletariats, hat in seiner „Neuen Rheinischen Zeitung"[8] die Frankfurter liberalen „Oswoboshdenzen" eben deshalb mit so schonungslosem Sarkasmus gegeißelt, weil sie schöne Worte redeten, allerlei demokratische „Beschlüsse" faßten, allerlei Freiheiten „konstituierten", in Wirklichkeit aber die Macht in den Händen des Königs ließen und keinen bewaffneten Kampf gegen die Streitkräfte organisierten, die dem König zur Verfügung standen. Und während die Frankfurter Oswobosh-

denzen schwatzten, gewann der König Zeit, seine militärischen Kräfte zu stärken, und die Konterrevolution schlug, gestützt auf die reale Macht, die Demokraten mitsamt ihren herrlichen „Beschlüssen" aufs Haupt.

Die Konferenz hat dem entscheidenden Sieg etwas gleichgesetzt, wofür gerade die entscheidende Voraussetzung des Sieges fehlt. Wie konnten Sozialdemokraten, die das republikanische Programm unserer Partei anerkennen, in diesen Fehler verfallen? Um diese seltsame Erscheinung zu verstehen, muß man sich der Resolution des III. Parteitags über den abgespaltenen Teil der Partei zuwenden.* In dieser Resolution wird darauf

* Hier der volle Wortlaut dieser Resolution: „Der Parteitag stellt fest, daß sich in der SDAPR seit ihrem Kampf gegen den Ökonomismus bis auf den heutigen Tag Schattierungen erhalten haben, die dem Ökonomismus in verschiedenem Grade und in verschiedener Beziehung verwandt und durch die allgemeine Tendenz gekennzeichnet sind, die Bedeutung der Elemente der Bewußtheit im proletarischen Kampf herabzusetzen und sie den Elementen der Spontaneität unterzuordnen. Die Repräsentanten dieser Schattierungen vertreten in der Organisationsfrage theoretisch das der planmäßigen Ausgestaltung der Parteiarbeit widersprechende Prinzip der Organisation als Prozeß, während sie in der Praxis in sehr vielen Fällen ein System der Abweichungen von der Parteidisziplin durchführen und in anderen Fällen die gegenwärtig einzig möglichen Grundlagen der Parteibindung dadurch zu untergraben suchen, daß sie ohne Rücksicht auf die objektiven Bedingungen der russischen Wirklichkeit eine weitgehende Anwendung des Prinzips der Wählbarkeit predigen, wobei sie sich an den am wenigsten bewußten Teil der Partei wenden. In taktischen Fragen zeigen sie das Bestreben, das Ausmaß der Parteiarbeit einzuengen, indem sie sich dagegen aussprechen, daß die Taktik der Partei gegenüber den bürgerlich-liberalen Parteien völlig unabhängig ist, daß die Übernahme der organisierenden Rolle im Volksaufstand durch unsere Partei möglich und wünschenswert ist und daß unsere Partei unter bestimmten Bedingungen an einer provisorischen demokratisch-revolutionären Regierung teilnimmt.

Der Parteitag fordert alle Parteimitglieder auf, gegen derartige teilweise Abweichungen von den Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie allenthalben einen energischen ideologischen Kampf zu führen, vertritt aber gleichzeitig die Meinung, daß die Zugehörigkeit von Personen, die sich solchen Auffassungen mehr oder weniger anschließen, zu den Parteiorganisationen statthaft ist, vorausgesetzt, daß sie die Parteitage und das Parteistatut anerkennen und sich voll und ganz der Parteidisziplin fügen." (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

hingewiesen, daß in unserer Partei verschiedene, „dem Ökonomismus verwandte" Strömungen weiterleben. Unsere Konferenzler (fürwahr, nicht umsonst stehen sie unter der ideologischen Führung Martynows) urteilen über die Revolution ganz in demselben Geiste, wie die Ökonomisten über den politischen Kampf oder den Achtstundentag geurteilt haben. Die Ökonomisten setzten immer gleich die „Theorie der Stadien" in Bewegung: 1. Kampf um Rechte; 2. politische Agitation; 3. politischer Kampf — oder: 1. Zehnstundentag; 2. Neunstundentag; 3. Achtstundentag. Welche Ergebnisse diese „Taktik als Prozeß" zeitigte, ist allen zur Genüge bekannt. Jetzt kommt man uns mit dem Vorschlag, auch die Revolution im voraus fein säuberlich in Stadien einzuteilen: 1. der Zar beruft eine Vertretungskörperschaft ein; 2. diese Vertretungskörperschaft „beschließt" unter dem Druck des „Volkes", eine konstituierende Versammlung zu organisieren; 3. ... über das dritte Stadium sind sich die Menschewiki noch nicht einig geworden; sie haben vergessen, daß der revolutionäre Druck des Volkes auf den konterrevolutionären Druck des Zarismus stößt und daß infolgedessen entweder der „Beschluß" unverwirklicht bleibt oder die Sache wiederum durch den Sieg oder die Niederlage des Volksaufstands entschieden wird. Die Resolution der Konferenz ähnelt aufs Haar folgendem Gedankengang der Ökonomisten: Der entscheidende Sieg der Arbeiter kann entweder durch die revolutionäre Verwirklichung des Achtstundentags oder durch die Gewährung des Zehnstundentags und durch den „Beschluß", zum Neunstundentag überzugehen, gekennzeichnet sein... Haargenau dasselbe!

Man kann uns vielleicht entgegnen, daß die Verfasser der Resolution nicht die Absicht hatten, den Sieg des Aufstands dem „Beschluß" einer vom Zaren einberufenen Vertretungskörperschaft *gleichzusetzen*, und daß sie lediglich die Taktik der Partei für den einen und den anderen Fall vorausbestimmen wollten. Darauf antworten wir: 1. Der Wortlaut der Resolution bezeichnet klar und eindeutig den *Beschluß* einer Vertretungskörperschaft als „entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus". Vielleicht ist das die Folge einer nachlässigen Redigierung, die man auf Grund der Protokolle korrigieren könnte, solange sie aber nicht korrigiert ist, kann diese Fassung nur *einen* Sinn haben, und der ist ganz *im Geist des „Oswoboshdenije"*. 2. Der den Oswoboshdenzen entsprechende Gedankengang, in den die Verfasser der Resolution verfallen sind, tritt in

anderen Publikationen der Neuiskristen noch unvergleichlich plastischer zutage. Zum Beispiel im Organ des Tifliser Komitees, dem „Sozialdemokrat“ [9] (in georgischer Sprache; von der „Iskra“ in Nr. 100 über den grünen Klee gelobt), versteigt sich der Verfasser des Artikels „Der Semski Sobor und unsere Taktik“ schlankweg zu der Behauptung, daß die „Taktik“, „die den Semski Sobor“ (von dessen Einberufung wir, das wollen wir hinzufügen, noch nichts Genaues wissen!) „zum Mittelpunkt unserer Aktion macht“, *„für uns vorteilhafter“* sei als die „Taktik“ des bewaffneten Aufstands und der Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung. Wir werden später noch auf diesen Artikel zurückkommen.

3. Man kann nichts dagegen haben, wenn die Taktik der Partei im vorhinein erörtert wird sowohl für den Fall des Sieges der Revolution als auch für den Fall ihrer Niederlage, sowohl für den Fall des erfolgreichen Aufstands als auch für den Fall, daß der Aufstand nicht zu einem ernsthaften Faktor werden kann. Es ist möglich, daß es der zaristischen Regierung gelingen wird, eine Vertretungskörperschaft einzuberufen, um mit der liberalen Bourgeoisie handelseins zu werden. Die Resolution des III. Parteitags, die das berücksichtigt, spricht direkt von „Heuchelpolitik“, von „Pseudodemokratismus“ und von „karikaturistischen Formen einer Volksvertretung in der Art des sogenannten Semski Sobor“.* Aber die

* Hier der Wortlaut dieser Resolution über das Verhalten zur Taktik der Regierung am Vorabend des Umsturzes:

„In der Erwägung, daß die Regierung zum Zweck der Selbsterhaltung in der gegenwärtigen revolutionären Periode die üblichen Repressalien, die vorwiegend gegen die klassenbewußten Elemente des Proletariats gerichtet sind, verschärft und zugleich 1. versucht, durch Zugeständnisse und Reformversprechungen die Arbeiterklasse politisch zu demoralisieren und sie damit vom revolutionären Kampf abzulenken; 2. zu dem gleichen Zweck ihre Heuchelpolitik der Zugeständnisse in pseudodemokratische Formen kleidet, angefangen mit der Aufforderung an die Arbeiter, ihre Vertreter in Kommissionen und Beratungen zu entsenden, und bis zur Schaffung von karikaturistischen Formen einer Volksvertretung in der Art des sogenannten Semski Sobor; 3. sogenannte Schwarzhundertschaften organisiert und überhaupt alle reaktionären, unaufgeklärten oder durch Religions- und Rassenhaß verblendeten Elemente des Volkes gegen die Revolution aufhetzt —

beschließt der III. Parteitag der SDAPR, alle Parteiorganisationen aufzufordern:

Sache ist eben die, daß das nicht in der Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung gesagt wird, denn mit der provisorischen revolutionären Regierung hat das nichts zu tun. In diesem Fall wird das Problem des Aufstands und der Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung zurückgestellt, modifiziert usw. Doch es handelt sich jetzt nicht darum, daß allerlei Kombinationen möglich sind, daß ebenso Sieg wie Niederlage, ebenso direkte Wege wie Umwege möglich sind — es handelt sich darum, daß es für einen Sozialdemokraten unstatthaft ist, in die Vorstellungen der Arbeiter über den wirklich revolutionären Weg Verwirrung hineinzutragen, daß es unstatthaft ist, im Geiste des „Oswoboshdenije" als entscheidenden Sieg etwas zu bezeichnen, wofür die *grundlegende* Voraussetzung des Sieges fehlt. Es ist möglich, daß wir auch den Achtstundentag nicht sofort, sondern nur auf einem langen Umweg erhalten werden, aber was soll man von einem Menschen sagen, der eine solche Ohnmacht, eine solche Schwäche des Proletariats, bei der es *nicht imstande* sein wird, die Verschleppung, den Aufschub, den Kuhhandel, den Verrat und die Reaktion zu verhindern, als einen Sieg der Arbeiter bezeichnet? Es ist möglich, daß die russische Revolution mit einer „konstitutionellen Fehlgeburt" endet, wie der „Wperjod"* einmal sagte, aber kann das etwa als Rechtfertigung für einen Sozialdemokraten dienen, der

---

a) die reaktionären Ziele der Regierungszugeständnisse zu entlarven, in der Propaganda und Agitation einerseits hervorzuheben, daß sie erzwungen wurden, und anderseits zu betonen, daß es der Selbstherrschaft absolut unmöglich ist, Reformen zu gewähren, die das Proletariat zufriedenstellen;

b) die Wahlagitation auszunutzen, um den Arbeitern den wahren Sinn solcher Maßnahmen der Regierung klarzumachen und sie davon zu überzeugen, daß es für das Proletariat notwendig ist, daß auf revolutionärem Wege eine konstituierende Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einberufen wird;

c) das Proletariat zur sofortigen, auf revolutionärem Wege erfolgenden Verwirklichung des Achtstundentags und anderer auf der Tagesordnung stehender Forderungen der Arbeiterklasse zu organisieren;

d) den bewaffneten Widerstand gegen die Aktionen der Schwarzhunderter und überhaupt aller von der Regierung angeleiteten reaktionären Elemente zu organisieren." (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

* Die Genfer Zeitung „Wperjod" [Vorwärts] erschien ab Januar 1905 als Organ des bolschewistischen Teils der Partei. Von Januar bis Mai kamen

am Vorabend des entscheidenden Kampfes diese Fehlgeburt als einen „entscheidenden Sieg über den Zarismus" bezeichnen würde? Im schlimmsten Falle ist es möglich, daß wir nicht nur keine Republik erkämpfen werden, sondern daß auch die Verfassung eine illusorische, eine „Schipowsche"[10] sein wird, aber wäre deshalb etwa die Vertuschung unserer republikanischen Losung durch einen Sozialdemokraten verzeihlich?

Bis zur Vertuschung dieser Losung haben sich die Neuiskristen freilich noch nicht verstiegen. Aber bis zu welchem Grad bei ihnen der revolutionäre Geist verflogen ist, bis zu welchem Grad die lebensfremde Räsoniererei ihrem Blick die augenblicklichen Kampfaufgaben entzogen hat, ersieht man besonders anschaulich daraus, daß sie in ihrer Resolution ausgerechnet *vergessen* haben, von der Republik zu sprechen! Unglaublich, aber wahr. Alle Losungen der Sozialdemokratie sind in den verschiedenen Resolutionen der Konferenz bestätigt, wiederholt, erläutert und detailliert, es wurde nicht einmal vergessen, daß die Arbeiter in den Betrieben Obleute und Delegierte wählen sollen — nur in der Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung fand sich keine Gelegenheit, die Republik zu erwähnen. Vom „Sieg" des Volksaufstands, von der Errichtung einer provisorischen Regierung sprechen und nicht auf den Zusammenhang dieser „Schritte" und Akte mit der Erkämpfung der Republik hinweisen — das heißt eine Resolution schreiben, nicht um den Kampf des Proletariats zu leiten, sondern um hinter der proletarischen Bewegung einherzutrotten.

Fazit: Der erste Teil der Resolution hat 1. absolut keine Klarheit darüber geschaffen, welche Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung im Kampf um die Republik und für die Gewährleistung einer wirklich vom ganzen Volk gewählten und wirklich konstituierenden Versammlung zukommt, und hat 2. direkte Verwirrung in das demokratische Bewußtsein des Proletariats hineingetragen, weil er eine Sachlage, bei der gerade die grundlegende Voraussetzung für einen wirklichen Sieg noch fehlt, dem entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus gleichsetzt.

---

18 Nummern heraus. Vom Mai an erschien als Zentralorgan der SDAPR auf Beschluß des III. Parteitags der SDAPR statt des „Wperjod" der „Proletari". (Der III. Parteitag fand im Mai in London statt; die Menschewiki hielten sich davon fern und veranstalteten ihre eigene „Konferenz" in Genf.) (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

4. DIE LIQUIDIERUNG DER MONARCHISCHEN STAATSORDNUNG UND DIE REPUBLIK

Gehen wir zum nächsten Teil der Resolution über:

„... Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Fall wird ein solcher Sieg als Ausgangspunkt für eine neue Phase der revolutionären Epoche dienen.

Die Aufgabe, die dieser neuen Phase durch die objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung mit elementarer Gewalt gestellt wird, *ist die endgültige Liquidierung des ganzen ständisch-monarchischen Regimes* im Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den Elementen der politisch befreiten bürgerlichen Gesellschaft um die Verwirklichung ihrer sozialen Interessen und um den unmittelbaren Besitz der Macht.

Eine provisorische Regierung, die es übernähme, die Aufgaben dieser ihrem historischen Charakter nach bürgerlichen Revolution zu verwirklichen, müßte daher den beiderseitigen Kampf zwischen den gegensätzlichen Klassen der *sich befreienden Nation regulieren und nicht nur* die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben, sondern auch gegen jene ihrer Faktoren kämpfen, welche die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung bedrohen."

Verweilen wir bei diesem Teil, der einen selbständigen Abschnitt der Resolution bildet. Der Grundgedanke der von uns zitierten Betrachtungen fällt mit demjenigen zusammen, der in Punkt 3 der Parteitagsresolution dargelegt ist. Vergleicht man indes diesen Abschnitt der beiden Resolutionen, so springt sofort folgender fundamentale Unterschied zwischen ihnen ins Auge. Die Parteitagsresolution charakterisiert mit wenigen Worten die gesellschaftlich-ökonomische Grundlage der Revolution, verlegt dann die ganze Aufmerksamkeit auf den scharf umrissenen Kampf der Klassen um bestimmte Errungenschaften und rückt die Kampfaufgaben des Proletariats in den Vordergrund. Die Konferenzresolution bringt eine langatmige, nebelhafte und verworrene Beschreibung der gesellschaftlich-ökonomischen Grundlagen der Revolution, spricht sehr unklar vom Kampf für bestimmte Errungenschaften und läßt die Kampfaufgaben des Proletariats völlig außer acht. Die Konferenzresolution spricht von der Liquidierung der alten Ordnung im Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den Elementen der Gesellschaft. Die Parteitagsresolution sagt, daß

wir, die Partei des Proletariats, diese Liquidierung vornehmen müssen, daß eine wirkliche Liquidierung nur durch die Errichtung der demokratischen Republik erfolgen kann, daß wir diese Republik erkämpfen müssen, daß wir für sie und für die volle Freiheit nicht nur gegen die Selbstherrschaft, sondern auch gegen die Bourgeoisie kämpfen werden, sobald sie versuchen wird (und sie wird es unbedingt versuchen), uns unsere Errungenschaften zu entreißen. Die Parteitagsresolution ruft eine bestimmte Klasse zum Kampf auf für ein genau bestimmtes nächstes Ziel. Die Konferenzresolution stellt Betrachtungen an über den beiderseitigen Kampf verschiedener Kräfte. Die eine Resolution spiegelt die Mentalität des aktiven Kampfes, die andere die des passiven Zuschauens wider; die eine ist durchdrungen von dem Ruf zu lebendiger Tätigkeit, die andere von unlebendiger Räsoniererei. Beide Resolutionen erklären, daß die vor sich gehende Umwälzung für uns nur der erste Schritt ist, dem der zweite folgen wird. Aber die eine Resolution zieht daraus den Schluß, daß wir diesen ersten Schritt um so schneller zurücklegen müssen, ihn um so rascher beenden, die Republik erkämpfen, die Konterrevolution schonungslos zertreten und die Basis für den zweiten Schritt schaffen müssen. Die andere Resolution hingegen erschöpft sich sozusagen in weitschweifigen Schilderungen dieses ersten Schrittes und (man verzeihe den vulgären Ausdruck) verzapft endlos Weisheiten darüber. Die Parteitagsresolution nimmt die alten, ewig neuen Gedanken des Marxismus (über den bürgerlichen Charakter der demokratischen Umwälzung) als Einleitung oder Prämisse für die Schlußfolgerungen über die fortschrittlichen Aufgaben der fortschrittlichen Klasse, die sowohl für die demokratische als auch für die sozialistische Umwälzung kämpft. Die Konferenzresolution kommt über die Einleitung nicht hinaus, zerkaut sie und klügelt darüber.

Dieser Unterschied ist ganz genau derselbe Unterschied, der die russischen Marxisten von jeher in zwei Flügel trennt: einen räsonierenden und einen kämpfenden Flügel in den vergangenen Zeiten des legalen Marxismus, einen ökonomistischen und einen politischen Flügel in der Epoche der beginnenden Massenbewegung. Aus der richtigen marxistischen Prämisse von den tiefen ökonomischen Wurzeln des Klassenkampfes im allgemeinen und des politischen Kampfes im besonderen zogen die Ökonomisten den originellen Schluß, daß man dem politischen Kampf

den Rücken kehren, seine Entwicklung hintanhalten, sein Ausmaß einengen und seine Aufgaben herabsetzen müsse. Der politische Flügel dagegen zog aus denselben Prämissen einen anderen Schluß, nämlich: Je tiefer jetzt die Wurzeln unseres Kampfes reichen, um so umfassender, kühner, entschlossener und mit um so mehr Initiative müssen wir diesen Kampf führen. In einer anderen Situation, in einer modifizierten Form haben wir jetzt denselben Streit vor uns. Aus den Prämissen, daß eine demokratische Umwälzung noch keineswegs eine sozialistische ist, daß sie bei weitem nicht nur die Besitzlosen allein „interessiert" und daß ihre tiefsten Wurzeln in den unabwendbaren Erfordernissen und Bedürfnissen der *gesamten* bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes liegen — aus diesen Prämissen ziehen wir den Schluß, daß die fortgeschrittenste Klasse ihre demokratischen Aufgaben desto kühner stellen und desto schärfer bis zu Ende aussprechen muß, daß sie die unmittelbare Losung der Republik aufstellen und die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung, von der Notwendigkeit, die Konterrevolution schonungslos zu zertreten, propagieren muß. Unsere Opponenten aber, die Neuiskristen, ziehen aus denselben Prämissen den Schluß, daß man die demokratischen Schlußfolgerungen nicht bis zu Ende aussprechen solle, daß man unter den praktischen Losungen die Losung der Republik nicht aufzustellen brauche, daß es statthaft sei, die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung nicht zu propagieren, daß man auch einen Beschluß über die Einberufung einer konstituierenden Versammlung als entscheidenden Sieg bezeichnen könne und daß man die Aufgabe des Kampfes gegen die Konterrevolution nicht als unsere aktive Aufgabe zu stellen brauche, sondern in dem nebelhaften (und, wie wir gleich sehen werden, falsch formulierten) Hinweis auf den „Prozeß des beiderseitigen Kampfes" untergehen lassen dürfe. Das ist nicht die Sprache von Politikern, das ist eher die Sprache von Archivräten!

Und je aufmerksamer man sich die einzelnen Formulierungen der neuiskristischen Resolution ansieht, um so anschaulicher treten ihre hier erwähnten Haupteigentümlichkeiten hervor. Da redet man uns z. B. vom „Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den Elementen der politisch befreiten bürgerlichen Gesellschaft". Eingedenk des Themas, über das diese Resolution geschrieben wurde (die provisorische revolutionäre

Regierung), müssen wir verwundert fragen: Wenn schon vom Prozeß des beiderseitigen Kampfes gesprochen wird, wie kann man dann von den Elementen schweigen, die die bürgerliche Gesellschaft politisch *unterjochen*? Glauben etwa die Konferenzler, nachdem sie den Sieg der Revolution vorausgesetzt haben, wären diese Elemente schon verschwunden? Ein derartiger Gedanke wäre überhaupt absurd und in diesem Fall von äußerster politischer Naivität und politischer Kurzsichtigkeit. Nach dem Sieg der Revolution über die Konterrevolution wird die Konterrevolution nicht verschwinden, sondern im Gegenteil unweigerlich einen neuen und noch erbitterteren Kampf beginnen. Widmen wir unsere Resolution der Untersuchung, welche Aufgaben aus dem Sieg der Revolution erwachsen, so müssen wir den Aufgaben der Abwehr des konterrevolutionären Ansturms größte Beachtung schenken (wie das in der Parteitagsresolution auch geschehen ist) und dürfen diese nächsten, dringenden, aktuellen politischen Aufgaben einer kämpfenden Partei nicht untergehen lassen in allgemeinen Betrachtungen darüber, was *nach* der jetzigen revolutionären Epoche geschehen wird, was dann geschehen wird, wenn die „politisch *befreite* Gesellschaft" schon eine vollendete Tatsache ist. Ebenso wie die Ökonomisten mit Hinweisen auf allgemeine Wahrheiten über die Unterordnung der Politik unter die Ökonomik ihre Verständnislosigkeit für die aktuellen politischen Aufgaben verdeckt haben, so verdecken die Neuiskristen mit ihren Hinweisen auf allgemeine Wahrheiten über den Kampf innerhalb der politisch *befreiten* Gesellschaft ihre Verständnislosigkeit für die aktuellen revolutionären Aufgaben der politischen *Befreiung* dieser Gesellschaft.

Nehmt den Ausdruck „die endgültige Liquidierung des ganzen ständisch-monarchischen Regimes". Auf russisch heißt die endgültige Liquidierung der monarchischen Staatsordnung die Errichtung der demokratischen Republik. Doch unserem wackeren Martynow und seinen Verehrern scheint ein solcher Ausdruck allzu einfach und klar zu sein. Sie wollen unbedingt „vertiefen" und „recht klug" schnacken. Heraus kommen dabei einerseits lächerliche Anstrengungen, tiefsinnig zu sein. Und anderseits ergibt sich statt einer Losung eine Beschreibung, statt eines mutigen Rufes zum Vorwärtsschreiten eine Art melancholischen Rückblicks. Als hätten wir nicht lebendige Menschen vor uns, die jetzt gleich, sofort für die Republik kämpfen wollen, sondern vertrocknete Mumien, die diese

Frage sub specie aeternitatis* unter dem Gesichtspunkt des Plusquamperfektums** betrachten.

Gehen wir weiter: „... Eine provisorische Regierung, die es übernähme, die Aufgaben dieser... bürgerlichen Revolution zu verwirklichen..." Hier zeigt sich sofort, daß unsere Konferenzler die konkrete Frage übersehen haben, die sich vor den politischen Führern des Proletariats erhob. Die konkrete Frage nach der provisorischen revolutionären Regierung ist aus ihrem Gesichtsfeld entschwunden und durch die Frage nach einer Reihe von künftigen Regierungen verdeckt worden, die die Aufgaben der bürgerlichen Revolution schlechthin verwirklichen werden. Wenn ihr die Frage „historisch" betrachten wollt, so wird euch das Beispiel eines beliebigen europäischen Landes zeigen, daß eben eine Reihe von Regierungen, und durchaus nicht „provisorischen", die historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution verwirklichte, daß sogar Regierungen, die über die Revolution gesiegt hatten, dennoch gezwungen waren, die historischen Aufgaben dieser besiegten Revolution zu verwirklichen. Aber als „provisorische revolutionäre Regierung" bezeichnet man gar nicht das, wovon ihr redet. So bezeichnet man eine Regierung der revolutionären Epoche, die unmittelbar die gestürzte Regierung ablöst und sich auf den Volksaufstand, nicht aber auf irgendwelche aus dem Volk hervorgegangene Vertretungskörperschaften stützt. Die provisorische revolutionäre Regierung ist ein Organ des Kampfes für den sofortigen Sieg der Revolution, für die sofortige Abwehr konterrevolutionärer Anschläge und keineswegs ein Organ zur Verwirklichung der historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution schlechthin. Meine Herren, überlassen wir es den künftigen Historikern in einer künftigen „Russkaja Starina" [11], zu bestimmen, welche Aufgaben der bürgerlichen Revolution wir alle zusammen und welche Aufgaben die eine oder andere Regierung verwirklicht haben. Das zu tun, wird auch nach dreißig Jahren noch Zeit sein, jetzt aber müssen wir Losungen und praktische Weisungen geben für den Kampf um die Republik und für die energischste Teilnahme des Proletariats an diesem Kampf.

Aus den erwähnten Gründen sind auch die letzten Sätze des von uns zitierten Teils der Resolution unbefriedigend. Äußerst unglücklich oder

* vom Standpunkt der Ewigkeit. *Die Red.*

** Vorvergangenheit. *Die Red.*

zumindest ungeschickt ist der Ausdruck, daß die provisorische Regierung den beiderseitigen Kampf zwischen den gegensätzlichen Klassen zu „regulieren“ hätte: Marxisten sollten sich nicht einer solchen liberalen Formulierung im Stil der Oswoboshdenzen bedienen, die zu dem Gedanken verleitet, es wären Regierungen möglich, die nicht als Organ des Klassenkampfes, sondern als dessen „Regulator“ dienen... Die Regierung müßte „nicht nur die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben, sondern auch gegen jene ihrer Faktoren kämpfen, welche die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung bedrohen“. Dieser „Faktor“ ist gerade das Proletariat, in dessen Namen die Resolution spricht! Statt zu zeigen, wie das Proletariat im gegebenen Augenblick „die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben“ soll (weiter vorantreiben, als die konstitutionalistische Bourgeoisie gehen möchte), statt ihm zu raten, sich auf eine bestimmte Art und Weise zum Kampf gegen die Bourgeoisie vorzubereiten, wenn diese sich gegen die Errungenschaften der Revolution wenden wird – statt dessen setzt man uns die allgemeine Beschreibung eines Prozesses vor, in der über die konkreten Aufgaben *unserer* Tätigkeit nichts gesagt wird. Die Art, wie die Neuiskristen ihre Gedanken darlegen, erinnert an den Ausspruch von Marx (in seinen berühmten „Thesen“ über Feuerbach) über den alten Materialismus, dem die Idee der Dialektik fremd war. Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, sagte Marx, es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.[12] So können auch die Neuiskristen den Prozeß des sich vor ihren Augen abspielenden Kampfes leidlich beschreiben und erklären, sie sind jedoch völlig außerstande, für diesen Kampf die richtige Losung zu geben. Eifrige Marschierer, aber schlechte Führer, würdigen sie die materialistische Geschichtsauffassung dadurch herab, daß sie außer acht lassen, welche wirksame, führende und leitende Rolle in der Geschichte die Parteien spielen können und müssen, die die materiellen Bedingungen der Umwälzung erkannt und sich an die Spitze der fortgeschrittenen Klassen gestellt haben.

5. WIE SOLL MAN „DIE REVOLUTION VORWÄRTSTREIBEN"?

Wir bringen einen weiteren Abschnitt der Resolution:

„Unter diesen Umständen muß die Sozialdemokratie danach streben, während des ganzen Verlaufs der Revolution eine solche Stellung zu behaupten, die ihr am besten die Möglichkeit sichert, die Revolution vorwärtszutreiben, ihr im Kampfe gegen die inkonsequente und eigennützige Politik der bürgerlichen Parteien nicht die Hände bindet und sie davor bewahrt, in der bürgerlichen Demokratie aufzugehen.

Deshalb darf sich die Sozialdemokratie nicht das Ziel setzen, durch Bildung einer provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen, sie muß vielmehr die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben."

Der Rat, eine Stellung zu beziehen, die am besten die Möglichkeit *sichert*, die Revolution vorwärtszutreiben, gefällt uns ganz außerordentlich. Wir hätten nur gewünscht, daß außer diesem guten Rat auch ein direkter Hinweis vorhanden wäre, wie die Sozialdemokratie gerade jetzt, in der gegebenen politischen Situation, in den Zeiten der Gerüchte, Mutmaßungen, Redereien und Projekte über die Einberufung von Volksvertretern, die Revolution vorwärtstreiben soll. Kann jetzt jemand die Revolution vorwärtstreiben, der nicht begreift, welche Gefahr die Theorie der Oswoboshdenzen von einer „Vereinbarung" des Volkes mit dem Zaren in sich birgt, der den bloßen „Beschluß", eine konstituierende Versammlung einzuberufen, schon als Sieg bezeichnet, der nicht die Aufgabe stellt, die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung aktiv zu propagieren? der die Losung der demokratischen Republik außer acht läßt? Solche Leute *treiben* in Wirklichkeit *die Revolution zurück*, weil sie in *praktisch-politischer* Beziehung auf dem Niveau der von den *Oswoboshdenzen* bezogenen Stellung stehengeblieben sind. Was nützt es, daß sie sich zu einem Programm bekennen, das die Ersetzung der Selbstherrschaft durch die Republik fordert, wenn in ihrer taktischen Resolution, welche die gegenwärtigen und die nächsten Aufgaben der Partei im revolutionären Augenblick festlegt, die Losung des Kampfes für die Republik fehlt? Gerade die Stellung der Oswoboshdenzen, die Stellung der konstitutionellen Bourgeoisie wird doch jetzt faktisch dadurch charak-

terisiert, daß der Beschluß, eine vom ganzen Volk gewählte konstituierende Versammlung einzuberufen, als ein entscheidender Sieg angesehen wird, während man sich über die provisorische revolutionäre Regierung und über die Republik wohlweislich ausschweigt! Um die Revolution *vorwärts*zutreiben, d. h. über jene Grenze hinaus, bis zu der die monarchistische Bourgeoisie sie treibt, muß man aktiv Losungen aufstellen, betonen und in den Vordergrund rücken, die die „Inkonsequenz" der bürgerlichen Demokratie *ausschließen*. Solche Losungen gibt es im gegenwärtigen Zeitpunkt *nur zwei*: 1. die provisorische revolutionäre Regierung und 2. die Republik; denn die Losung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung ist von der monarchistischen Bourgeoisie *übernommen* worden (siehe das Programm des „Bundes der Befreiung"), und sie ist übernommen worden eben im Interesse der Eskamotierung der Revolution, im Interesse der Verhinderung ihres vollen Sieges und im Interesse des Kuhhandels der Großbourgeoisie mit dem Zarismus. Und da sehen wir nun, daß die Konferenz von diesen beiden Losungen, die einzig und allein geeignet sind, die Revolution vorwärtszutreiben, die Losung der Republik gänzlich vergessen und die Losung der provisorischen revolutionären Regierung der Oswoboshdenzen-Losung einer vom ganzen Volk gewählten konstituierenden Versammlung kurzerhand gleichgesetzt hat, indem sie das eine wie das andere einen „entscheidenden Sieg der Revolution" nannte!!

Jawohl, das ist eine unzweifelhafte Tatsache, und sie wird, das steht für uns fest, dem künftigen Geschichtsschreiber der russischen Sozialdemokratie als Markstein dienen. Eine Konferenz von Sozialdemokraten nimmt im Mai 1905 eine Resolution an, die schöne Worte enthält über die Notwendigkeit, die demokratische Revolution vorwärtszutreiben, die sie jedoch in Wirklichkeit zurücktreibt, die in Wirklichkeit nicht weiter geht als die demokratischen Losungen der monarchistischen Bourgeoisie.

Die Neuiskristen machen uns gern den Vorwurf, daß wir die Gefahr eines Aufgehens des Proletariats in der bürgerlichen Demokratie ignorieren. Wir möchten den sehen, der es unternähme, diesen Vorwurf an Hand des Wortlauts der vom III. Parteitag der SDAPR angenommenen Resolutionen zu beweisen. Wir werden unseren Opponenten erwidern: Die Sozialdemokratie, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft

tätig ist, kann an der Politik nicht teilnehmen, ohne in diesem oder jenem Einzelfall mit der bürgerlichen Demokratie *in einer Reihe* zu gehen. Der Unterschied zwischen uns und euch ist dabei der, daß wir mit der revolutionären und republikanischen Bourgeoisie in einer Reihe gehen, ohne uns mit ihr zu verschmelzen, während ihr mit der *liberalen und monarchistischen Bourgeoisie* in einer Reihe geht, ebenfalls ohne euch mit ihr zu verschmelzen. *So sieht die Sache aus.*

Eure taktischen Losungen, die im Namen der Konferenz ausgegeben worden sind, *stimmen überein* mit den Losungen der „konstitutionell-demokratischen" Partei, d. h. *der Partei der monarchistischen Bourgeoisie,* und dabei habt ihr diese Übereinstimmung nicht bemerkt, seid euch ihrer nicht bewußt geworden und befindet euch somit faktisch *im Schlepptau der Oswoboshdenzen.*

Unsere taktischen Losungen, die im Namen des III. Parteitags der SDAPR ausgegeben worden sind, stimmen überein mit den Losungen der demokratisch-revolutionären und republikanischen Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie hat in Rußland noch keine große Volkspartei gebildet.* Aber daß es Elemente einer solchen Partei gibt, kann nur der bezweifeln, der keine Ahnung davon hat, was jetzt in Rußland vorgeht. Wir beabsichtigen (im Falle eines erfolgreichen Verlaufs der großen russischen Revolution), nicht nur das von der Sozialdemokratischen Partei organisierte Proletariat zu führen, sondern auch diese Kleinbourgeoisie, die sehr wohl mit uns in einer Reihe gehen kann.

Die Konferenz ist in ihrer Resolution unbewußt auf das Niveau der liberalen und monarchistischen Bourgeoisie *hinabgesunken.* Der Parteitag hat durch seine Resolution die Elemente der revolutionären Demokratie, die zu kämpfen vermögen, nicht aber Kuhhandel treiben wollen, bewußt zu sich *emporgehoben.*

Solche Elemente gibt es zumeist unter der Bauernschaft. Ohne einen ernsten Fehler zu machen, können wir bei der Einteilung der großen Gesellschaftsgruppen nach ihren politischen Tendenzen die revolutionäre und republikanische Demokratie mit der Masse der Bauernschaft gleich-

* Die „Sozialrevolutionäre" sind eher eine terroristische Intellektuellengruppe als die Keimform einer solchen Partei, obwohl die objektive Bedeutung der Tätigkeit dieser Gruppe gerade in der Verwirklichung der Aufgaben der revolutionären und republikanischen Bourgeoisie besteht.

setzen – selbstverständlich in demselben Sinne, mit denselben Vorbehalten und unter denselben stillschweigenden Voraussetzungen, wie man die Arbeiterklasse mit der Sozialdemokratie gleichsetzen kann. Wir können, anders ausgedrückt, unsere Schlußfolgerungen auch so formulieren: Die Konferenz ist mit ihren *gesamtnationalen** *politischen* Losungen im revolutionären Augenblick unbewußt *auf das Niveau der Masse der Gutsbesitzer hinabgesunken.* Der Parteitag hat mit seinen gesamtnationalen politischen Losungen *die Masse der Bauern auf ein revolutionäres Niveau emporgehoben.* Wer uns wegen dieser Schlußfolgerung beschuldigt, daß wir zu Paradoxen neigen, an den richten wir die Aufforderung, die folgende These zu widerlegen: Wenn wir nicht imstande sein werden, die Revolution zu Ende zu führen, wenn die Revolution mit einem im Sinne der Oswoboshdenzen „entscheidenden Sieg" lediglich in der Form einer vom Zaren einberufenen Vertreterversammlung *enden wird,* die nur zum Hohn eine konstituierende Versammlung genannt werden könnte – dann wird das eine Revolution sein, in der das *gutsherrliche und großbürgerliche* Element überwiegt. Umgekehrt, wenn uns beschieden ist, eine wirkliche große Revolution zu erleben, wenn die Geschichte diesmal keine „Fehlgeburt" zuläßt, wenn wir die Kraft haben werden, die Revolution zu Ende zu führen, bis zum entscheidenden Sieg nicht im Sinne der Oswoboshdenzen und der Neuiskristen, dann wird das eine Revolution sein, in der das bäuerliche und proletarische Element überwiegt.

Vielleicht werden manche in der Zulassung des Gedankens an ein solches Überwiegen einen Beweis dafür erblicken, daß wir die Überzeugung vom bürgerlichen Charakter der bevorstehenden Revolution aufgegeben haben? Bei dem Mißbrauch, der in der „Iskra" mit diesem Begriff getrieben wird, ist das wohl möglich. Deshalb ist es durchaus nicht überflüssig, bei dieser Frage zu verweilen.

---

* Wir sprechen nicht von den speziellen Losungen für die Bauernschaft, denen besondere Resolutionen gewidmet sind.

6. WOHER DROHT DEM PROLETARIAT DIE GEFAHR, IM KAMPF GEGEN DIE INKONSEQUENTE BOURGEOISIE MIT GEBUNDENEN HÄNDEN DAZUSTEHEN?

Die Marxisten sind vom bürgerlichen Charakter der russischen Revolution unbedingt überzeugt. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß jene demokratischen Umgestaltungen der politischen Ordnung und jene sozialökonomischen Umgestaltungen, die für Rußland notwendig geworden sind, an und für sich nicht nur keine Untergrabung des Kapitalismus, keine Untergrabung der Herrschaft der Bourgeoisie bedeuten, sondern daß sie umgekehrt zum erstenmal gründlich den Boden für eine breite und rasche, europäische und nicht asiatische Entwicklung des Kapitalismus säubern, daß sie zum erstenmal die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse ermöglichen werden. Die Sozialrevolutionäre können diese Idee nicht begreifen, weil sie das Abc der Entwicklungsgesetze der Warenproduktion und der kapitalistischen Produktion nicht kennen. Sie sehen nicht, daß sogar ein voller Erfolg des Bauernaufstands, sogar eine Neuaufteilung des ganzen Grund und Bodens im Interesse der Bauernschaft und gemäß ihren Wünschen (eine „schwarze Umteilung" oder etwas in dieser Art) den Kapitalismus keineswegs vernichten, sondern im Gegenteil seiner Entwicklung einen Anstoß geben und die Klassenscheidung der Bauernschaft selbst beschleunigen wird. Weil die Sozialrevolutionäre diese Wahrheit nicht begreifen, werden sie zu unbewußten Ideologen des Kleinbürgertums. Das Festhalten an dieser Wahrheit ist für die Sozialdemokratie von größter, nicht nur theoretischer, sondern auch praktisch-politischer Bedeutung, denn hieraus ergibt sich für die Partei des Proletariats die Pflicht, in der gegenwärtigen „allgemein-demokratischen" Bewegung ihre volle Selbständigkeit als Klassenpartei zu wahren.

Aber daraus folgt keineswegs, daß die *demokratische* (ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalt nach bürgerliche) Umwälzung für das Proletariat nicht von *größtem* Interesse wäre. Daraus folgt keineswegs, daß sich die demokratische Umwälzung nicht sowohl in einer Form vollziehen könnte, die vorwiegend für den Großkapitalisten, den Finanzmagnaten und den „aufgeklärten" Gutsbesitzer vorteilhaft ist, als auch in einer Form, die für den Bauern und den Arbeiter vorteilhaft ist.

Die Neuiskristen mißverstehen von Grund aus Sinn und Bedeutung der Kategorie: bürgerliche Revolution. Durch ihre Betrachtungen zieht sich ständig der Gedanke, die bürgerliche Revolution sei eine Revolution, die nur das bringen könne, was für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Nichts ist indes irriger als dieser Gedanke. Die bürgerliche Revolution ist eine Revolution, die nicht über den Rahmen der bürgerlichen, d. h. der kapitalistischen, ökonomischen Struktur der Gesellschaft hinausgeht. Die bürgerliche Revolution bringt die Bedürfnisse der Entwicklung des Kapitalismus zum Ausdruck und zerstört keineswegs die Grundlagen dieser Entwicklung, sondern verbreitert und vertieft sie im Gegenteil. Diese Revolution bringt daher die Interessen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der gesamten Bourgeoisie zum Ausdruck. Da unter dem Kapitalismus die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat unvermeidlich ist, kann man mit vollem Recht sagen, daß die bürgerliche Revolution die Interessen nicht so sehr des Proletariats als vielmehr der Bourgeoisie zum Ausdruck bringt. Aber völlig absurd ist der Gedanke, daß die bürgerliche Revolution die Interessen des Proletariats überhaupt nicht zum Ausdruck bringt. Dieser absurde Gedanke läuft entweder auf die althergebrachte Volkstümlertheorie hinaus, daß die bürgerliche Revolution den Interessen des Proletariats widerspricht und daß wir daher keine bürgerliche politische Freiheit brauchen. Oder dieser Gedanke läuft auf den Anarchismus hinaus, der jede Beteiligung des Proletariats an der bürgerlichen Politik, an der bürgerlichen Revolution, am bürgerlichen Parlamentarismus verneint. Theoretisch bedeutet dieser Gedanke, daß man die elementarsten Grundsätze des Marxismus vergißt, wonach die Entwicklung des Kapitalismus auf der Grundlage der Warenproduktion unvermeidlich ist. Der Marxismus lehrt, daß eine Gesellschaft, die sich auf die Warenproduktion gründet und mit den zivilisierten kapitalistischen Nationen im Austausch steht, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe unvermeidlich auch selbst den Weg des Kapitalismus beschreitet. Der Marxismus hat unwiderruflich mit den Phantasien der Volkstümler und der Anarchisten gebrochen, als ob beispielsweise Rußland die kapitalistische Entwicklung vermeiden, dem Kapitalismus ausweichen oder ihn überspringen und einen anderen Weg einschlagen könne als den Weg des Klassenkampfes auf dem Boden und im Rahmen eben dieses Kapitalismus.

Alle diese Leitsätze des Marxismus sind mit aller Ausführlichkeit be-

wiesen und durchgekaut worden, sowohl im allgemeinen als auch im besonderen hinsichtlich Rußlands. Und aus diesen Leitsätzen folgt, daß es ein *reaktionärer* Gedanke ist, die Erlösung der Arbeiterklasse in irgend etwas anderem zu suchen als in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus. In solchen Ländern wie Rußland leidet die Arbeiterklasse nicht so sehr unter dem Kapitalismus als vielmehr unter der ungenügenden Entwicklung des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse ist daher an der breitesten, freiesten und raschesten Entwicklung des Kapitalismus *unbedingt interessiert*. Für die Arbeiterklasse ist die Beseitigung aller Überreste der alten Zeit, die der breiten, freien und raschen Entwicklung des Kapitalismus hinderlich sind, unbedingt *von Vorteil*. Die bürgerliche Revolution ist eben eine solche Umwälzung, die am entschiedensten die Überreste der alten Zeit, die Überreste der Leibeigenschaft (zu diesen Überresten gehört nicht nur die Selbstherrschaft, sondern auch die Monarchie) hinwegfegt, die am vollständigsten die breiteste, freieste und rascheste Entwicklung des Kapitalismus gewährleistet.

Deshalb ist die *bürgerliche* Revolution *für das Proletariat im höchsten Grade vorteilhaft*. Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats *unbedingt* notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein. Nur Leuten, die das Abc des wissenschaftlichen Sozialismus nicht kennen, kann diese Schlußfolgerung neu oder seltsam, ja paradox erscheinen. Aus dieser Schlußfolgerung ergibt sich übrigens auch die These, daß *in einem gewissen Sinne* die bürgerliche Revolution für das Proletariat *vorteilhafter* ist als für die Bourgeoisie. Und zwar unterliegt diese These gerade in folgendem Sinne keinem Zweifel: Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, sich gegen das Proletariat auf einige Überreste der alten Zeit zu stützen, zum Beispiel auf die Monarchie, auf das stehende Heer u. dgl. m. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, daß die bürgerliche Revolution nicht gar zu entschieden alle Überreste der alten Zeit hinwegfegt, sondern einige von ihnen bestehen läßt, daß also diese Revolution nicht völlig konsequent ist, nicht bis zu Ende geht, nicht entschieden und schonungslos ist. Diesen Gedanken drücken die Sozialdemokraten oft etwas anders aus, wenn sie sagen, die Bourgeoisie werde sich selbst untreu, die Bourgeoisie verrate die Sache der Freiheit, die Bourgeoisie sei unfähig zu einem konsequenten

Demokratismus. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung langsamer, allmählicher, vorsichtiger, unentschiedener, auf dem Wege von Reformen und nicht auf dem Wege der Revolution vollziehen; daß diese Umgestaltungen die „ehrwürdigen" Einrichtungen aus der Zeit der Leibeigenschaft (wie die Monarchie) möglichst schonen; daß diese Umgestaltungen die revolutionäre Aktivität, Initiative und Energie des einfachen Volkes, d. h. der Bauernschaft und insbesondere der Arbeiter, möglichst wenig entwickeln, denn sonst wird es den Arbeitern um so leichter fallen, „das Gewehr von einer Schulter auf die andere zu legen", wie die Franzosen sagen, d. h. die Waffen, mit denen die bürgerliche Revolution sie ausrüstet, die Freiheit, die sie ihnen gibt, und die demokratischen Einrichtungen, die auf dem von der Leibeigenschaft gesäuberten Boden entstehen, gegen die Bourgeoisie selbst zu kehren.

Umgekehrt ist es für die Arbeiterklasse vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung gerade nicht auf dem Wege von Reformen, sondern auf revolutionärem Wege vollziehen, denn der Weg der Reformen ist ein Weg der Verschleppung, der Amtsschimmelei, des qualvoll langsamen Absterbens der faulenden Teile des Volksorganismus. Unter dieser Fäulnis leiden zuerst und zumeist das Proletariat und die Bauernschaft. Der revolutionäre Weg ist der Weg der raschen, für das Proletariat am wenigsten schmerzhaften Operation; er ist der Weg der direkten Entfernung der faulenden Teile, der Weg der geringsten Nachgiebigkeit und Nachsicht gegenüber der Monarchie und den ihr entsprechenden abscheulichen und widerlichen, verfaulten und mit ihrer Fäulnis die Luft verpestenden Einrichtungen.

Eben deshalb und keineswegs nur aus Zensurrücksichten, nicht nur aus Angst vor der hohen Obrigkeit vergießt unsere bürgerlich-liberale Presse Tränen über die Möglichkeit des revolutionären Weges, fürchtet sie die Revolution, schreckt sie den Zaren mit der Revolution, bemüht sie sich, die Revolution zu vermeiden, bettelt sie knechtisch und kriecherisch um klägliche Reformen, um den Weg der Reformen zu ebnen. Auf diesem Standpunkt stehen nicht nur die „Russkije Wedomosti" [Russische Nachrichten], „Syn Otetschestwa" [Sohn des Vaterlandes], „Nascha Shisn" [Unser Leben] und „Naschi Dni" [Unsere Tage], sondern auch das illegale, freie „Oswoboshdenije". Eben die Lage der Bourgeoisie als Klasse in der kapi-

talistischen Gesellschaft erzeugt unvermeidlich ihre Inkonsequenz in der demokratischen Umwälzung. Eben die Lage des Proletariats als Klasse zwingt es, konsequent demokratisch zu sein. Die Bourgeoisie blickt nach rückwärts, sie fürchtet den demokratischen Fortschritt, der mit der Gefahr einer Erstarkung des Proletariats droht. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, wird aber mit Hilfe des Demokratismus die ganze Welt gewinnen. Je konsequenter daher die bürgerliche Revolution in ihren demokratischen Umgestaltungen ist, desto weniger beschränkt sie sich auf das, was ausschließlich für die Bourgeoisie von Vorteil ist. Je konsequenter die bürgerliche Revolution ist, desto mehr Vorteile sichert sie in der demokratischen Umwälzung dem Proletariat und der Bauernschaft.

Der Marxismus lehrt den Proletarier nicht, sich von der bürgerlichen Revolution fernzuhalten, auf die Teilnahme an ihr zu verzichten, die Führung in ihr der Bourgeoisie zu überlassen, sondern im Gegenteil, er lehrt die energischste Teilnahme, den entschlossensten Kampf für den konsequenten proletarischen Demokratismus, für die Durchführung der Revolution bis zu Ende. Wir können den bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution nicht sprengen, wir können aber diesen Rahmen gewaltig erweitern, wir können und müssen innerhalb dieses Rahmens für die Interessen des Proletariats, für seine unmittelbaren Bedürfnisse und für solche Bedingungen kämpfen, die es ermöglichen, seine Kräfte für den künftigen vollen Sieg vorzubereiten. Es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie. Auch der monarchistische Semstwomann, der Anhänger eines Oberhauses, der das allgemeine Wahlrecht „fordert", aber insgeheim, in aller Stille, mit dem Zarismus über eine gestutzte Verfassung handelseins wird, ist ein bürgerlicher Demokrat. Und der Bauer, der mit der Waffe in der Hand gegen die Gutsbesitzer und Beamten zieht und „naiv-republikanisch" vorschlägt, „den Zaren davonzujagen"*, ist ebenfalls ein bürgerlicher Demokrat. Es gibt solche bürgerlich-demokratischen Verhältnisse wie in Deutschland und solche wie in England; solche wie in Österreich und solche wie in Amerika oder in der Schweiz. Der wäre ein schöner Marxist, der in der Epoche der demokratischen Umwälzung diesen Unterschied zwischen den Abstufungen des Demokratismus und zwischen dem verschiedenartigen Charakter der einen oder anderen seiner Formen

* Siehe „Oswoboshdenije" Nr. 71, S. 337, Anm. 2.

übersähe und sich auf das „Klügeln" darüber beschränken wollte, daß das ja alles „bürgerliche Revolution" sei und Früchte der „bürgerlichen Revolution" seien.

Zu dieser Sorte Klügler, die mit ihrer Kurzsichtigkeit wichtig tun, gehören aber gerade unsere Neuiskristen. Sie beschränken sich darauf, über den bürgerlichen Charakter der Revolution ausgerechnet dann und dort Betrachtungen anzustellen, wo man es verstehen muß, einen Unterschied zwischen der republikanisch-revolutionären und der monarchistisch-liberalen bürgerlichen Demokratie zu machen, ganz zu schweigen von dem Unterschied zwischen dem inkonsequenten bürgerlichen und dem konsequenten proletarischen Demokratismus. Sie begnügen sich, als wären sie wirklich zu „Menschen im Futteral"* geworden, mit melancholischen Redensarten über den „Prozeß des beiderseitigen Kampfes zwischen den gegensätzlichen Klassen", wenn es darum geht, der gegenwärtigen Revolution eine *demokratische Führung* zu geben, die *fortschrittlichen demokratischen* Losungen zum Unterschied von den verräterischen Losungen der Herren Struve und Konsorten hervorzuheben und die nächsten Aufgaben des wirklich revolutionären Kampfes des Proletariats und der Bauernschaft im Unterschied zum liberalen Maklertum der Gutsbesitzer und Fabrikanten klipp und klar aufzuzeigen. Der Kern der Frage, den Sie, meine Herren, übersehen haben, ist jetzt eben der, ob unsere Revolution mit einem wirklich grandiosen Sieg oder nur mit einem erbärmlichen Kompromiß abschließen wird, ob sie bis zur revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gelangen oder ob ihr schon bei einer liberalen Schipowschen Verfassung „der Atem ausgehen" wird!

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als wichen wir dadurch, daß wir diese Frage stellen, von unserem Thema völlig ab. Aber so scheint es nur auf den ersten Blick. In Wirklichkeit liegt gerade in dieser Frage die Wurzel der prinzipiellen Differenz, die schon jetzt zwischen der sozialdemokratischen Taktik des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Taktik, die auf der Konferenz der Neuiskristen festgelegt wurde, klar hervorgetreten ist. Die letzteren haben schon heute nicht zwei, sondern drei Schritte zurück gemacht, denn sie

* „Der Mann im Futteral" — Titelheld einer Erzählung von A. P. Tschechow. *Der Übers.*

haben bei der Lösung der für die Arbeiterpartei unvergleichlich komplizierteren, schwerwiegenderen und lebenswichtigeren Fragen ihrer Taktik im Augenblick der Revolution die Fehler des Ökonomismus zu neuem Leben erweckt. Und eben deshalb müssen wir bei der Untersuchung der gestellten Frage mit aller Aufmerksamkeit zu Werke gehen.

In dem von uns zitierten Teil der neuiskristischen Resolution ist ein Hinweis *auf die Gefahr enthalten*, daß sich die Sozialdemokratie im Kampf gegen die inkonsequente Politik der Bourgeoisie die Hände binden, daß sie in der bürgerlichen Demokratie aufgehen könne. Der Gedanke an diese Gefahr zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze spezifisch neuiskristische Literatur, dieser Gedanke ist der wahre Kern der ganzen prinzipiellen Stellung in unserer Parteispaltung (seitdem das Element des Gezänks in dieser Spaltung vor dem Element der Wendung zum Ökonomismus völlig in den Hintergrund getreten ist). Und wir erkennen ohne alle Umschweife an, daß diese Gefahr wirklich besteht, daß diese Gefahr gerade jetzt, da sich die russische Revolution stürmisch entfaltet, besonders ernst geworden ist. Uns allen, den Theoretikern oder – wie ich von mir lieber sagen würde – den Publizisten der Sozialdemokratie, obliegt die unaufschiebbare und außerordentlich verantwortliche Aufgabe, zu untersuchen, *von welcher Seite* diese Gefahr in Wirklichkeit droht. Denn die Quelle unserer Meinungsverschiedenheit liegt nicht in dem Streit darüber, ob eine solche Gefahr vorhanden ist, sondern in dem Streit darüber, ob sie durch die sogenannte Nachtrabpolitik der „Minderheit" oder durch den sogenannten Revolutionarismus der „Mehrheit" hervorgerufen wird.

Um Mißdeutungen und Mißverständnisse zu beseitigen, wollen wir vor allem bemerken, daß die Gefahr, von der wir sprechen, nicht in der subjektiven, sondern in der objektiven Seite der Sache liegt, nicht in der formellen Stellung, welche die Sozialdemokratie im Kampfe beziehen wird, sondern im materiellen Ausgang des ganzen gegenwärtigen revolutionären Kampfes. Nicht das ist die Frage, ob diese oder jene sozialdemokratischen Gruppen in der bürgerlichen Demokratie aufgehen wollen, ob sie sich dessen bewußt sind, daß sie in ihr aufgehen – davon ist gar nicht die Rede. Wir verdächtigen keinen Sozialdemokraten, einen solchen Wunsch zu haben, und nicht auf den Wunsch kommt es hier an. Die Frage ist auch nicht, ob diese oder jene sozialdemokratischen Gruppen ihre formelle Selbständigkeit, Sonderstellung und Unabhängigkeit gegenüber der bür-

gerlichen Demokratie während des ganzen Verlaufs der Revolution bewahren werden. Sie können diese ihre „Selbständigkeit" nicht nur verkünden, sondern sie sogar formell bewahren, und nichtsdestoweniger *kann die Sache so ausgehen*, daß sie im Kampf gegen die Inkonsequenz der Bourgeoisie mit gebundenen Händen dastehen werden. Als politische Schlußbilanz der Revolution kann sich herausstellen, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer formellen „Selbständigkeit", trotz ihrer vollen organisatorischen Sonderstellung als Partei sich in Wirklichkeit nicht als selbständig erweist, sich nicht als fähig erweist, dem Gang der Ereignisse den Stempel ihrer proletarischen Selbständigkeit aufzudrücken, sondern sich als so schwach erweist, daß im großen und ganzen, im Endergebnis, als Schlußbilanz, ihr „Aufgehen" in der bürgerlichen Demokratie dennoch zur historischen Tatsache wird.

Eben darin besteht die wirkliche Gefahr. Und nun wollen wir sehen, von welcher Seite sie droht: Von dem Abweichen der Sozialdemokratie nach rechts in Gestalt der neuen „Iskra", wie wir glauben, oder von ihrem Abweichen nach links in Gestalt der „Mehrheit", des „Wperjod" usw., wie die Neuiskristen glauben.

Die Lösung dieser Frage wird, wie wir schon gezeigt haben, durch das objektive Zusammenwirken der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte bestimmt. Der Charakter dieser Kräfte ist theoretisch durch die marxistische Analyse der russischen Wirklichkeit bestimmt worden und wird jetzt praktisch durch das offene Auftreten der Gruppen und Klassen im Verlauf der Revolution bestimmt. Die ganze theoretische Analyse, die schon lange vor der jetzigen Epoche von den Marxisten vorgenommen worden ist, wie auch alle praktischen Beobachtungen hinsichtlich der Entwicklung der revolutionären Ereignisse zeigen uns nun, daß die Revolution in Rußland vom Standpunkt der objektiven Bedingungen auf zweierlei Art verlaufen und ausgehen kann. Die Umgestaltung der ökonomischen und politischen Ordnung Rußlands in bürgerlich-demokratischer Richtung ist unvermeidlich und unabwendbar. Es gibt keine Kraft auf Erden, die eine solche Umgestaltung verhindern könnte. Aber aus dem Zusammenwirken der vorhandenen Kräfte, die diese Umgestaltung hervorbringen, können sich zweierlei Resultate oder zweierlei Formen dieser Umgestaltung ergeben. Eines von beiden: 1. entweder endet das Ganze mit einem „entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus" oder 2. die Kräfte

reichen für einen entscheidenden Sieg nicht aus, und das Ganze endet mit einem Pakt zwischen dem Zarismus und den „inkonsequentesten" und „eigennützigsten" Elementen der Bourgeoisie. All die unendliche Mannigfaltigkeit der Details und Kombinationen, die vorauszusehen niemand imstande ist, reduziert sich im großen und ganzen gerade auf die eine oder die andere dieser zwei Möglichkeiten.

Betrachten wir nun diese Möglichkeiten, erstens vom Gesichtspunkt ihrer sozialen Bedeutung und zweitens vom Gesichtspunkt der Lage der Sozialdemokratie (ihres „Aufgehens" oder ihrer „gebundenen Hände") bei dem einen und dem anderen Ausgang.

Was ist „*ein entscheidender Sieg der Revolution* über den *Zarismus*"? Wir haben schon gesehen, daß die Neuiskristen diesen Ausdruck gebrauchen, ohne dabei auch nur seine nächstliegende politische Bedeutung zu verstehen. Noch weniger ist bei ihnen davon etwas zu merken, daß sie den Klasseninhalt dieses Begriffs verstehen. Wir Marxisten dürfen uns jedoch in keinem Falle von *Worten* wie „Revolution" oder „große russische Revolution" blenden lassen, so wie sich jetzt viele revolutionäre Demokraten (vom Schlage Gapons) von ihnen blenden lassen. Wir müssen uns genau Rechenschaft darüber ablegen, welche realen gesellschaftlichen Kräfte sich dem „Zarismus" (das ist eine durchaus reale, für alle durchaus verständliche Kraft) entgegenstellen und fähig sind, einen „entscheidenden Sieg" über ihn zu erringen. Die Großbourgeoisie, die Gutsbesitzer, die Fabrikanten, die „gute Gesellschaft", die hinter den Oswoboshdenzen steht, können diese Kraft nicht sein. Wir sehen, daß sie einen entscheidenden Sieg auch gar nicht wollen. Wir wissen, daß sie infolge ihrer Klassenlage zu einem entschlossenen Kampf gegen den Zarismus nicht fähig sind: das Privateigentum, das Kapital, der Grund und Boden sind ein viel zu schweres Bleigewicht an ihren Füßen, als daß sie einen entschlossenen Kampf führen könnten. Sie brauchen viel zu sehr den Zarismus, seine polizeilich-bürokratischen und militärischen Kräfte, gegen das Proletariat und die Bauernschaft, als daß sie die Vernichtung des Zarismus anstreben könnten. Nein, die Kraft, die fähig ist, einen „entscheidenden Sieg über den Zarismus" zu erringen, kann nur das *Volk* sein, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, wenn man die grundlegenden, ausschlaggebenden Kräfte nimmt und die ländliche und städtische Kleinbourgeoisie (die auch zum „Volk" gehört) zwischen ihnen aufteilt. Ein „entscheidender Sieg der

Revolution über den Zarismus" ist *die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*. Dieser Schlußfolgerung, auf die vom „Wperjod" schon längst hingewiesen worden ist, können sich unsere Neuiskristen nicht entziehen. Es gibt sonst niemanden, der einen entscheidenden Sieg über den Zarismus erringen könnte.

Und ein solcher Sieg wird eben eine Diktatur sein, d. h., er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene, auf „legalem", „friedlichem Wege" geschaffene Einrichtungen. Das kann nur eine Diktatur sein, denn die Verwirklichung der für das Proletariat und die Bauernschaft unverzüglich und unabweislich notwendigen Umgestaltungen wird den erbitterten Widerstand sowohl der Gutsbesitzer als auch der Großbourgeoisie und des Zarismus hervorrufen. Ohne Diktatur ist es unmöglich, diesen Widerstand zu brechen, die konterrevolutionären Anschläge abzuwehren. Doch selbstverständlich wird das keine sozialistische, sondern eine demokratische Diktatur sein. Sie wird (ohne eine ganze Reihe Zwischenstufen der revolutionären Entwicklung) nicht imstande sein, die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten. Sie wird im besten Fall imstande sein, eine radikale Neuverteilung des Grundeigentums zugunsten der Bauernschaft vorzunehmen, einen konsequenten und vollen Demokratismus bis zur Errichtung der Republik durchzuführen, alle asiatischen Wesenszüge und Knechtschaftsverhältnisse im Leben nicht nur des Dorfes, sondern auch der Fabrik auszumerzen, für eine ernsthafte Verbesserung der Lage der Arbeiter, für die Hebung ihrer Lebenshaltung den Grund zu legen und schließlich, last but not least*, den revolutionären Brand nach Europa zu tragen. Ein solcher Sieg wird aus unserer bürgerlichen Revolution noch keineswegs eine sozialistische machen; die demokratische Umwälzung wird über den Rahmen der bürgerlichen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse nicht unmittelbar hinausgehen; aber nichtsdestoweniger wird die Bedeutung eines solchen Sieges für die künftige Entwicklung sowohl Rußlands als auch der ganzen Welt gigantisch sein. Nichts wird die revolutionäre Energie des Weltproletariats so sehr steigern, nichts wird den Weg, der zu seinem vollen Siege führt, so sehr abkürzen wie dieser entscheidende Sieg der in Rußland begonnenen Revolution.

* als Letztes, aber nicht Geringstes.

Inwieweit ein solcher Sieg wahrscheinlich ist, das ist eine andere Frage. Wir neigen diesbezüglich keineswegs zu unbesonnenem Optimismus, wir vergessen durchaus nicht die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Aufgabe, aber wenn wir in den Kampf ziehen, müssen wir den Sieg wollen und den richtigen Weg zu ihm zeigen können. Die Tendenzen, die diesen Sieg herbeizuführen vermögen, sind unbestreitbar vorhanden. Freilich, unser sozialdemokratischer Einfluß auf die Masse des Proletariats ist noch äußerst ungenügend; die revolutionäre Einwirkung auf die Masse der Bauern ist verschwindend gering; die Zersplitterung, die Rückständigkeit, die Unwissenheit des Proletariats und besonders der Bauernschaft sind noch furchtbar groß. Aber die Revolution schweißt rasch zusammen und klärt rasch auf. Jeder Schritt ihrer Entwicklung rüttelt die Massen auf und zieht sie mit unwiderstehlicher Kraft gerade auf die Seite des revolutionären Programms, das allein ihre wirklichen, ureigenen Interessen konsequent und vollständig zum Ausdruck bringt.

Ein Gesetz der Mechanik lautet: Die Wirkung ist gleich der Gegenwirkung. In der Geschichte hängt die zerstörende Kraft der Revolution in nicht geringem Maße auch davon ab, wie stark und andauernd die Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen war und wie tief der Widerspruch zwischen dem vorsintflutlichen „Überbau" und den lebendigen Kräften der gegenwärtigen Epoche ist. Auch die internationale politische Situation gestaltet sich in vieler Hinsicht für die russische Revolution so günstig wie nur möglich. Der Aufstand der Arbeiter und der Bauern hat schon begonnen; er ist zersplittert, spontan und schwach, aber er beweist unbestreitbar und unbedingt das Vorhandensein von Kräften, die zu einem entschlossenen Kampf fähig sind und einem entscheidenden Sieg entgegengehen.

Reichen diese Kräfte nicht aus, so wird es dem Zarismus gelingen, einen Pakt zu schließen, der denn auch schon von zwei Seiten vorbereitet wird, sowohl von den Herren Bulygin als auch von den Herren Struve. Dann wird die Sache mit einer gestutzten Verfassung oder sogar — im allerschlimmsten Fall — mit einer Parodie auf eine Verfassung enden. Das wird auch eine „bürgerliche Revolution" sein, freilich eine Fehlgeburt, ein Zerrbild, eine Mißgestalt. Die Sozialdemokratie macht sich keine Illusionen, sie kennt die verräterische Natur der Bourgeoisie, sie wird den Mut nicht sinken lassen und ihre beharrliche, geduldige, unentwegte Arbeit an der Klassenerziehung des Proletariats selbst im allergrauesten Alltag der

bürgerlich-konstitutionellen „Schipowschen" Glückseligkeit nicht aufgeben. Ein solcher Ausgang gliche mehr oder weniger dem Ausgang fast aller demokratischen Revolutionen in Europa im Laufe des 19. Jahrhunderts, und unsere Parteientwicklung beschritte dann einen mühsamen, schweren, langen, aber bekannten und ausgetretenen Pfad.

Es fragt sich nun, in welchem dieser beiden möglichen Fälle wird die Sozialdemokratie gegenüber der inkonsequenten und eigennützigen Bourgeoisie faktisch mit gebundenen Händen dastehen? in der bürgerlichen Demokratie faktisch „aufgegangen" oder fast aufgegangen sein?

Es genügt, diese Frage klar zu stellen, damit man sie, ohne auch nur einen Augenblick zu schwanken, beantworten kann.

Gelingt es der Bourgeoisie, die russische Revolution durch einen Pakt mit dem Zarismus zum Scheitern zu bringen, dann werden der Sozialdemokratie faktisch eben die Hände gegenüber der inkonsequenten Bourgeoisie gebunden sein, dann wird die Sozialdemokratie in der bürgerlichen Demokratie in dem Sinne „aufgegangen" sein, daß es dem Proletariat nicht gelingen wird, der Revolution seinen klaren Stempel aufzudrücken und mit dem Zarismus auf proletarische oder, wie Marx einst sagte, „plebejische Manier" fertig zu werden.

Gelingt der entscheidende Sieg der Revolution, dann werden wir mit dem Zarismus auf jakobinische oder, wenn ihr wollt, plebejische Manier fertig werden. „Der ganze französische Terrorismus", schrieb Marx 1848 in der berühmten „Neuen Rheinischen Zeitung", „war nichts als eine *plebejische Manier,* mit den *Feinden der Bourgeoisie,* dem Absolutismus, dem Feudalismus und dem Spießbürgertum fertig zu werden" (siehe Marx' Nachlaß, herausgegeben von Mehring, Bd. III, S. 211)[13]. Haben die Leute, die die sozialdemokratischen russischen Arbeiter mit dem Popanz des „Jakobinertums" in der Epoche der demokratischen Revolution schrecken, jemals über die Bedeutung dieser Worte von Marx nachgedacht?

Die Girondisten der heutigen russischen Sozialdemokratie, die Neuiskristen, verschmelzen sich nicht mit den Oswoboshdenzen, erweisen sich aber kraft des Charakters ihrer Losungen faktisch in deren Nachtrab. Die Oswoboshdenzen aber, d. h. die Vertreter der liberalen Bourgeoisie, möchten mit der Selbstherrschaft auf sanfte, reformerische Art fertig werden; nachgiebig, ohne der Aristokratie, dem Adel, dem Hof weh zu tun; vorsichtig, ohne etwas zu zerbrechen; liebenswürdig und höflich, vornehm

und in Glacéhandschuhen (wie Herr Petrunkewitsch sie sich beim Empfang der „Volksvertreter" (?) durch Nikolaus den Blutigen von einem Polizeischergen ausborgte; siehe „Proletari" Nr. 5*).

Die Jakobiner der heutigen Sozialdemokratie – die Bolschewiki, die Anhänger des „Wperjod", des Parteitags oder des „Proletari", ich weiß wirklich nicht, wie ich sagen soll – wollen mit ihren Losungen das revolutionäre und republikanische Kleinbürgertum und besonders die Bauernschaft auf das Niveau des konsequenten Demokratismus des Proletariats heben, das seine Sonderstellung als Klasse dabei voll bewahrt. Sie wollen, daß das Volk, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, mit der Monarchie und der Aristokratie auf „plebejische Manier" fertig wird, indem es die Feinde der Freiheit schonungslos vernichtet, ihren Widerstand mit Gewalt bricht und dem verfluchten Erbe der Leibeigenschaft, des Asiatentums und der Schändung des Menschen keinerlei Konzession macht.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir unbedingt die Jakobiner von Anno 1793 nachahmen, ihre Ansichten, ihr Programm, ihre Losungen und Aktionsmethoden übernehmen wollen. Nichts dergleichen. Wir haben nicht das alte, sondern ein neues Programm – das Minimalprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Wir haben eine neue Losung: *die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*. Und wir werden, falls wir den wirklichen Sieg der Revolution noch erleben, auch neue Aktionsmethoden haben, die dem Charakter und den Zielen der zur vollen sozialistischen Umwälzung strebenden Partei der Arbeiterklasse entsprechen. Mit unserem Vergleich wollen wir bloß klarmachen, daß sich die Vertreter der fortgeschrittensten Klasse des 20. Jahrhunderts, des Proletariats, d. h. die Sozialdemokraten, ebenso in zwei Flügel teilen (einen opportunistischen und einen revolutionären), wie sich die Vertreter der fortgeschrittensten Klasse des 18. Jahrhunderts, der Bourgeoisie, in Girondisten und Jakobiner geteilt haben.

Nur im Falle eines vollen Sieges der demokratischen Revolution wird das Proletariat *im* Kampf gegen die *inkonsequente* Bourgeoisie *nicht mit* gebundenen Händen dastehen. Nur in diesem Falle wird es in der bürgerlichen Demokratie nicht „aufgehen", sondern der ganzen Revolution seinen proletarischen, richtiger gesagt, proletarisch-bäuerlichen Stempel aufdrücken.

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 491–495, russ. *Die Red.*

Mit einem Wort: Um im Kampf gegen die inkonsequente bürgerliche Demokratie nicht mit gebundenen Händen dazustehen, muß das Proletariat genügend klassenbewußt und stark sein, um die Bauernschaft zum revolutionären Bewußtsein emporzuheben, ihren Ansturm zu leiten und auf diese Weise den konsequent proletarischen Demokratismus selbständig durchzuführen.

So steht es mit der von den Neuiskristen so unglücklich gelösten Frage der Gefahr, im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie mit gebundenen Händen dazustehen. Die Bourgeoisie wird stets inkonsequent sein. Nichts ist naiver und fruchtloser als die Versuche, Bedingungen oder Punkte aufzustellen*, bei deren Erfüllung es möglich wäre, die bürgerliche Demokratie für einen nicht heuchlerischen Freund des Volkes zu halten. Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revolutionären Kampf anschließt. Reicht die Kraft des Proletariats dazu nicht aus, dann wird sich die Bourgeoisie an der Spitze der demokratischen Revolution erweisen und ihr einen inkonsequenten und eigennützigen Charakter verleihen. Um das zu verhindern, gibt es kein anderes Mittel als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Somit kommen wir zu der unzweifelhaften Schlußfolgerung, daß gerade die neuiskristische Taktik ihrer objektiven Bedeutung nach *der bürgerlichen Demokratie in die Hände arbeitet.* Die Propaganda der organisatorischen Verschwommenheit, die bis zu Plebisziten, zum Prinzip des Paktierens und zum Losgelöstsein der Parteiliteratur von der Partei geht, die Herabsetzung der Aufgaben des bewaffneten Aufstands, die Vermengung der das ganze Volk betreffenden politischen Losungen des revolutionären Proletariats mit denen der monarchistischen Bourgeoisie, die Entstellung der Bedingungen des „entscheidenden Sieges der Revolution über den Zarismus" — all dies zusammen ergibt im revolutionären Augenblick gerade jene Nachtrabpolitik, die das Proletariat irreführt und desorganisiert, sein Bewußtsein trübt und die Taktik der Sozialdemokratie herab-

* Wie das Starower in seiner vom III. Parteitag aufgehobenen Resolution[14] zu tun versucht hat und wie es die Konferenz in der nicht minder mißglückten Resolution zu tun versucht.

würdigt, anstatt den einzigen Weg zum Siege zu zeigen und alle revolutionären und republikanischen Elemente des Volkes um die Losung des Proletariats zusammenzuschließen.

Um diese Schlußfolgerung, zu der wir auf Grund der Analyse der Resolution gelangt sind, zu erhärten, wollen wir an dieselbe Frage unter anderen Gesichtspunkten herangehen. Betrachten wir erstens, wie der etwas einfältige und offenherzige Menschewik im georgischen „Sozialdemokrat" die neuiskristische Taktik illustriert. Betrachten wir zweitens, *wer sich in der gegebenen politischen Situation tatsächlich* der Losungen der neuen „Iskra" bedient.

7. DIE TAKTIK DER „AUSSCHALTUNG DER KONSERVATIVEN AUS DER REGIERUNG"

Der von uns oben erwähnte Artikel im Organ des menschewistischen Tifliser „Komitees" („Sozialdemokrat" Nr. 1) ist betitelt „Der Semski Sobor und unsere Taktik". Der Verfasser hat unser Programm noch nicht ganz vergessen, er stellt die Losung der Republik auf, läßt sich aber über die Taktik wie folgt aus:

„Zur Erreichung dieses Zieles" (der Republik) „kann man zwei Wege zeigen: Entweder man läßt den Semski Sobor, der von der Regierung einberufen wird, völlig außer acht, *stürzt mit der Waffe in der Hand die Regierung*, bildet eine revolutionäre Regierung und beruft eine konstituierende Versammlung ein. Oder man erklärt den Semski Sobor zum Mittelpunkt unserer Aktion, wirkt mit der Waffe in der Hand auf seine Zusammensetzung, auf seine Tätigkeit ein und zwingt ihn mit Gewalt, sich zur konstituierenden Versammlung zu erklären, oder beruft durch ihn eine konstituierende Versammlung ein. Diese zwei Taktiken unterscheiden sich sehr schroff voneinander. Betrachten wir, welche von ihnen für uns vorteilhafter ist."

So also legen die Neuiskristen in Rußland die Ideen dar, die späterhin in der von uns analysierten Resolution ihren Niederschlag gefunden haben. Das wurde, wohlgemerkt, vor Tsushima geschrieben, als das Bulyginsche „Projekt" noch gar nicht das Licht der Welt erblickt hatte. Sogar die Liberalen verloren die Geduld und äußerten ihr Mißtrauen in den Spalten

der legalen Presse; der neuiskristische Sozialdemokrat aber zeigte sich vertrauensseliger als die Liberalen. Er erklärt, daß der Semski Sobor „einberufen wird", und vertraut dem Zaren so sehr, daß er vorschlägt, den noch nicht existierenden Semski Sobor (vielleicht sogar eine „Reichsduma" oder einen „gesetzberatenden Sobor"?) zum Mittelpunkt unserer Aktion zu machen. Unser Tifliser, offenherziger und gradliniger als die Verfasser der von der Konferenz angenommenen Resolution, setzt diese beiden „Taktiken" (die er mit unnachahmlicher Naivität darlegt) nicht einander gleich, sondern erklärt, daß die zweite „vorteilhafter" sei. Man höre:

„Die erste Taktik. Wie bekannt, ist die bevorstehende Revolution eine bürgerliche Revolution, d. h., sie ist auf eine solche Änderung der gegenwärtigen Ordnung gerichtet, an der (nämlich der Änderung) nicht nur das Proletariat, sondern auch die ganze bürgerliche Gesellschaft interessiert ist. In Opposition zur Regierung stehen alle Klassen, selbst die Kapitalisten. Das kämpfende Proletariat und die kämpfende Bourgeoisie gehen in einem gewissen Sinne zusammen und greifen die Selbstherrschaft von verschiedenen Seiten gemeinsam an. Die Regierung ist hier ganz isoliert und genießt keine Sympathie der Gesellschaft. Darum ist es sehr leicht, sie zu vernichten. Das gesamte russische Proletariat ist noch nicht so klassenbewußt und organisiert, daß es die Revolution ganz allein durchführen könnte. Ja, wenn es das tun könnte, würde es keine bürgerliche, sondern eine proletarische (sozialistische) Revolution durchführen. Folglich liegt es in unserem Interesse, daß die Regierung ohne Verbündete bleibt, daß sie nicht imstande ist, die Opposition zu entzweien, daß sie die Bourgeoisie nicht für sich gewinnen und das Proletariat nicht isolieren kann..."

Es liegt also im Interesse des Proletariats, daß die zaristische Regierung nicht imstande ist, die Bourgeoisie und das Proletariat zu entzweien! Heißt das georgische Organ etwa irrtümlicherweise „Sozialdemokrat", sollte es nicht eher „Oswoboshdenije" heißen? Und man beachte, welch unnachahmliche Philosophie der demokratischen Revolution! Sehen wir hier nicht ganz deutlich, wie der arme Tifliser durch die räsonierend-nachtrabpolitische Auslegung des Begriffs „bürgerliche Revolution" endgültig aus dem Konzept gebracht worden ist? Er erörtert die Frage der möglichen Isoliertheit des Proletariats in der demokratischen Umwälzung und *vergißt*... vergißt eine Kleinigkeit... die Bauernschaft! Von den möglichen Verbündeten des Proletariats kennt er die Gutsbesitzer der Semstwos und findet an ihnen Gefallen, aber er weiß nichts von den Bauern. Und das im

Kaukasus! Nun, hatten wir nicht recht, als wir sagten, daß die neue „Iskra" durch ihre Gedankengänge zur monarchistischen Bourgeoisie hinabsinkt, anstatt die revolutionäre Bauernschaft als Verbündeten zu sich emporzuheben?

„... Andernfalls ist die Niederlage des Proletariats und der Sieg der Regierung unvermeidlich. Und gerade das erstrebt die Selbstherrschaft. Sie wird in ihrem Semski Sobor zweifellos die Vertreter des Adels, der Semstwos, der Städte, der Universitäten und ähnlicher bürgerlicher Institutionen auf ihre Seite ziehen. Sie wird sich bemühen, sie durch kleine Konzessionen zu beschwichtigen und auf diese Weise mit sich auszusöhnen. Solcherart gefestigt, wird sie alle ihre Schläge gegen das isoliert gebliebene arbeitende Volk richten. Unsere *Pflicht ist es, einen solchen unglücklichen Ausgang zu verhüten*. Aber kann man das etwa auf dem ersten Wege tun? Angenommen, wir hätten den Semski Sobor gar nicht beachtet, sondern selbständig mit der Vorbereitung des Aufstands begonnen, und wären eines schönen Tages bewaffnet zum Kampf auf die Straße gegangen. Und nun haben wir nicht einen Feind, sondern zwei Feinde vor uns: die Regierung und den Semski Sobor. Während wir uns vorbereiteten, gelang es ihnen, handelseinig zu werden, ein Abkommen zu treffen, eine für sie vorteilhafte Verfassung auszuarbeiten und die Macht unter sich zu teilen. Das ist eine für die Regierung geradezu vorteilhafte Taktik, und wir müssen sie aufs energischste ablehnen..."

Das ist wirklich offenherzig! Man muß die „Taktik" der Vorbereitung des Aufstands entschieden ablehnen, weil die Regierung „währenddessen" ein Abkommen mit der Bourgeoisie treffen wird! Kann man in der alten Literatur des eingefleischtesten „Ökonomismus" wohl irgend etwas finden, das dieser Schändung der revolutionären Sozialdemokratie auch nur annähernd gleichkäme? Die bald hier, bald dort ausbrechenden Aufstände und Erhebungen der Arbeiter und Bauern sind eine Tatsache. Der Semski Sobor ist eine Bulyginsche Versprechung. Und der „Sozialdemokrat" aus Tiflis beschließt, die Taktik der Vorbereitung des Aufstands abzulehnen und auf den „Mittelpunkt der Einwirkung", den Semski Sobor zu warten...

„... Die zweite Taktik besteht umgekehrt darin, daß wir den Semski Sobor unter unsere Aufsicht stellen und ihm keine Möglichkeit geben, nach seinem Willen zu handeln und mit der Regierung ein Abkommen zu treffen.*

* Welches ist denn das Mittel, um den Semski-Sobor-Leuten ihren Willen zu rauben? Etwa ein besonderes Lackmuspapier?

Wir unterstützen den Semski Sobor, insofern er gegen die Selbstherrschaft kämpft, und bekämpfen ihn dann, wenn er sich mit der Selbstherrschaft aussöhnt. Durch energische Einmischung und Gewalt entzweien wir die Deputierten untereinander*, die Radikalen gewinnen wir für uns, die Konservativen schalten wir aus der Regierung aus, und auf diese Weise bringen wir den ganzen Semski Sobor auf den revolutionären Weg. Dank einer solchen Taktik wird die Regierung stets isoliert, die Opposition aber stark bleiben, und damit erleichtern wir die Errichtung der demokratischen Ordnung."

Ja, ja! Jetzt soll noch jemand sagen, daß wir die Wendung der Neuiskristen zum vulgärsten Ebenbild des Ökonomismus übertreiben. Das ist schon direkt so etwas wie das berühmte Pulver gegen die Fliegen: Man fange die Fliege, bestreue sie mit dem Pulver, und sie krepiert. Die Deputierten des Semski Sobor *mit Gewalt* entzweien, „die Konservativen aus der Regierung ausschalten" — und der *ganze* Semski Sobor wird den *revolutionären Weg* beschreiten... Ohne jeden „jakobinischen" bewaffneten Aufstand, von leichter Hand, auf vornehme Art, beinahe parlamentarisch, durch „Einwirkung" auf die *Mitglieder des Semski Sobor.*

Armes Rußland! Man pflegte von ihm zu sagen, daß es stets altmodische, von Europa abgelegte Hüte trage. Wir haben noch kein Parlament, selbst Bulygin hat noch keines versprochen, aber parlamentarischen Kretinismus[15] haben wir schon übergenug.

„... Wie soll diese Einmischung erfolgen? Vor allem werden wir fordern, daß der Semski Sobor auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einberufen wird. Zusammen mit der Ankündigung** einer solchen Wahlordnung muß die volle Freiheit der Wahlagitation gesetzlich festgelegt werden***, d. h. die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit, die Unantastbarkeit der Wähler und der zu Wählenden und die Freilassung aller politischen Häftlinge. Die Wahlen selbst müssen möglichst spät angesetzt werden, damit wir genug Zeit haben, um das Volk aufzuklären und vorzubereiten. Und da die Ausarbeitung der Regeln für die Einberufung des Sobor einer Kommis-

---

* Heiliger Himmel! Da habt ihr sie, die „vertiefte" Taktik! Um auf der Straße zu kämpfen, reicht die Kraft nicht aus, aber „die Deputierten entzweien" kann man mit „Gewalt". Na hören Sie, werter Tifliser Genosse, Unsinn kann man ja reden, aber alles mit Maßen...

** In der „Iskra"?

*** Von Nikolaus?

sion unter dem Vorsitz des Innenministers Bulygin übertragen worden ist, müssen wir auch auf diese Kommission und ihre Mitglieder einwirken.* Sollte sich die Bulyginsche Kommission weigern, unseren Forderungen stattzugeben**, und nur den Besitzenden das Recht zugestehen, Deputierte zu wählen, so müssen wir in diese Wahlen eingreifen und die Wähler auf revolutionärem Wege dazu bringen, fortschrittliche Kandidaten zu wählen und im Semski Sobor eine konstituierende Versammlung zu verlangen. Schließlich müssen wir mit allen erdenklichen Mitteln — Demonstrationen, Streiks und notfalls durch einen Aufstand — den Semski Sobor dazu bringen, eine konstituierende Versammlung einzuberufen oder sich als solche zu erklären. Der Verteidiger der konstituierenden Versammlung muß das bewaffnete Proletariat sein, und beide*** zusammen werden zur demokratischen Republik vorwärtsschreiten.

Das ist die sozialdemokratische Taktik, und nur sie wird uns den Sieg verbürgen."

Der Leser glaube ja nicht, daß dieser ganze ungeheuerliche Blödsinn die belanglose Schreibübung irgendeines unverantwortlichen und einflußlosen Neuiskristen ist. Nein, das wird im *Organ* eines ganzen Komitees der Neuiskristen, des Tifliser Komitees, gesagt. Nicht genug damit, ist dieser Blödsinn *von der „Iskra" direkt gebilligt* worden, in deren Nr. 100 wir über diesen „Sozialdemokrat" lesen:

„Die erste Nummer ist lebendig und talentvoll redigiert. Man merkt die erfahrene, geschickte Hand eines Redakteurs und Schriftstellers... Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Zeitung die Aufgabe, die sie sich gestellt hat, glänzend lösen wird."

Allerdings! Wenn diese Aufgabe darin besteht, jedermann anschaulich die völlige ideologische Zersetzung des Neuiskrismus vor Augen zu führen, dann ist sie wirklich „glänzend" gelöst. Das Hinabsinken der Neuiskristen zum bürgerlich-liberalen Opportunismus hätte niemand „lebendiger, talentvoller und geschickter" zum Ausdruck bringen können.

---

* Das also bedeutet die Taktik der „Ausschaltung der Konservativen aus der Regierung"!

** Aber das kann doch gar nicht sein bei einer so richtigen und scharfsinnigen Taktik unserseits!

*** Das bewaffnete Proletariat und die „aus der Regierung ausgeschalteten" Konservativen?

8. DAS OSWOBOSHDENZENTUM UND DER NEUISKRISMUS

Wenden wir uns nun einer anderen anschaulichen Bestätigung der politischen Bedeutung des Neuiskrismus zu.

In dem bemerkenswerten, vortrefflichen, äußerst lehrreichen Artikel „Wie findet man sich selbst" („Oswoboshdenije" Nr. 71) zieht Herr Struve gegen den „programmatischen Revolutionarismus" unserer extremen Parteien zu Felde. Mit mir persönlich ist Herr Struve besonders unzufrieden.* Was mich anbelangt, so bin ich mit Herrn Struve überaus

* „Im Vergleich mit dem Revolutionarismus der Herren Lenin und Genossen erscheint der Revolutionarismus der westeuropäischen Sozialdemokratie Bebels und sogar Kautskys als Opportunismus, doch selbst diesem schon gemilderten Revolutionarismus hat die Geschichte den Boden unterspült und weggespült." Ein sehr zorniger Ausfall. Herr Struve ist jedoch im Irrtum, wenn er meint, man könne mir, wie einem Verstorbenen, alles in die Schuhe schieben. Es genügt, wenn ich an Herrn Struve eine Herausforderung richte, die anzunehmen er nie und nimmer imstande sein wird. Wo und wann habe ich den „Revolutionarismus Bebels und Kautskys" als Opportunismus bezeichnet? Wo und wann habe ich versucht, in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben zu rufen, die mit der Richtung Bebels und Kautskys *nicht identisch* wäre? Wo und wann sind zwischen mir einerseits und Bebel und Kautsky anderseits Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, die auch nur annähernd so ernst wären wie beispielsweise die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bebel und Kautsky in der Agrarfrage in Breslau?[16] Soll Herr Struve versuchen, auf diese drei Fragen zu antworten.

Den Lesern aber sagen wir: Die liberale Bourgeoisie wendet *stets* und *überall* den Kunstgriff an, ihren Anhängern in dem betreffenden Lande zu versichern, daß die Sozialdemokraten dieses Landes die unvernünftigsten Leute, ihre Genossen im benachbarten Staat aber „Musterknaben" seien. Die deutsche Bourgeoisie hat den Bebel und Kautsky die französischen Sozialisten *Hunderte Male* als „Musterknaben" vorgehalten. Die französische Bourgeoisie hat erst unlängst den französischen Sozialisten den „Musterknaben" Bebel vorgehalten. Ein alter Trick, Herr Struve! Nur Kinder und Ignoranten werden auf diesen Leim kriechen. Die volle Solidarität der internationalen revolutionären Sozialdemokratie in allen wichtigen Fragen des Programms und der Taktik ist eine absolut unbestreitbare Tatsache.

zufrieden: einen besseren Verbündeten im Kampf gegen den wiederauferstehenden Ökonomismus der Neuiskristen und gegen die völlige Prinzipienlosigkeit der „Sozialrevolutionäre" könnte ich mir gar nicht wünschen. Auf welche Art und Weise Herr Struve und das „Oswoboshdenije" praktisch bewiesen haben, daß die im Programmentwurf der Sozialrevolutionäre vorgenommenen „Korrekturen" des Marxismus durch und durch reaktionär sind, darüber werden wir uns gelegentlich ein andermal unterhalten. Wie Herr Struve mir jedesmal, wenn er den Neuiskristen *prinzipiell* zustimmte, einen wahren, ehrlichen und treuen Dienst leistete, darüber haben wir schon wiederholt gesprochen* und wollen es hier noch einmal sagen.

Der Artikel des Herrn Struve enthält eine ganze Reihe hochinteressanter Äußerungen, die wir hier nur nebenbei berühren können. Er schickt sich an, „gestützt nicht auf den Kampf, sondern auf die Zusammenarbeit der Klassen, eine russische Demokratie zu schaffen", wobei die „sozial privilegierte Intelligenz" (vom Schlage des „kulturell hochstehenden Adels", vor dem Herr Struve mit der Grazie eines echt weltmännischen... Lakaien seine Reverenzen macht) „das Gewicht ihrer sozialen Stellung" (das Gewicht des Geldsacks) in diese „klassenlose" Partei mitbringen wird. Herr Struve äußert den Wunsch, die Jugend bekannt zu machen mit der Untauglichkeit der „radikalen Schablone, daß die Bour-

---

* Erinnern wir den Leser daran, daß der Artikel „Was man nicht tun darf" („Iskra" Nr. 52) vom „Oswoboshdenije "mit Pauken und Trompeten als eine „bedeutungsvolle Wendung" zur Nachgiebigkeit gegenüber den Opportunisten begrüßt wurde. Die prinzipiellen Tendenzen des Neuiskrismus billigte das „Oswoboshdenije" ausdrücklich in einer Notiz über die Spaltung unter den russischen Sozialdemokraten. Anläßlich der Broschüre Trotzkis „Unsere politischen Aufgaben" wies das „Oswoboshdenije" auf die Gleichartigkeit der Gedanken dieses Verfassers mit dem hin, was einst die „Rabotscheje-Delo"-Leute Kritschewski, Martynow und Akimow gesagt und geschrieben hatten (siehe den Sonderdruck „Der diensteifrige Liberale", Ausgabe des „Wperjod"). Martynows Broschüre über die zwei Diktaturen wurde vom „Oswoboshdenije" begrüßt (siehe die Notiz im „Wperjod" Nr. 9). Schließlich trafen die verspäteten Klagen Starowers über die alte Losung der alten „Iskra": „Sich zuerst voneinander abgrenzen, um sich dann zu vereinigen" auf die besondere Sympathie des „Oswoboshdenije".

geoisie Angst bekommen und das Proletariat mitsamt der Sache der Freiheit verkauft habe". (Von ganzem Herzen begrüßen wir diesen Wunsch. Nichts könnte diese marxistische „Schablone" besser bestätigen als der Kampf, den Herr Struve dagegen führt. Bitte sehr, Herr Struve, schieben Sie Ihren großartigen Plan nicht auf die lange Bank!)

Für unser Thema ist wichtig, daß wir feststellen, gegen welche *praktischen* Losungen heutzutage ein politisch so hellhöriger und auf den geringsten Wetterumschlag reagierender Vertreter der russischen Bourgeoisie kämpft. Erstens gegen die Losung des Republikanismus. Herr Struve ist fest überzeugt, daß diese Losung „der Volksmasse unverständlich und fremd" ist (er vergißt hinzuzufügen: verständlich, aber nachteilig für die Bourgeoisie!). Wir möchten gern hören, welche Antwort Herr Struve darauf von den Arbeitern in unseren Zirkeln und Versammlungen erhalten würde! Oder gehören die Arbeiter nicht zum Volk? Und die Bauern? Sie huldigen bisweilen, wie sich Herr Struve ausdrückt, einem „naiven Republikanismus" („den Zaren davonjagen"), doch die liberale Bourgeoisie gibt sich dem Glauben hin, daß den *naiven* Republikanismus nicht der bewußte Republikanismus, sondern der bewußte Monarchismus ablösen wird! Ça dépend, Herr Struve, das hängt noch von den Umständen ab. Sowohl der Zarismus als auch die Bourgeoisie können nicht anders als einer grundlegenden Verbesserung der Lage der Bauern auf Kosten des großen Grundeigentums entgegenwirken; die Arbeiterklasse dagegen kann nicht anders als in dieser Sache mit der Bauernschaft zusammenwirken.

Zweitens versichert Herr Struve: „Im Bürgerkrieg wird der Angreifer stets im Unrecht sein." Dieser Gedanke kommt den oben gekennzeichneten Tendenzen der Neuiskristen sehr nahe. Wir wollen natürlich nicht sagen, daß es im Bürgerkrieg *stets* vorteilhaft wäre, anzugreifen; nein, manchmal ist die Defensivtaktik *für eine gewisse Zeit* geboten. Aber eine solche These in Anwendung auf das Rußland von 1905 aufzustellen, wie Herr Struve es getan hat, bedeutet eben, mit einem Stückchen „radikaler Schablone" aufzuwarten („die Bourgeoisie bekommt Angst und verkauft die Sache der Freiheit"). Wer jetzt die Selbstherrschaft, die Reaktion nicht angreifen will, wer sich auf diesen Angriff nicht vorbereitet, wer ihn nicht propagiert, der bezeichnet sich zu Unrecht als Anhänger der Revolution.

Herr Struve verurteilt die Losungen „Konspiration" und „Rebellion" (das sei ein „Aufstand in Miniatur"). Herr Struve verachtet das eine wie das andere, und zwar vom Standpunkt des „Herankommens an die Massen"! Wir möchten Herrn Struve fragen, ob er z. B. in einer solchen Schrift wie „Was tun?", die von einem seiner Ansicht nach maßlosen Revolutionaristen stammt, eine Propagierung der Rebellion nachweisen kann. Und was die „Konspiration" anbelangt, besteht da wirklich ein so großer Unterschied z. B. zwischen Herrn Struve und uns? Arbeiten wir nicht beide an „illegalen" Zeitungen, die „konspirativ" nach Rußland befördert werden und den „geheimen" Gruppen des „Bundes der Befreiung" bzw. der SDAPR dienen? Unsere Arbeiterversammlungen sind oft „konspirativ", wir leugnen das nicht. Und die Versammlungen der Herren Oswoboshdenzen? Was berechtigt Sie, Herr Struve, über die verächtlichen Anhänger der verächtlichen Konspiration die Nase zu rümpfen?

Allerdings, bei der Belieferung der Arbeiter mit Waffen bedarf es doppelt strenger Konspiration. Und hier tritt Herr Struve schon offener auf. Man höre: „Was den bewaffneten Aufstand oder die Revolution im technischen Sinne betrifft, so kann nur die Massenpropaganda des demokratischen Programms die sozial-psychologischen Voraussetzungen für einen allgemeinen bewaffneten Aufstand schaffen. Mithin ist sogar von jenem Standpunkt aus, der den bewaffneten Aufstand als die *unvermeidliche* Krönung des gegenwärtigen Befreiungskampfes betrachtet – ein Standpunkt, den ich nicht teile –, die Durchdringung der Massen mit den Ideen der demokratischen Umgestaltung die grundlegende, die notwendigste Aufgabe."

Herr Struve möchte der Frage ausweichen. Er spricht von der Unvermeidlichkeit des Aufstands, anstatt von seiner Notwendigkeit für den Sieg der Revolution zu sprechen. Der Aufstand, und zwar ein unvorbereiteter, spontaner und zersplitterter Aufstand, hat schon begonnen. Niemand kann sich unbedingt verbürgen, daß er bis zum umfassenden und einheitlichen bewaffneten Volksaufstand voranschreiten wird, denn das hängt sowohl vom Zustand der revolutionären Kräfte ab (die man nur im Kampfe selbst ganz ermessen kann) als auch von der Haltung der Regierung und der Bourgeoisie sowie von einer Reihe anderer Umstände, die nicht genau errechnet werden können. Über die Unvermeidlichkeit im Sinne jener absoluten Gewißheit, daß das konkrete Ereignis eintritt,

auf die Herr Struve das Thema abbiegt, hat es keinen Sinn zu sprechen. Wenn man Anhänger der Revolution sein will, so muß man darüber sprechen, ob der Aufstand *für den Sieg* der Revolution *notwendig* ist, ob es notwendig ist, aktiv für ihn einzutreten, ihn zu propagieren, ihn unverzüglich und energisch vorzubereiten. Herr Struve müßte diesen Unterschied eigentlich verstehen; er verdeckt ja z. B. auch nicht die für einen Demokraten unstreitige Frage, ob das allgemeine Wahlrecht notwendig ist, durch die für einen Politiker streitige und nicht aktuelle Frage, ob seine Erringung im Verlauf dieser Revolution unvermeidlich ist. Dadurch, daß Herr Struve der Frage ausweicht, ob der Aufstand notwendig ist, enthüllt er das innerste Wesen der politischen Position der liberalen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie zieht es erstens vor, mit der Selbstherrschaft handelseinig zu werden, statt sie zu vernichten; auf jeden Fall wälzt die Bourgeoisie den Kampf mit der Waffe in der Hand auf die Arbeiter ab (das zweitens). Das ist die *reale* Bedeutung, die dem Ausweichen des Herrn Struve zukommt. Das ist der Grund, warum er sich von der Frage der Notwendigkeit des Aufstands auf die Fragen seiner „sozial-psychologischen" Voraussetzungen und der vorherigen „Propaganda" *zurückzieht*. Ganz genauso, wie sich die bürgerlichen Schwätzer im Frankfurter Parlament von 1848 mit der Abfassung von Resolutionen, Deklarationen, Beschlüssen, mit „Massenpropaganda" und Vorbereitung der „sozial-psychologischen Voraussetzungen" zu einer Zeit beschäftigten, als es darum ging, der bewaffneten Macht der Regierung Widerstand zu leisten, als die Bewegung „bis zur Notwendigkeit gediehen war", den bewaffneten Kampf zu führen, als die bloße Einwirkung durch das Wort (die in der Vorbereitungsperiode hundertfach notwendig ist) zu öder bürgerlicher Tatenlosigkeit und Feigheit geworden war — genauso drückt sich auch Herr Struve vor der Frage des Aufstands und versteckt sich hinter *Phrasen*. Herr Struve zeigt uns anschaulich das, was viele Sozialdemokraten hartnäckig nicht sehen wollen, nämlich daß sich der revolutionäre Augenblick von den gewöhnlichen, alltäglichen, vorbereitenden historischen Zeitabschnitten eben dadurch unterscheidet, daß die Stimmung, die Erregung, die Überzeugung der Massen in der *Aktion* in Erscheinung treten müssen und tatsächlich in Erscheinung treten.

Der vulgäre Revolutionarismus versteht nicht, daß auch das Wort eine Tat ist; dieser Grundsatz ist unbestreitbar in seiner Anwendung auf die

Geschichte *überhaupt* oder auf jene Epochen der Geschichte, wenn es keine offene politische Aktion der Massen gibt, die ja durch keinerlei Putsch ersetzt oder künstlich hervorgerufen werden kann. Die Revolutionäre der Nachtrabpolitik verstehen nicht, daß zu einer Zeit, da der revolutionäre Augenblick angebrochen ist, da der alte „Überbau" in allen Fugen kracht, da die offene politische Aktion der Klassen und Massen, die sich einen neuen Überbau schaffen, zur Tatsache geworden ist, da der Bürgerkrieg begonnen hat – daß es dann Lebensfremdheit, Todesstarre, Räsoniererei oder aber Verrat an der Revolution und Fahnenflucht ist, wenn man sich *wie in alter Zeit* auf das „Wort" beschränkt, ohne die *direkte Losung* des Übergangs zur „Tat" auszugeben, wenn man um die Tat herumredet unter Hinweis auf „psychologische Voraussetzungen" und „Propaganda" schlechthin. Die Frankfurter Schwätzer der demokratischen Bourgeoisie sind das unvergeßliche historische Musterbeispiel eines solchen Verrats oder eines solchen räsonierenden Stumpfsinns.

Wollt ihr eine Erläuterung dieses Unterschieds zwischen dem vulgären Revolutionarismus und der Nachtrabpolitik der Revolutionäre an Hand der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland? Wir können sie euch geben. Denkt an die Jahre 1901 bis 1902, die noch nicht lange zurückliegen und uns doch schon wie graue Vergangenheit anmuten. Demonstrationen hatten eingesetzt. Der vulgäre Revolutionarismus begann vom „Sturm" zu schreien („Rabotscheje Delo"[17]), „blutrünstige Flugblätter" wurden herausgegeben (Berliner Herkunft, wenn mich das Gedächtnis nicht trügt), und man attackierte die Idee einer gesamtrussischen Agitation durch eine Zeitung als einen „Einfall von Literaten", der am grünen Tisch ausgeheckt worden sei (Nadeshdin)[18]. Die Nachtrabpolitik der Revolutionäre äußerte sich damals umgekehrt in der Predigt, daß der „ökonomische Kampf das *beste* Mittel für die politische Agitation" sei. Wie verhielt sich die revolutionäre Sozialdemokratie? Sie griff beide Strömungen an. Sie verurteilte das terroristische Blendwerk und das Geschrei vom Sturm, weil alle klar sahen oder sehen mußten, daß die offene Aktion der Massen eine Sache der Zukunft war. Sie verurteilte die Nachtrabpolitik und stellte *sogar* direkt die Losung des allgemeinen bewaffneten Volksaufstands auf, nicht im Sinne einer unmittelbaren Aufforderung (eine Aufforderung zur „Rebellion" hätte Herr Struve zu jener Zeit bei uns nicht gefunden), sondern im Sinne einer *notwendigen* Schlußfolge-

rung, im Sinne der „Propaganda" (an die sich Herr Struve erst jetzt erinnerte — er kommt immer um einige Jahre zu spät, unser verehrter Herr Struve), im Sinne der Schaffung eben jener „sozial-psychologischen Voraussetzungen", über die jetzt die Vertreter der kopflos gewordenen, krämerhaften Bourgeoisie „mit finsterer Miene und zu unrechter Zeit" orakeln. *Damals* wurden Propaganda und Agitation, Agitation und Propaganda durch die objektive Lage wirklich in den Vordergrund gerückt. *Damals* konnte als Eckstein der Arbeit zur Vorbereitung des Aufstands die Forderung der Arbeit an einer gesamtrussischen politischen Zeitung erhoben werden (und wurde in „Was tun?" auch erhoben), deren wöchentliche Herausgabe als ein Ideal erschien. *Damals* waren die Losungen Massenagitation *anstatt* unmittelbarer bewaffneter Aktionen und Schaffung der sozial-psychologischen Voraussetzungen des Aufstands *anstatt* terroristischen Blendwerks die einzig richtigen Losungen der revolutionären Sozialdemokratie. *Jetzt* sind diese Losungen von den Ereignissen überholt, die Bewegung ist vorangeeilt, die Losungen sind zu Plunder geworden, zu Trödelkram, der nur dazu taugt, die Heuchelei der Oswoboshdenzen und die Nachtrabpolitik der Neuiskristen zu verdecken!

Oder irre ich mich vielleicht? Hat die Revolution vielleicht noch nicht begonnen? Ist der Augenblick für das offene politische Auftreten der Klassen noch nicht gekommen? Gibt es noch keinen Bürgerkrieg, und muß die Kritik der Waffen jetzt noch nicht *notwendig* und unbedingt die Nachfolgerin, Erbin, Testamentsvollstreckerin und Vollenderin der Waffe der Kritik sein?

Blickt um euch, schaut aus dem Studierzimmer auf die Straße, um auf diese Fragen zu antworten. Hat die Regierung mit der Massenerschießung von friedlichen und unbewaffneten Bürgern etwa nicht selbst schon überall den Bürgerkrieg begonnen? Treten etwa nicht bewaffnete Schwarzhundertschaften als „Argument" der Selbstherrschaft auf? Hat die Bourgeoisie — sogar die Bourgeoisie — etwa nicht die Notwendigkeit einer Bürgermiliz erkannt? Redet etwa nicht derselbe Herr Struve, dieser ideal gemäßigte und akkurate Herr Struve (leider redet er nur, um sich herauszureden!) davon, daß der „offene Charakter der revolutionären Aktionen (so weit sind wir heute!) gegenwärtig eine der wichtigsten Bedingungen für den erzieherischen Einfluß auf die Volksmassen" sei?

Wer Augen hat zu sehen, der kann nicht daran zweifeln, wie heute von

den Anhängern der Revolution die Frage des bewaffneten Aufstands gestellt werden muß. Und nun seht euch die *drei* Fragestellungen in jenen Organen der freien Presse an, die einigermaßen imstande sind, die *Massen* zu beeinflussen.

Erste Fragestellung. Die Resolution des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.* Hier ist anerkannt und laut vernehmlich erklärt, daß die allgemein-demokratische revolutionäre Bewegung *bereits zur Notwendigkeit* des bewaffneten Aufstands *geführt hat*. Die Organisierung des Proletariats für den Aufstand ist als eine der wesent-

---

* Hier der volle Wortlaut:

„In der Erwägung,

1. daß das Proletariat, das seiner Lage nach die fortgeschrittenste und einzige konsequent-revolutionäre Klasse darstellt, eben dadurch berufen ist, die Führung in der allgemein-demokratischen revolutionären Bewegung Rußlands zu verwirklichen;

2. daß diese Bewegung gegenwärtig bereits zur Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands geführt hat;

3. daß sich das Proletariat unvermeidlich auf das tatkräftigste an diesem Aufstand beteiligen und daß diese Beteiligung das Schicksal der Revolution in Rußland entscheiden wird;

4. daß das Proletariat die Führung in dieser Revolution nur verwirklichen kann, wenn es zu einer einheitlichen und selbständigen politischen Kraft unter dem Banner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen ist, die seinen Kampf nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch leitet;

5. daß nur die Verwirklichung dieser Führung dem Proletariat die günstigsten Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus gegen die besitzenden Klassen des bürgerlich-demokratischen Rußlands sichern kann —

erkennt der III. Parteitag der SDAPR an, daß die Aufgabe, das Proletariat zum unmittelbaren Kampf gegen die Selbstherrschaft auf dem Wege des bewaffneten Aufstands zu organisieren, eine der wichtigsten und unaufschiebbaren Aufgaben der Partei im gegenwärtigen revolutionären Zeitpunkt ist.

Der Parteitag beauftragt daher alle Parteiorganisationen:

a) dem Proletariat durch Propaganda und Agitation nicht nur die politische Bedeutung, sondern auch die praktisch-organisatorische Seite des bevorstehenden bewaffneten Aufstands klarzumachen;

b) bei dieser Propaganda und Agitation die Rolle der politischen Massenstreiks zu erläutern, die bei Beginn und im Verlauf des Aufstands große Bedeutung haben können;

lichen, hauptsächlichen und *notwendigen* Aufgaben der Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist der Auftrag erteilt, die *energischsten* Maßnahmen zu treffen, damit das Proletariat bewaffnet und die Möglichkeit einer unmittelbaren Leitung des Aufstands gesichert wird.

Zweite Fragestellung. Der prinzipielle Artikel des „Führers der russischen Konstitutionalisten" (so wurde unlängst Herr Struve von einem so einflußreichen Organ der europäischen Bourgeoisie wie der „Frankfurter Zeitung" genannt) oder des Führers der russischen fortschrittlichen Bourgeoisie im „Oswoboshdenije". Die Ansicht von der Unvermeidlichkeit des Aufstands teilt er nicht. Konspiration und Rebellion sind spezifische Methoden des unvernünftigen Revolutionarismus. Der Republikanismus ist eine Methode der Betäubung. Der bewaffnete Aufstand ist eigentlich nur eine technische Frage, während „das grundlegende, das notwendigste" die Massenpropaganda und die Schaffung der sozial-psychologischen Voraussetzungen ist.

Dritte Fragestellung. Die Resolution der neuiskristischen Konferenz. Unsere Aufgabe ist es, den Aufstand vorzubereiten. Die Möglichkeit eines planmäßigen Aufstands ist ausgeschlossen. Günstige Bedingungen für den Aufstand werden durch die Desorganisation der Regierung, durch unsere Agitation und unsere Organisation geschaffen. Erst dann „können technische Kampfvorbereitungen mehr oder weniger ernste Bedeutung erlangen".

Weiter nichts? Weiter nichts! Ob der Aufstand notwendig geworden ist, das wissen die neuiskristischen Führer des Proletariats noch nicht. Ob die Aufgabe, das Proletariat für den unmittelbaren Kampf zu organisieren, unaufschiebbar ist, das ist ihnen noch nicht klar. Man braucht nicht zu den energischsten Maßnahmen aufzurufen, es ist viel wichtiger (im Jahre 1905 und nicht im Jahre 1902), in allgemeinen Zügen zu erläutern, unter welchen Bedingungen diese Maßnahmen eine „mehr oder weniger ernste" Bedeutung erlangen „können"...

Seht ihr nun, Genossen Neuiskristen, wohin ihr durch eure Schwenkung

---

c) die energischsten Maßnahmen zur Bewaffnung des Proletariats sowie zur Ausarbeitung eines Plans des bewaffneten Aufstands und der unmittelbaren Leitung des Aufstands zu ergreifen und, soweit erforderlich, zu diesem Zweck besondere Gruppen aus Parteifunktionären zu bilden." (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

zum Martynowismus geraten seid? Begreift ihr, daß sich eure politische Philosophie als ein Nachbeten der Oswoboshdenzen-Philosophie erwiesen hat? daß ihr euch (gegen euren Willen und ohne euer Wissen) im Schlepptau der monarchistischen Bourgeoisie befindet? Ist euch jetzt klar, daß ihr, während ihr damit beschäftigt wart, die alte Leier zu wiederholen und euch im Räsonieren zu vervollkommnen, den Umstand aus dem Auge verloren habt, daß — um mit den unvergeßlichen Worten des unvergeßlichen Artikels Peter Struves zu sprechen — „der offene Charakter der revolutionären *Aktionen* gegenwärtig eine der wichtigsten Bedingungen für den erzieherischen Einfluß auf die Volksmassen ist"?

9. WAS BEDEUTET ES, WÄHREND DER REVOLUTION DIE PARTEI DER ÄUSSERSTEN OPPOSITION ZU SEIN?

Kehren wir zur Resolution über die provisorische Regierung zurück. Wir haben gezeigt, daß die Taktik der Neuiskristen die Revolution nicht vorwärts-, diese Möglichkeit wollten sie durch ihre Resolution gewährleisten, sondern rückwärtstreibt. Wir haben gezeigt, daß gerade diese Taktik der Sozialdemokratie im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie *die Hände bindet* und sie nicht davor bewahrt, in der bürgerlichen Demokratie aufzugehen. Es ist begreiflich, daß sich aus den falschen Prämissen der Resolution auch falsche Schlußfolgerungen ergeben: „Deshalb darf sich die Sozialdemokratie nicht das Ziel setzen, durch Bildung einer provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen, sie muß vielmehr die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben." Sehen wir uns die erste Hälfte dieser Schlußfolgerung an, die sich auf die Zielsetzung bezieht. Stellen die Neuiskristen als Ziel der sozialdemokratischen Tätigkeit den entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus auf? Das tun sie. Sie verstehen nicht, die Bedingungen des entscheidenden Sieges richtig zu formulieren, und formulieren daher ähnlich wie das „Oswoboshdenije", aber sie stellen das erwähnte Ziel auf. Ferner: Verbinden sie die provisorische Regierung mit dem Aufstand? Ja, sie verbinden sie direkt damit, indem sie sagen, daß die provisorische Regierung „aus einem siegreichen Volksaufstand hervorgeht". Setzen sie sich schließlich das Ziel, den Aufstand zu leiten? Ja, sie

drücken sich zwar ebenso wie Herr Struve davor, den Aufstand als notwendig und unaufschiebbar anzuerkennen, aber gleichzeitig sagen sie, zum Unterschied von Herrn Struve, daß „die Sozialdemokratie bestrebt ist, ihn (den Aufstand) unter ihren Einfluß und *unter ihre Leitung zu bringen* und ihn im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen".

Wie bündig das herauskommt, nicht wahr? Wir setzen uns das *Ziel*, den Aufstand sowohl der proletarischen als auch der *nichtproletarischen* Massen unter unseren Einfluß, unsere Leitung zu bringen und ihn in unserem Interesse auszunutzen. Folglich setzen wir uns das Ziel, beim Aufstand sowohl das Proletariat als auch die revolutionäre Bourgeoisie und das Kleinbürgertum (die „nichtproletarischen Gruppen") zu leiten, d. h. die Leitung des Aufstands zwischen der Sozialdemokratie und der revolutionären Bourgeoisie *„zu teilen"*. Unser Ziel ist der *Sieg* des Aufstands, der zur Errichtung einer („aus dem siegreichen Volksaufstand hervorgegangenen") provisorischen Regierung führen soll. *Deshalb*... deshalb dürfen wir uns nicht das Ziel setzen, durch Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung die Macht zu ergreifen oder die Macht in einer solchen zu teilen!!

Unsere Freunde können um keinen Preis auf einen Nenner kommen. Sie schwanken zwischen dem Standpunkt des Herrn Struve, der um den Aufstand herumredet, und dem Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie, die dazu auffordert, diese unaufschiebbare Aufgabe in Angriff zu nehmen. Sie schwanken zwischen dem Anarchismus, der jede Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung als einen Verrat am Proletariat prinzipiell verurteilt, und dem Marxismus, der eine solche Teilnahme unter der Bedingung verlangt, daß die Sozialdemokratie den führenden Einfluß auf den Aufstand hat.* Sie haben keinerlei selbständige Position; weder die Position des Herrn Struve, der mit dem Zarismus handelseinig werden möchte und deshalb der Frage des Aufstands ausweichen, sich vor ihr drücken muß, noch die Position der Anarchisten, die jede Aktion „von oben" und jede Teilnahme an der bürgerlichen Revolution verurteilen. Die Neuiskristen werfen den Pakt mit dem Zarismus und den Sieg über den Zarismus in einen Topf. Sie wollen sich an der bürgerlichen Revolution beteiligen. Sie gehen schon etwas weiter

* Siehe „Proletari" Nr. 3, „Über die provisorische revolutionäre Regierung", Zweiter Artikel. (Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 440—447, russ. *Die Red.*)

als Martynow in den „Zwei Diktaturen". Sie sind sogar damit einverstanden, den Volksaufstand zu leiten, aber nur, um sofort nach dem Sieg (oder vielleicht unmittelbar vor dem Sieg?) auf diese Leitung zu verzichten, das heißt *um die Früchte des Sieges nicht zu nutzen*, sondern sie *voll und ganz der Bourgeoisie* zu überlassen. Das nennen sie „den Aufstand im Interesse der Arbeiterklasse ausnutzen" ...

Es erübrigt sich, bei dieser Konfusion länger zu verweilen. Nützlicher ist es, die *Quelle* dieser Konfusion in jener Formulierung aufzuspüren, die da lautet: „... die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben".

Wir haben hier einen der bekannten Grundsätze der internationalen revolutionären Sozialdemokratie vor uns. Einen durchaus richtigen Grundsatz. Er wurde zum Gemeinplatz aller Gegner des Revisionismus oder Opportunismus in den parlamentarischen Ländern. Er erhielt das Bürgerrecht als rechtmäßige und notwendige Zurückweisung des „parlamentarischen Kretinismus", des Millerandismus, des Bernsteinianertums und des italienischen Reformismus im Geiste Turatis. Unsere braven Neuiskristen haben diesen guten Grundsatz auswendig gelernt und wenden ihn eifrig dort an, wo er... *völlig unangebracht* ist. Kategorien des parlamentarischen Kampfes werden in Resolutionen aufgenommen, die für Verhältnisse geschrieben sind, unter denen es gar kein Parlament gibt. Der Begriff der „Opposition", der Widerspiegelung und Ausdruck einer politischen Situation ist, in der vom *Aufstand* niemand ernstlich spricht, wird ganz sinnlos auf eine Situation übertragen, da der Aufstand *begonnen* hat und alle Anhänger der Revolution über die Leitung des Aufstands nachdenken und sprechen. Der Wunsch, bei dem *„zu bleiben"*, was vorher war, d. h. bei der Aktion nur „von unten", wird mit Pauken und Trompeten *gerade dann* verkündet, wenn die Revolution gezeigt hat, daß es notwendig ist, im Falle eines siegreichen Aufstands *von oben* zu handeln.

Nein, unsere Neuiskristen haben entschieden Pech! Sogar dann, wenn sie einen richtigen sozialdemokratischen Grundsatz formulieren, verstehen sie es nicht, ihn richtig anzuwenden. Sie haben nicht überlegt, wie sich die Begriffe und Ausdrücke des parlamentarischen Kampfes in der Epoche der begonnenen Revolution, wenn es kein Parlament gibt, wenn der Bürgerkrieg Tatsache geworden ist und Aufstände ausbrechen, wandeln und in ihr Gegenteil verkehren. Sie haben nicht überlegt, daß unter den Verhältnissen, von denen jetzt die Rede ist, Abänderungsanträge durch Straßen-

demonstrationen und Interpellationen durch Angriffsaktionen der bewaffneten Bürger eingebracht werden, daß die Opposition gegen die Regierung durch den gewaltsamen Sturz der Regierung verwirklicht wird.

Wie der bekannte Held unseres Volksmärchens gute Ratschläge gerade dann wiederholte, wenn sie nicht am Platze waren, so wiederholen auch die Verehrer Martynows die Lehren des friedlichen Parlamentarismus gerade dann, wenn sie selbst den Beginn direkter Kampfhandlungen feststellen. Nichts ist drolliger, als wenn in einer Resolution, die mit dem Hinweis auf den „entscheidenden Sieg der Revolution" und auf den „Volksaufstand" beginnt, mit wichtiger Miene die Losung der „äußersten Opposition" aufgestellt wird! Überlegt doch, Herrschaften, was es bedeutet, in der Epoche des Aufstands als „äußerste Opposition" aufzutreten! Bedeutet das, die Regierung zu entlarven oder sie zu stürzen? Bedeutet das, gegen die Regierung zu stimmen oder ihren Streitkräften im offenen Kampf eine Niederlage beizubringen? Bedeutet das, der Regierung die Auffüllung der Staatskasse zu verweigern, oder bedeutet das die revolutionäre Beschlagnahme dieser Staatskasse, um sie für die Bedürfnisse des Aufstands, für die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, für die Einberufung der konstituierenden Versammlung zu verwenden? Begreift ihr nicht endlich, Herrschaften, daß der Begriff „äußerste Opposition" nur negative Handlungen zum Ausdruck bringt: entlarven, dagegen stimmen, verweigern? Und warum? Weil dieser Begriff sich nur auf den parlamentarischen Kampf bezieht, und zwar in einer Epoche, in der niemand den „entscheidenden Sieg" als unmittelbares Kampfziel aufstellt. Begreift ihr nicht endlich, daß sich in dieser Hinsicht die Sache kardinal ändert, sobald auf der ganzen Linie der entschlossene Ansturm des politisch unterdrückten Volkes zum erbitterten Kampf um den Sieg beginnt?

Die Arbeiter fragen uns, ob man die unaufschiebbare Sache des Aufstands energisch in die Hand nehmen soll. Wie es zu bewerkstelligen ist, daß der begonnene Aufstand siegreich endet. Wie der Sieg ausgenutzt werden soll. Welches Programm dann verwirklicht werden kann und muß. Die Neuiskristen, die den Marxismus vertiefen, antworten darauf: Die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben... Nun, hatten wir etwa nicht recht, als wir diese Helden Virtuosen des Philistertums nannten?

10. DIE „REVOLUTIONÄREN KOMMUNEN" UND DIE REVOLUTIONÄR-DEMOKRATISCHE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER BAUERNSCHAFT

Die Konferenz der Neuiskristen beharrte nicht auf dem anarchistischen Standpunkt, zu dem sich die neue „Iskra" verstiegen hatte (nur „von unten" anstatt „von unten und von oben"). Der Widersinn der Behauptung, der Aufstand sei möglich, aber der Sieg sei unmöglich und die Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung unzulässig, sprang zu sehr ins Auge. Die Resolution hat deshalb die von Martynow und Martow gegebene Lösung der Frage mit Vorbehalten und Einschränkungen versehen. Betrachten wir uns einmal diese Vorbehalte, die im nächsten Teil der Resolution dargelegt sind:

„Diese Taktik" („die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben") „schließt natürlich nicht im geringsten die Zweckmäßigkeit der teilweisen, episodischen Machtergreifung und der Bildung revolutionärer Kommunen in der einen oder anderen Stadt und in dem einen oder anderen Bezirk aus, wobei ausschließlich das Interesse maßgebend ist, die Ausbreitung des Aufstands und die Desorganisierung der Regierung zu fördern."

Ist dem so, so bedeutet das, daß im Prinzip die Aktion nicht nur von unten, sondern auch von oben zulässig ist. Folglich wird der im bekannten Feuilleton L. Martows in der „Iskra" (Nr. 93) aufgestellte Grundsatz verworfen und die Taktik der Zeitung „Wperjod": nicht nur „von unten", sondern auch „von oben", als richtig anerkannt.

Ferner setzt die Machtergreifung (wenn auch eine teilweise, episodische usw.) offensichtlich die Teilnahme nicht allein der Sozialdemokratie und nicht allein des Proletariats voraus. Das folgt daraus, daß an einer demokratischen Revolution nicht allein das Proletariat interessiert und aktiv beteiligt ist. Das folgt daraus, daß der Aufstand, wie es einleitend in der von uns behandelten Resolution heißt, ein „Volksaufstand" ist, daß an ihm auch „nichtproletarische Gruppen" (der Ausdruck stammt aus der Resolution der Konferenzler über den Aufstand) teilnehmen, d. h. auch die Bourgeoisie. Also ist das Prinzip, daß jede Teilnahme der Sozialisten zusammen mit dem Kleinbürgertum an einer provisorischen revolutionären Regierung ein Verrat an der Arbeiterklasse sei, *von der Konferenz*

über Bord geworfen worden, wie das der „Wperjod" gefordert hat. Ein „Verrat" hört nicht auf, ein Verrat zu sein, weil sein Tatbestand ein teilweiser, episodischer, regionaler usw. ist. Also ist die Gleichsetzung der Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung mit einem vulgären Jaurèsismus von der Konferenz *über Bord geworfen worden*, wie das der „Wperjod" gefordert hat.[19] Eine Regierung hört nicht auf, eine Regierung zu sein, weil sich ihre Macht nicht auf viele Städte erstreckt, sondern nur auf eine Stadt, nicht auf viele Bezirke, sondern nur auf einen Bezirk, und auch nicht, weil diese Regierung so oder anders genannt wird. Somit ist also die *prinzipielle Fragestellung*, welche die neue „Iskra" zu geben versucht hat, *von der Konferenz fallengelassen worden*.

Betrachten wir, ob die von der Konferenz gemachten Einschränkungen für die nunmehr prinzipiell zugelassene Bildung revolutionärer Regierungen und für die Teilnahme an ihnen vernünftig sind. Wodurch sich der Begriff „episodisch" vom Begriff „provisorisch" unterscheidet, wissen wir nicht. Wir befürchten, daß hier lediglich die mangelnde Klarheit des Gedankens mit einem „neuen" Fremdwort verdeckt wird. Das *scheint* „tiefer" zu sein, ist aber in Wirklichkeit nur dunkler und verworrener. Wodurch unterscheidet sich „die Zweckmäßigkeit" der teilweisen „Machtergreifung" in einer Stadt oder in einem Bezirk von der Teilnahme an einer provisorischen revolutionären Regierung des ganzen Staates? Zählt denn zu den „Städten" nicht eine solche Stadt wie Petersburg, wo sich der 9. Januar abgespielt hat? Gehört denn zu den Bezirken nicht auch der Kaukasus, der größer ist als viele Staaten? Erwachsen uns denn die Aufgaben (die der neuen „Iskra" einst Kopfschmerzen verursacht haben), sich mit den Gefängnissen, der Polizei, den Finanzämtern usw. usf. zu befassen, nicht auch bei der „Machtergreifung" in einer Stadt, geschweige denn in einem Bezirk? Niemand wird natürlich bestreiten, daß bei unzulänglichen Kräften, wenn der Aufstand zu keinem vollen Erfolg, zu keinem entscheidenden Sieg führt, teilweise provisorische revolutionäre Regierungen in einzelnen Städten und anderwärts möglich sind. Aber gehört denn das hierher, meine Herren? Sprecht ihr nicht selbst am Anfang der Resolution vom „entscheidenden Sieg der Revolution", vom „siegreichen Volksaufstand"?? Seit wann besorgen die Sozialdemokraten die Geschäfte der Anarchisten: die Aufmerksamkeit und die Ziele des Proletariats zu zersplittern? es auf das „Teilweise" und nicht auf das All-

gemeine, Einheitliche, Umfassende und Vollständige hinzulenken? Indem ihr die „Machtergreifung" in einer Stadt voraussetzt, sprecht ihr selbst von der „Ausdehnung des Aufstands" auf eine andere Stadt — dürfen wir wohl annehmen? auf alle Städte, hoffentlich? Eure Schlußfolgerungen, meine Herren, sind ebenso brüchig und zufällig, widerspruchsvoll und verworren wie eure Prämissen. Der dritte Parteitag der SDAPR hat eine klare und erschöpfende Antwort gegeben auf die Frage der provisorischen revolutionären Regierung überhaupt. Diese Antwort umfaßt auch alle *teilweisen* provisorischen Regierungen. Die Antwort der Konferenz dagegen greift künstlich und willkürlich einen *Teil* der Frage heraus, wodurch sie (allerdings erfolglos) der Frage als Ganzes *ausweicht* und Konfusion erzeugt.

Was heißt „revolutionäre Kommunen"? Unterscheidet sich dieser Begriff von dem der „provisorischen revolutionären Regierung"? und wenn ja, worin? Das wissen die Herren Konferenzler selber nicht. Die Verworrenheit des revolutionären Denkens führt bei ihnen, wie das durchweg der Fall zu sein pflegt, zur *revolutionären Phrase*. Jawohl, das Wort „revolutionäre Kommune", gebraucht in einer Resolution von Vertretern der Sozialdemokratie, ist eine revolutionäre Phrase und weiter nichts. Marx hat derartige Phrasen wiederholt verurteilt, wenn durch den „bestrickenden" Ausdruck aus einer *überlebten Vergangenheit* die Aufgaben der Zukunft verdeckt werden. Das Bestrickende des Ausdrucks, der seine Rolle in der Geschichte ausgespielt hat, verwandelt sich in solchen Fällen in unnützes und schädliches Flitterwerk, in Wortgeklingel. Wir müssen den Arbeitern und dem ganzen Volk eine klare und eindeutige Vorstellung davon geben, *wozu* wir eine provisorische revolutionäre Regierung bilden wollen, *welche konkreten Umgestaltungen* wir verwirklichen werden, wenn wir beim siegreichen Ausgang des bereits begonnenen Volksaufstands schon morgen einen entscheidenden Einfluß auf die Staatsmacht ausüben. Das sind die Fragen, vor denen die politischen Führer stehen.

Der III. Parteitag der SDAPR antwortet auf diese Fragen mit voller Klarheit, indem er das ganze Programm dieser Umgestaltungen vorlegt: das Minimalprogramm unserer Partei. Das Wort „Kommune" aber gibt gar keine Antwort, es verwirrt nur die Köpfe mit irgendeinem fernen Klang... oder mit leerem Geklingel. Je teurer uns, sagen wir, die Pariser Kommune von 1871 ist, um so weniger dürfen wir uns auf sie berufen,

ohne ihre Fehler und ihre besonderen Bedingungen zu analysieren. Das tun hieße das abgeschmackte Beispiel der von Engels verspotteten Blanquisten nachahmen, die sich (1874 in ihrem „Manifest") vor jedem Akt der Kommune in Ehrfurcht verneigten.[20] Was wird der Konferenzler dem Arbeiter sagen, wenn dieser ihn nach *jener* „revolutionären Kommune" fragt, die in der Resolution erwähnt ist? Er wird nur das eine sagen können, daß in der Geschichte unter diesem Namen eine Arbeiterregierung bekannt ist, die damals nicht verstand und nicht vermochte, die Elemente der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung auseinanderzuhalten, die die Aufgaben des Kampfes für die Republik und die Aufgaben des Kampfes für den Sozialismus verwechselte, die nicht imstande war, die Aufgaben einer energischen militärischen Offensive gegen Versailles zu lösen, die den Fehler beging, sich nicht der Bank von Frankreich zu bemächtigen usw. Kurzum — ob ihr euch auf die Pariser oder auf irgendeine andere Kommune beruft — eure Antwort wird sein: Das war eine solche Regierung, *wie es unsere nicht sein darf*. Eine schöne Antwort, das muß man sagen! Zeugt das nicht von Räsoniererei eines Buchstabengelehrten, von Hilflosigkeit eines Revolutionärs, wenn man das praktische Programm der Partei mit Schweigen übergeht und in der Resolution ganz unangebrachten Geschichtsunterricht zu erteilen beginnt? Zeigt sich darin nicht gerade der Fehler, dessen man uns vergeblich zu überführen suchte: die Verwechslung der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung, die von keiner einzigen „Kommune" auseinandergehalten worden sind?

Als Ziel der provisorischen Regierung (die man so unpassend als Kommune bezeichnet) wird „ausschließlich" die Ausbreitung des Aufstands und die Desorganisierung der Regierung aufgestellt. Das Wort „ausschließlich", buchstäblich verstanden, schaltet alle anderen Aufgaben aus und ist ein Nachklang der unsinnigen Theorie des „nur von unten". Ein solches Ausschalten der anderen Aufgaben ist wiederum nichts als Kurzsichtigkeit und Unüberlegtheit. Die „revolutionäre Kommune", d. h. die revolutionäre Staatsmacht, wenn auch nur in einer Stadt, wird unvermeidlich (wenn auch nur provisorisch, „teilweise, episodisch") *alle* Staatsfunktionen ausüben müssen, und es wäre der Gipfel der Unvernunft, hier den Kopf in den Sand zu stecken. Diese Staatsmacht wird sowohl den Achtstundentag zum Gesetz erheben und die Arbeiterinspektion in den Fabri-

ken einrichten als auch die unentgeltliche allgemeine Schulbildung und die Wählbarkeit der Richter einführen, Bauernkomitees gründen müssen usw. – kurzum, sie wird unbedingt eine Reihe von Reformen durchführen müssen. Diese Reformen unter den Begriff „die Ausbreitung des Aufstands fördern" einordnen zu wollen hieße mit Worten spielen und absichtlich die Unklarheit dort vergrößern, wo volle Klarheit notwendig ist.

Der Schlußteil der neuiskristischen Resolution liefert kein neues Material für die Kritik an den prinzipiellen Tendenzen des in unserer Partei wiederauferstandenen „Ökonomismus", aber er illustriert das oben Gesagte von einer etwas anderen Seite.

Hier ist dieser Teil:

„Nur in *einem* Fall müßte die Sozialdemokratie aus eigener Initiative ihre Anstrengungen darauf richten, die Macht zu ergreifen und sie möglichst lange zu behaupten, nämlich wenn die Revolution auf die fortgeschrittenen Länder Westeuropas übergriffe, wo die Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus schon eine gewisse (?) Reife erreicht haben. In diesem Falle können sich die beschränkten historischen Grenzen der russischen Revolution beträchtlich ausweiten, und es wird die Möglichkeit entstehen, den Weg sozialistischer Umgestaltungen zu beschreiten.

Indem die Sozialdemokratie ihre Taktik auf der Absicht aufbaut, der sozialdemokratischen Partei während der ganzen revolutionären Periode die Stellung der äußersten revolutionären Opposition gegenüber allen Regierungen, die sich im Laufe der Revolution ablösen, zu bewahren, kann sie sich auch am besten darauf vorbereiten, die Regierungsmacht auszunutzen, wenn sie ihr zufallen (??) sollte."

Der Grundgedanke ist hier derselbe, den der „Wperjod" mehrfach formuliert hat, als er davon sprach, daß wir einen vollen Sieg der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, d. h. die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft nicht fürchten dürften (wie Martynow es tut), denn ein solcher Sieg werde uns die Möglichkeit geben, Europa zur Erhebung zu bringen, und das sozialistische Proletariat Europas werde uns, nachdem es das Joch der Bourgeoisie abgeschüttelt habe, seinerseits helfen, die sozialistische Umwälzung zu vollbringen. Man sehe sich jedoch an, wie dieser Gedanke in der Fassung der Neuiskristen verpfuscht worden ist. Wir wollen nicht auf Einzelheiten ein-

gehen wie auf den Unsinn, daß einer zielbewußten Partei, die die Taktik der Machtergreifung für schädlich hält, die Macht „zufallen" könne; oder darauf, daß in Europa die Bedingungen für den Sozialismus nicht eine gewisse Reife erreicht haben, sondern überhaupt reif dafür sind; oder darauf, daß unser Parteiprogramm keine sozialistischen Umgestaltungen, sondern nur die sozialistische Umwälzung kennt. Nehmen wir den hauptsächlichen und grundlegenden Unterschied zwischen dem Gedankengang des „Wperjod" und der Resolution. Der „Wperjod" zeigte dem revolutionären Proletariat Rußlands eine aktive Aufgabe: im Kampf für die Demokratie siegen und diesen Sieg ausnutzen, um die Revolution nach Europa hinüberzutragen. Die Resolution versteht nicht diesen Zusammenhang zwischen unserem „entscheidenden Sieg" (nicht im neuiskristischen Sinne) und der Revolution in Europa und spricht deshalb nicht von den Aufgaben des Proletariats, nicht von den Perspektiven *seines* Sieges, sondern von einer der Möglichkeiten schlechthin: „wenn die Revolution übergriffe"... Der „Wperjod" zeigte klipp und klar – und diese Hinweise sind in die Resolution des III. Parteitags der SDAPR eingegangen –, wie eben im Interesse des Proletariats „die Regierungsmacht ausgenutzt" werden kann und muß, unter Berücksichtigung dessen, was auf der gegebenen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung sofort verwirklicht werden kann und was zuerst, als demokratische Voraussetzung des Kampfes für den Sozialismus, verwirklicht werden muß. Die Resolution hinkt auch hier hoffnungslos nach, wenn sie sagt: „...kann sich darauf vorbereiten, die Regierungsmacht auszunutzen", aber nicht zu sagen vermag, *wie* man das kann, *wie* man sich vorbereiten und *wie* man die Regierungsmacht ausnutzen soll. Wir zweifeln zum Beispiel nicht daran, daß die Neuiskristen „sich darauf vorbereiten können", die führende Stellung in der Partei „auszunutzen", der Haken ist aber der, daß ihre Erfahrung bei dieser Ausnutzung und ihre Vorbereitung bis jetzt nicht zu der Hoffnung berechtigen, daß sie die Möglichkeit zur Wirklichkeit machen...

Der „Wperjod" sagte genau, worin gerade die reale „Möglichkeit" besteht, „die Macht zu behaupten": in der revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, in ihrer gemeinsamen Massenkraft, die imstande ist, über alle Kräfte der Konterrevolution das Übergewicht zu erlangen, und in der unvermeidlichen Übereinstimmung ihrer Interessen, was die *demokratischen* Umgestaltungen anbelangt. Die

Konferenzresolution bietet auch hier nichts Positives, sie redet bloß um die Frage herum. Die Möglichkeit, in Rußland die Macht zu behaupten, muß doch abhängig gemacht werden von der Zusammensetzung der sozialen Kräfte in Rußland selbst, von den Bedingungen der demokratischen Umwälzung, die jetzt bei uns vor sich geht. Der Sieg des Proletariats in Europa (zwischen dem Hinübertragen der Revolution nach Europa und dem Sieg des Proletariats liegt aber noch eine gewisse Wegstrecke) wird doch einen verzweifelten konterrevolutionären Kampf der russischen Bourgeoisie hervorrufen. Die Resolution der Neuiskristen sagt kein Wort über diese konterrevolutionäre Kraft, deren Bedeutung in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR bewertet wird. Könnten wir uns im Kampfe für die Republik und die Demokratie außer auf das Proletariat nicht auch auf die Bauernschaft stützen, so wäre die „Behauptung der Macht" eine aussichtslose Sache. Ist sie aber nicht aussichtslos, eröffnet der „entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus" eine solche Möglichkeit, so müssen wir darauf hinweisen, aktiv dazu aufrufen, die Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen, praktische Losungen geben nicht nur *für den Fall*, daß die Revolution nach Europa hinübergetragen wird, sondern auch *zu dem Zweck*, sie hinüberzutragen. Bei den Nachtrabpolitikern der Sozialdemokratie bemäntelt die Berufung auf den „beschränkten historischen Rahmen der russischen Revolution" nur das beschränkte Verständnis für die Aufgaben dieser demokratischen Revolution und für die führende Rolle des Proletariats in dieser Revolution!

Einer der Einwände gegen die Losung „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" besteht darin, daß die Diktatur einen „einheitlichen Willen" voraussetze („Iskra" Nr. 95), das Proletariat und das Kleinbürgertum aber keinen einheitlichen Willen haben könnten. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn er fußt auf einer abstrakten, „metaphysischen" Auslegung des Begriffs „einheitlicher Wille". Der Wille kann ja in einer Beziehung einheitlich, in einer anderen nicht einheitlich sein. Daß der Wille in den Fragen des Sozialismus und im Kampf für den Sozialismus nicht einheitlich ist, schließt nicht aus, daß er in den Fragen des Demokratismus und im Kampf für die Republik einheitlich ist. Das vergessen hieße den logischen und historischen Unterschied zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung vergessen. Das vergessen hieße vergessen, daß die demokratische Umwäl-

zung ihrem Charakter nach das *ganze Volk* umfaßt: Wenn sie aber das „ganze Volk" umfaßt, so *gibt es* also einen „einheitlichen Willen", und zwar insofern, als diese Umwälzung die Bedürfnisse und Erfordernisse des ganzen Volkes befriedigt. Über den Rahmen des Demokratismus hinaus kann von einem einheitlichen Willen des Proletariats und der bäuerlichen Bourgeoisie keine Rede sein. Der Klassenkampf zwischen ihnen ist unvermeidlich, aber auf dem Boden der demokratischen Republik wird dieser Kampf eben der tiefgehendste und umfassendste Volkskampf *für den Sozialismus* sein. Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat, wie alles auf der Welt, eine Vergangenheit und eine Zukunft. Ihre Vergangenheit sind die Selbstherrschaft, die Leibeigenschaft, die Monarchie, die Privilegien. Im Kampf gegen diese Vergangenheit, im Kampf gegen die Konterrevolution kann es einen „einheitlichen Willen" des Proletariats und der Bauernschaft geben, weil einheitliche Interessen vorhanden sind.

Ihre Zukunft ist der Kampf gegen das Privateigentum, der Kampf des Lohnarbeiters gegen den Unternehmer, der Kampf für den Sozialismus. Hier ist ein einheitlicher Wille unmöglich.* Hier liegt vor uns nicht der Weg von der Selbstherrschaft zur Republik, sondern der Weg von der kleinbürgerlichen demokratischen Republik zum Sozialismus.

In der konkreten historischen Situation verflechten sich freilich die Elemente der Vergangenheit und der Zukunft, der eine Weg geht in den anderen über. Die Lohnarbeit und ihren Kampf gegen das Privateigentum gibt es auch unter der Selbstherrschaft, sie entsteht in ihrer Keimform sogar unter der Leibeigenschaft. Das hindert uns jedoch keineswegs, die großen Entwicklungsperioden logisch und historisch voneinander zu scheiden. Wir alle stellen ja die bürgerliche Revolution der sozialistischen gegenüber, wir alle bestehen unbedingt auf der Notwendigkeit, strengstens zwischen ihnen zu unterscheiden, aber kann man denn leugnen, daß sich in der Geschichte einzelne Teilelemente der einen und der anderen Umwälzung miteinander verflechten? Kennt denn die Epoche der demokratischen Revolutionen in Europa nicht eine Reihe sozialistischer Bewegungen und

* Die Entwicklung des Kapitalismus, die unter freiheitlichen Verhältnissen noch umfassender und schneller vor sich geht, wird dem einheitlichen Willen unvermeidlich ein rasches Ende setzen, ein um so rascheres, je rascher die Konterrevolution und Reaktion zerschlagen wird.

sozialistischer Versuche? Und ist denn der künftigen sozialistischen Revolution in Europa nicht noch vieles, sehr vieles im Sinne des Demokratismus nachzuholen geblieben?

Ein Sozialdemokrat darf den unvermeidlichen Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus gegen die Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie, mögen sie noch so demokratisch und republikanisch sein, nie und nimmer vergessen. Das steht außer allem Zweifel. Daraus folgt, daß eine besondere, selbständige, streng auf dem Klassenprinzip aufgebaute Partei der Sozialdemokratie unbedingt notwendig ist. Daraus folgt, daß unser „vereint schlagen" mit der Bourgeoisie zeitweiligen Charakter trägt, daß wir die Pflicht haben, „auf den Verbündeten wie auf den Feind" scharf aufzupassen usw. Das alles unterliegt ebenfalls nicht dem geringsten Zweifel. Aber es wäre lächerlich und reaktionär, daraus zu folgern, daß man die zwar vorübergehenden und zeitweiligen, aber in der Gegenwart aktuellen Aufgaben vergessen, ignorieren oder vernachlässigen dürfte. Der Kampf gegen die Selbstherrschaft ist eine zeitweilige und vorübergehende Aufgabe der Sozialisten, doch jedes Ignorieren oder Vernachlässigen dieser Aufgabe bedeutet nichts anderes, als den Sozialismus zu verraten und der Reaktion einen Dienst zu erweisen. Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist zweifellos nur eine vorübergehende, zeitweilige Aufgabe der Sozialisten, aber es ist geradezu reaktionär, diese Aufgabe in der Epoche der demokratischen Revolution zu ignorieren.

Konkrete politische Aufgaben muß man in einer konkreten Situation stellen. Alles ist relativ, alles fließt, alles ändert sich. Die deutsche Sozialdemokratie stellt in ihrem Programm nicht die Forderung der Republik auf. Dort ist die Situation so, daß diese Frage praktisch kaum von der Frage des Sozialismus zu trennen ist (obwohl Engels in den Bemerkungen zum Entwurf des Erfurter Programms 1891 auch hinsichtlich Deutschlands davor gewarnt hat, die Bedeutung der Republik und des Kampfes für die Republik zu unterschätzen![21]). In der russischen Sozialdemokratie tauchte nicht einmal die Frage auf, ob man die Forderung der Republik aus dem Programm und aus der Agitation streichen solle, denn bei uns kann von einem untrennbaren Zusammenhang zwischen den Fragen der Republik und des Sozialismus gar keine Rede sein. Der deutsche Sozialdemokrat von 1898, der nicht speziell die Frage der Republik in den Vordergrund

rückt, ist eine natürliche Erscheinung, die weder Verwunderung noch Verurteilung hervorruft. Der deutsche Sozialdemokrat, der 1848 die Frage der Republik im unklaren gelassen hätte, wäre ein direkter Verräter an der Revolution gewesen. Es gibt keine abstrakte Wahrheit. Die Wahrheit ist immer konkret.

Die Zeit wird kommen, da der Kampf gegen die russische Selbstherrschaft zu Ende und die Epoche der demokratischen Revolution für Rußland vorbei sein wird; dann wird es lächerlich anmuten, vom „einheitlichen Willen" des Proletariats und der Bauernschaft, von der demokratischen Diktatur usw. auch nur zu sprechen. Dann werden wir unmittelbar an die sozialistische Diktatur des Proletariats denken und eingehender darüber sprechen. Heute aber muß die Partei der fortgeschrittensten Klasse den entscheidenden Sieg der demokratischen Revolution über den Zarismus auf das tatkräftigste anstreben. Und der entscheidende Sieg ist eben nichts anderes als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Anmerkung[22]

1. Wir erinnern den Leser daran, daß in der Polemik zwischen der „Iskra" und dem „Wperjod" erstere sich unter anderem auf einen Brief von Engels an Turati berief, in dem Engels den (späteren) Führer der italienischen Reformisten davor warnte, die demokratische Revolution mit der sozialistischen zu verwechseln.[23] Die bevorstehende Revolution in Italien, schrieb Engels zur politischen Lage in Italien 1894, wird eine kleinbürgerliche, demokratische, und nicht eine sozialistische sein. Die „Iskra" machte dem „Wperjod" den Vorwurf, er weiche von dem Prinzip ab, das Engels aufgestellt habe. Dieser Vorwurf war unberechtigt, denn der „Wperjod" (Nr. 14)* erkannte die Richtigkeit der Marxschen Theorie vom Unterschied der drei Hauptkräfte in den Revolutionen des 19. Jahrhunderts im großen und ganzen durchaus an. Nach dieser Theorie treten der alten Gesellschaftsordnung, der Selbstherrschaft, dem Feudalismus, der Leibeigenschaft, entgegen: 1. die liberale Großbourgeoisie; 2. das radikale Kleinbürgertum; 3. das Proletariat. Die erste kämpft lediglich für die konstitutionelle Monarchie, das zweite für die demokratische Republik, das dritte für die sozialistische Umwälzung. Die Verwechslung des kleinbürgerlichen

* Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 247—263, russ. *Die Red.*

Kampfes für die vollständige demokratische Umwälzung mit dem proletarischen Kampf für die sozialistische Revolution droht dem Sozialisten mit politischem Bankrott. Diese Warnung von Marx ist durchaus richtig. Aber gerade aus diesem Grunde ist eben die Losung der „revolutionären Kommunen" falsch, denn die in der Geschichte bekannten Kommunen haben ja gerade die demokratische Umwälzung mit der sozialistischen verwechselt. Unsere Losung: revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hingegen bietet die volle Garantie, daß dieser Fehler vermieden wird. Denn unsere Losung erkennt vorbehaltlos den bürgerlichen Charakter der Revolution an, die unfähig ist, über den Rahmen einer nur demokratischen Umwälzung *unmittelbar* hinauszugehen, *treibt* aber zugleich diese Umwälzung *vorwärts*, ist bestrebt, dieser Umwälzung die für das Proletariat vorteilhaftesten Formen zu geben, und ist folglich bestrebt, die demokratische Umwälzung für die Zwecke des weiteren erfolgreichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus in denkbar bester Weise auszunutzen.

11. FLÜCHTIGER VERGLEICH EINIGER RESOLUTIONEN DES III. PARTEITAGS DER SDAPR UND DER „KONFERENZ"

Die Frage der provisorischen revolutionären Regierung bildet für die Sozialdemokratie gegenwärtig den Schwerpunkt der taktischen Fragen. Auf die übrigen Resolutionen der Konferenz ebenso ausführlich einzugehen ist weder möglich noch nötig. Wir werden uns nur mit einem kurzen Hinweis auf einige Punkte begnügen, die den von uns oben analysierten prinzipiellen Unterschied der taktischen Linie zwischen den Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR und den Resolutionen der Konferenz bestätigen.

Nehmen wir die Frage der Stellung zur Taktik der Regierung am Vorabend der Umwälzung. Wiederum wird man in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR eine vollständige Antwort finden. Diese Resolution berücksichtigt all die mannigfachen Bedingungen und Aufgaben des besonderen Augenblicks: sowohl die Entlarvung der heuchlerischen Zugeständnisse der Regierung als auch die Ausnutzung der „karikaturistischen Formen einer Volksvertretung", sowohl die revolutionäre Verwirk-

lichung der dringenden Forderungen der Arbeiterklasse (vor allem des Achtstundentags) als schließlich auch die Abwehr der Schwarzhundertschaften. In den Konferenzresolutionen ist die Frage in verschiedenen Abschnitten verstreut: Die „Abwehr der finsteren Kräfte der Reaktion" ist nur in den Motivierungen der Resolution über die Stellung zu den anderen Parteien erwähnt. Die Beteiligung an den Wahlen zu den Vertretungskörperschaften wird getrennt von den „Kompromissen" des Zarismus mit der Bourgeoisie behandelt. Anstatt der Aufforderung, den Achtstundentag auf revolutionärem Wege zu verwirklichen, wird in einer besonderen Resolution mit dem pompösen Titel „Über den ökonomischen Kampf" (nach den tönenden und sehr törichten Worten von dem „zentralen Platz, den die Arbeiterfrage im öffentlichen Leben Rußlands eingenommen hat") nur die alte Losung von der Agitation für die „gesetzliche Festlegung des Achtstundentags" wiederholt. Daß diese Losung im gegenwärtigen Augenblick ungenügend und zurückgeblieben ist, ist viel zu klar, als daß es eines weiteren Beweises bedürfte.

Nun zur Frage des offenen politischen Auftretens. Der III. Parteitag zieht die bevorstehende *grundlegende* Änderung unserer Tätigkeit in Betracht. Die konspirative Tätigkeit und der Ausbau des konspirativen Apparats dürfen in keiner Weise vernachlässigt werden; das käme der Polizei sehr gelegen und wäre für die Regierung äußerst vorteilhaft. Man muß aber schon jetzt auch an das offene Auftreten denken. Man muß unverzüglich zweckmäßige Formen eines solchen Auftretens und folglich einen besonderen, weniger konspirativen Apparat für diesen Zweck *vorbereiten*. Man muß die legalen und halblegalen Verbände ausnutzen, um sie nach Möglichkeit in Stützpunkte für die künftige legale Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Rußland zu verwandeln.

Die Konferenz zerstückelt auch diese Frage, ohne irgendwelche vollständigen Losungen zu geben. Besonders fällt der lächerliche Auftrag an die Organisationskommission auf, für die „Unterbringung" der legalen Literaten zu sorgen. Ganz absurd ist der Beschluß, daß wir „jene demokratischen Zeitungen unter unseren Einfluß bringen müssen, die sich das Ziel setzen, die Arbeiterbewegung zu fördern". Dieses Ziel setzen sich alle unsere legalen liberalen Zeitungen, die ja fast durchweg der Richtung des „Oswoboshdenije" angehören. Warum sollte die „Iskra"-Redaktion nicht selbst damit beginnen, ihren Rat in die Tat umzusetzen, und uns ein Bei-

spiel geben, wie man das „Oswoboshdenije" unter sozialdemokratischen Einfluß bringt? Anstatt der Losung, die legalen Verbände zur Schaffung von Stützpunkten für die *Partei* auszunutzen, gibt man uns erstens einen Rat, der nur eine Teilfrage, nämlich die „Gewerkschafts"verbände betrifft (obligatorische Mitgliedschaft für Parteimitglieder), und zweitens den Rat, die „revolutionären Organisationen der Arbeiter" = „losen Organisationen" = „revolutionären Arbeiterklubs" zu leiten. Wie die „Klubs" unter die losen Organisationen geraten sind, was das für „Klubs" sind, das weiß Allah allein. Anstatt präziser, klarer Direktiven der höchsten Parteikörperschaft sehen wir hingeworfene Gedankensplitter und flüchtige Notizen von Literaten. Ein vollständiges Bild davon, wie die Partei beginnen soll, ihre gesamte Arbeit auf eine völlig neue Basis umzustellen, erhält man nicht.

Die „Bauernfrage" ist vom Parteitag und von der Konferenz ganz verschieden gestellt worden. Der Parteitag hat eine Resolution über „die Stellung zur Bauernbewegung", die Konferenz eine Resolution über „die Arbeit unter den Bauern" ausgearbeitet. In dem einen Fall werden die Aufgaben der Leitung der ganzen breiten revolutionär-demokratischen Bewegung im gesamtnationalen Interesse des Kampfes gegen den Zarismus in den Vordergrund gerückt. In dem anderen Fall reduziert sich das Ganze auf die „Arbeit" unter einer besonderen Schicht. In dem einen Fall wird eine zentrale praktische Agitationslosung ausgegeben — die sofortige Bildung von revolutionären Bauernkomitees zur Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen. In dem anderen Fall heißt es, daß „die Forderung, Komitees zu bilden", der konstituierenden Versammlung unterbreitet werden solle. Warum müssen wir unbedingt diese konstituierende Versammlung abwarten? wird sie in Wirklichkeit zu einer konstituierenden werden? wird sie ohne vorhergehende und gleichzeitige Schaffung von revolutionären Bauernkomitees von Bestand sein? Alle diese Fragen sind von der Konferenz außer acht gelassen worden. In allen ihren Beschlüssen spiegelt sich mithin der von uns aufgezeigte allgemeine Gedanke wider, daß wir in der bürgerlichen Revolution nur unsere besondere Arbeit zu leisten hätten, ohne uns das Ziel zu setzen, die gesamte demokratische Bewegung zu leiten und sie selbständig durchzuführen. Wie die Ökonomisten ständig in den Irrtum verfielen, die Sozialdemokraten hätten sich um den ökonomischen Kampf, die Liberalen aber um den politischen Kampf zu kümmern, so verfallen auch die Neuiskristen im ganzen Verlauf

ihrer Betrachtungen in den Irrtum, uns gebühre ein bescheidener Winkel abseits von der bürgerlichen Revolution, Sache der Bourgeoisie dagegen sei es, die Revolution aktiv durchzuführen.

Schließlich darf auch die Resolution über die Stellung zu den anderen Parteien nicht unerwähnt bleiben. Die Resolution des III. Parteitags der SDAPR spricht von der Entlarvung jeder Beschränktheit und Unzulänglichkeit der bürgerlichen Freiheitsbewegung, ohne sich dem naiven Gedanken hinzugeben, man müsse von Parteitag zu Parteitag alle möglichen Fälle dieser Beschränktheit aufzählen und eine Linie ziehen, welche die schlechten von den guten Bourgeois scheidet. Die Konferenz sucht, den Fehler Starowers wiederholend, beharrlich nach einer solchen Scheidelinie und entwickelt dabei die berühmte Theorie des „Lackmuspapiers". Starower ging von der sehr guten Idee aus, der Bourgeoisie recht strenge Bedingungen zu stellen. Er vergaß nur, daß jeder Versuch, die bürgerlichen Demokraten von vornherein zu scheiden in solche, die verdienen, daß man ihnen Anerkennung zollt, mit ihnen Abkommen schließt usw., und in solche, die das nicht verdienen, zu einer „Formel" führt, die von der Entwicklung der Ereignisse sofort wieder über Bord geworfen wird und die in das proletarische Klassenbewußtsein Verwirrung hineinträgt. Denn das Schwergewicht wird damit von der realen Einheit im Kampf auf Erklärungen, Versprechungen und Losungen verlegt. Starower betrachtete als eine solche grundlegende Losung das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht". Es vergingen keine zwei Jahre — und das „Lackmuspapier" erwies sich als untauglich, die Losung des allgemeinen Wahlrechts wurde von den Oswoboshdenzen übernommen, und diese sind dadurch der Sozialdemokratie keineswegs nähergekommen, sondern versuchen im Gegenteil, eben mittels dieser Losung die Arbeiter irrezuführen und sie vom Sozialismus abzulenken.

Jetzt stellen die Neuiskristen noch „strengere Bedingungen", sie „fordern" von den Feinden des Zarismus die „energische und unzweideutige (!?) Unterstützung jeder entschlossenen Aktion des organisierten Proletariats" usw., einschließlich der „aktiven Beteiligung an der Selbstbewaffnung des Volkes". Die Scheidelinie erstreckt sich auf viel weitere Gebiete — und nichtsdestoweniger ist diese Linie *schon wieder veraltet*, hat sie sich sofort als untauglich erwiesen. Warum fehlt z. B. die Losung der Republik? Wie kommt es, daß die Sozialdemokraten von den bürgerlichen

Demokraten im Interesse des „rücksichtslosen revolutionären Krieges gegen alle Grundlagen der ständisch-monarchischen Ordnung" alles mögliche „fordern", nur nicht den Kampf für die Republik?

Daß diese Frage keine Nörgelei, daß der Fehler der Neuiskristen von lebendigster politischer Bedeutung ist, beweist der „Russische Befreiungsbund" (siehe „Proletari" Nr. 4)*. Diese „Feinde des Zarismus" dürften allen „Forderungen" der Neuiskristen vollkommen entsprechen. Indessen haben wir gezeigt, daß im Programm (oder in der Programmlosigkeit) dieses „Russischen Befreiungsbundes" der Geist des „Oswoboshdenije" herrscht und daß die Oswoboshdenzen ihn leicht ins Schlepptau nehmen können. Die Konferenz jedoch erklärt am Schluß der Resolution, daß „die Sozialdemokratie allen jenen politischen Parteien, die zwar das liberale und demokratische Banner entrollen, aber sich weigern, den revolutionären Kampf des Proletariats wirklich zu unterstützen, nach wie vor als *heuchlerischen Freunden des Volkes* entgegentreten wird". Der „Russische Befreiungsbund" ist weit davon entfernt, sich zu weigern, er bietet diese Unterstützung im Gegenteil eifrig an. Ist das eine Bürgschaft dafür, daß seine Führer keine „heuchlerischen Freunde des Volkes" sind, wenngleich sie zu den Oswoboshdenzen gehören?

Man sieht: Dadurch, daß die Neuiskristen im voraus „Bedingungen" verfassen und grimmige „Forderungen" aufstellen, die in ihrer Ohnmacht komisch wirken, bringen sie sich sofort in eine lächerliche Lage. Ihre Bedingungen und Forderungen erweisen sich sofort als unzulänglich, wenn es gilt, der lebendigen Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Ihr Jagen nach Formeln ist aussichtslos, denn es gibt keine Formel, in der man alle die Äußerungen von Heuchelei, Inkonsequenz und Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie einfangen könnte. Nicht auf „Lackmuspapier", nicht

* In Nr. 4 des „Proletari" vom 4. Juni 1905 erschien ein umfangreicher Artikel „Ein neuer revolutionärer Arbeiterbund" (siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 8, S. 465—476, russ. *Die Red.*). In dem Artikel wird der Inhalt der Aufrufe dieses Bundes wiedergegeben, der sich „Russischer Befreiungsbund" nannte und sich die Einberufung einer konstituierenden Versammlung mit Hilfe des bewaffneten Aufstands zum Ziele setzte. Weiterhin wird in dem Artikel die Stellung der Sozialdemokratie zu derartigen parteilosen Verbänden festgelegt. Inwieweit dieser Bund real und welches sein Schicksal in der Revolution war, entzieht sich völlig unserer Kenntnis. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

auf Formeln, nicht auf niedergeschriebene und abgedruckte Forderungen, nicht auf eine von vornherein gezogene Grenzlinie zwischen heuchlerischen und nichtheuchlerischen „Freunden des Volkes" kommt es an, sondern auf die reale Einheit im Kampf, auf die unablässige Kritik seitens der Sozialdemokratie an jedem „unentschlossenen" Schritt der bürgerlichen Demokratie. Für den „wirklichen Zusammenschluß aller am demokratischen Umbau interessierten gesellschaftlichen Kräfte" bedarf es nicht der „Punkte", mit denen sich die Konferenz so eifrig und so vergeblich abmühte, sondern der Fähigkeit, wirklich revolutionäre Losungen aufzustellen. Dazu braucht man Losungen, welche die revolutionäre und republikanische Bourgeoisie auf das Niveau des Proletariats emporheben, nicht aber die Aufgaben des Proletariats auf das Niveau der monarchistischen Bourgeoisie hinabdrücken. Dazu ist die energischste Beteiligung am Aufstand notwendig, nicht aber räsonierende Ausflüchte vor der unaufschiebbaren Aufgabe des bewaffneten Aufstands.

12. WIRD DER SCHWUNG DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION GESCHWÄCHT, WENN DIE BOURGEOISIE VON IHR ABSCHWENKT?

Die obigen Zeilen waren schon geschrieben, als wir die von der „Iskra" herausgegebenen Resolutionen der kaukasischen Konferenz der Neuiskristen erhielten. Pour la bonne bouche (als letzten Leckerbissen) hätten wir uns kein besseres Material wünschen können.

Die Redaktion der „Iskra" bemerkt mit Recht: „In der Grundfrage der Taktik ist die kaukasische Konferenz ebenfalls zu einem Beschluß gekommen, der dem auf der gesamtrussischen (d. h. neuiskristischen) Konferenz angenommenen *analog* ist. (Das ist wahr!) Die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur provisorischen revolutionären Regierung ist von den kaukasischen Genossen im Sinne der schärfsten Ablehnung jener neuen Methode entschieden worden, die von der Gruppe ‚Wperjod' und den Delegierten des sogenannten Parteitags, die sich ihr angeschlossen haben, propagiert wird." „Die von der Konferenz gegebene Formulierung der Taktik der proletarischen Partei in der bürgerlichen Revolution muß als *sehr gelungen* bezeichnet werden."

Was wahr ist, ist wahr. Eine „gelungenere" Formulierung des Grundfehlers der Neuiskristen hätte niemand geben können. Wir wollen diese Formulierung ungekürzt bringen und vorerst in Klammern auf die Blüten, dann aber auch auf die zum Schluß servierten Früchte aufmerksam machen.

Hier die Resolution der kaukasischen Konferenz der Neuiskristen über die provisorische Regierung:

„Da die Konferenz es als ihre Aufgabe betrachtet, den revolutionären Augenblick zur Vertiefung" (nun natürlich! Man müßte hinzufügen: zur Martynowschen Vertiefung!) „des sozialdemokratischen Bewußtseins des Proletariats auszunutzen", (nur zur Vertiefung des Bewußtseins und nicht zur Erkämpfung der Republik? Welch „tiefe" Auffassung von der Revolution!) „spricht sie sich, um der Partei die vollste Freiheit der Kritik an dem entstehenden bürgerlich-staatlichen Regime zu sichern", (die Republik zu sichern, ist nicht unsere Sache! Unsere Sache ist nur, die Freiheit der Kritik zu sichern. Anarchistische Ideen erzeugen auch eine anarchistische Sprache: „bürgerlich-staatliches" Regime!) „gegen die Bildung einer sozialdemokratischen provisorischen Regierung und gegen den Eintritt in eine solche Regierung aus" (man erinnere sich an die von Engels zitierte Resolution der Bakunisten zehn Monate vor der spanischen Revolution; siehe „Proletari" Nr. 3[24]) „und hält es für das zweckmäßigste, auf die bürgerliche provisorische Regierung zwecks angemessener (?!) Demokratisierung des staatlichen Regimes einen Druck von außen auszuüben" (von unten, aber nicht von oben). „Die Konferenz ist der Meinung, daß die Bildung einer provisorischen Regierung durch die Sozialdemokraten oder der Eintritt in eine solche einerseits zum Abfall breiter Massen des Proletariats von der sozialdemokratischen Partei führen würde, die von ihr enttäuscht wären, weil die Sozialdemokratie, ungeachtet der Machtergreifung, die dringenden Bedürfnisse der Arbeiterklasse einschließlich der Verwirklichung des Sozialismus nicht befriedigen könnte", (die Republik ist kein dringendes Bedürfnis! Die Verfasser merken in ihrer Unschuld gar nicht, daß sie eine rein anarchistische Sprache führen, als ob sie die Teilnahme an bürgerlichen Revolutionen ablehnten!) „anderseits aber *die bürgerlichen Klassen veranlassen würde, von der Revolution abzuschwenken, wodurch der Schwung der Revolution geschwächt würde.*"

Hier also liegt der Hund begraben. Hier ist es, wo sich die anarchisti-

schen Ideen mit dem Opportunismus reinsten Wassers verflechten (wie das auch bei den westeuropäischen Bernsteinianern ständig der Fall ist). Man denke bloß: In die provisorische Regierung nicht eintreten, weil das die Bourgeoisie veranlassen würde, von der Revolution abzuschwenken, wodurch der Schwung der Revolution geschwächt würde! Da haben wir ja in Reinkultur, in vollständiger und konsequenter Form, die neuiskristische Philosophie vor uns, wonach wir, weil die Revolution eine bürgerliche ist, der bürgerlichen Banalität unsere Reverenz erweisen und ihr den Vorrang lassen müssen. Denn lassen wir uns, wenn auch nur teilweise, auch nur einen Augenblick lang, von der Erwägung leiten, daß unsere Teilnahme die Bourgeoisie veranlassen könnte, abzuschwenken, so treten wir damit die führende Rolle in der Revolution ganz und gar an die bürgerlichen Klassen ab. Wir stellen damit das Proletariat vollkommen unter die Vormundschaft der Bourgeoisie (und behalten uns die volle „Freiheit der Kritik" vor!!), wir zwingen das Proletariat, gemäßigt und zahm zu sein, damit die Bourgeoisie nicht abschwenke. Wir beschneiden die dringendsten Bedürfnisse des Proletariats, nämlich seine politischen Bedürfnisse, welche die Ökonomisten und ihre Epigonen nie richtig verstanden haben, beschneiden sie, damit die Bourgeoisie nicht abschwenke. Wir verlassen völlig den Boden des revolutionären Kampfes für die Verwirklichung des Demokratismus in den Grenzen, deren das Proletariat bedarf, und betreten den Boden des Kuhhandels mit der Bourgeoisie, wobei wir mit unserem Verrat an den Prinzipien, dem Verrat an der Revolution die freiwillige Zustimmung der Bourgeoisie erkaufen („damit sie nicht abschwenke").

Die kaukasischen Neuiskristen haben es fertiggebracht, in zwei kurzen Zeilen das ganze Wesen der Taktik des Verrats an der Revolution, der Verwandlung des Proletariats in ein klägliches Anhängsel der bürgerlichen Klassen auszudrücken. Was wir oben aus den Fehlern des Neuiskrismus als Tendenz ableiteten, das ist jetzt vor unseren Augen zum klaren und bestimmten Prinzip erhoben worden: im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie einhertrotten. Weil die Verwirklichung der Republik die Bourgeoisie veranlassen würde (und bereits veranlaßt — siehe das Beispiel des Herrn Struve!), abzuschwenken, deshalb nieder mit dem Kampf für die Republik. Weil jede energische und bis zu Ende gehende demokratische Forderung des Proletariats die Bourgeoisie stets und in der ganzen Welt veranlaßt, abzuschwenken, deshalb: Verkriecht euch in die Mauselöcher,

Genossen Arbeiter, wirkt nur von außen, laßt euch nicht einfallen, die Werkzeuge und Mittel des „bürgerlich-staatlichen" Regimes für die Revolution auszunutzen, und bewahrt euch die „Freiheit der Kritik".

Hier tritt klar zutage, wie grundfalsch schon allein der Terminus „bürgerliche Revolution" aufgefaßt wird. Diese Martynowsche oder neuiskristische „Auffassung" führt schnurstracks zum Verrat der proletarischen Sache an die Bourgeoisie.

Wer den alten Ökonomismus vergessen hat, wer ihn nicht studiert, an ihn nicht zurückdenkt, der wird auch die heutige Neuauflage des Ökonomismus schwerlich begreifen. Man erinnere sich des bernsteinianischen „Credos"[25]. Aus „rein proletarischen" Anschauungen und Programmen folgerten die Leute: Uns, den Sozialdemokraten, die Ökonomik, die wahre Sache der Arbeiterschaft, die freie Kritik an jedem Politikastertum, die wahre Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit. Ihnen, den Liberalen, die Politik. Gott bewahre uns davor, in „Revolutionarismus" zu verfallen: Das würde die Bourgeoisie veranlassen, abzuschwenken. Wer das „Credo" oder die Sonderbeilage zu Nr. 9 der „Rabotschaja Mysl"[26] (September 1899) vollständig durchliest, der wird alle diese Gedankengänge finden.

Jetzt ist es dasselbe, nur in großem Maßstab, in Anwendung auf die Einschätzung der ganzen „großen" russischen Revolution, die leider von den Theoretikern des orthodoxen Philistertums schon im voraus banalisiert und zur Karikatur herabgewürdigt wird! Uns, den Sozialdemokraten, die Freiheit der Kritik, die Vertiefung des Bewußtseins, die Einwirkung von außen. Ihnen, den bürgerlichen Klassen, die Freiheit des Handelns, den freien Spielraum für die revolutionäre (lies: liberale) Führung, die Freiheit der Durchführung von „Reformen" von oben.

Diese Vulgarisatoren des Marxismus haben sich niemals Gedanken gemacht über Marx' Worte von der Notwendigkeit, die Waffe der Kritik durch die Kritik der Waffen zu ersetzen[27]. Sie führen den Namen Marx im Munde, fassen aber in Wirklichkeit taktische Resolutionen ganz im Geiste der Frankfurter bürgerlichen Schwätzer, die den Absolutismus frei kritisierten, das demokratische Bewußtsein vertieften und nicht begriffen, daß die Zeit der Revolution eine Zeit des Handelns, der Aktion sowohl von oben als auch von unten ist. Indem sie den Marxismus in Räsoniererei verwandelten, machten sie aus der Ideologie der fortgeschrittensten, ent-

schlossensten und tatkräftigsten revolutionären Klasse eine Ideologie ihrer unentwickeltsten Schichten, die sich vor den schwierigen revolutionär-demokratischen Aufgaben drücken und diese demokratischen Aufgaben den Herren Struve überlassen.

Wenn die bürgerlichen Klassen von der Revolution abschwenken, weil die Sozialdemokratie in die revolutionäre Regierung eintritt, so wird dadurch „der Schwung der Revolution geschwächt".

Hört, russische Arbeiter: Der Schwung der Revolution wird größer sein, wenn die durch die Sozialdemokraten nicht abgeschreckten Herren Struve sie durchführen, die keinen Sieg über den Zarismus, sondern einen Pakt mit dem Zarismus wollen. Der Schwung der Revolution wird größer sein, wenn von den beiden Ausgangsmöglichkeiten, die wir oben umrissen haben, die erste zur Wirklichkeit wird, d. h. wenn sich die monarchistische Bourgeoisie mit der Selbstherrschaft auf eine „Verfassung" nach Art der Schipowschen einigt!

Sozialdemokraten, die in Resolutionen als Anleitung für die ganze Partei derart schändliche Dinge schreiben oder die derart „gelungene" Resolutionen billigen, sind durch das Räsonieren, das aus dem Marxismus allen lebendigen Geist ausgetrieben hat, so sehr verblendet, daß sie nicht merken, wie diese Resolutionen alle ihre sonstigen trefflichen Worte zur Phrase machen. Man nehme einen beliebigen ihrer Artikel aus der „Iskra", nehme sogar die berüchtigte Broschüre unseres berühmten Martynow, und man wird Reden hören über den *Volks*aufstand, über die Durchführung der Revolution *bis zu Ende* und über das Bestreben, sich im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie auf die *unteren Volksschichten* zu stützen. Aber alle diese trefflichen Dinge verwandeln sich doch in eine erbärmliche Phrase, sobald man den Gedanken akzeptiert oder billigt, daß der „Schwung der Revolution" durch das Abrücken der Bourgeoisie „geschwächt" werde. Eines von beiden, meine Herren: Entweder müssen wir mit dem Volk danach streben, die Revolution durchzuführen, und *entgegen dem Willen* der inkonsequenten, eigennützigen und feigen Bourgeoisie einen völligen Sieg über den Zarismus erringen. Oder wir lassen dieses „entgegen dem Willen" nicht zu, wir fürchten, die Bourgeoisie könne „abschwenken", und dann verraten wir das Proletariat und das Volk an die Bourgeoisie, an die inkonsequente, eigennützige und feige Bourgeoisie.

Laßt euch nicht einfallen, meine Worte zu mißdeuten. Schreit nicht, daß man euch bewußten Verrat vorwerfe. Nein, ihr seid die ganze Zeit genauso unbewußt in den Sumpf geglitten und jetzt darin versunken, wie die alten Ökonomisten, die auf der schiefen Ebene der „Vertiefung" des Marxismus unaufhaltsam und unwiderruflich bis zum antirevolutionären, seelenlosen und leblosen „Klügeln" abgeglitten waren.

Von welchen realen gesellschaftlichen Kräften hängt der „Schwung der Revolution" ab? Habt ihr darüber nachgedacht, meine Herren? Lassen wir die Kräfte der Außenpolitik, der internationalen Kombinationen beiseite, die sich für uns jetzt sehr vorteilhaft gestaltet haben, die wir aber alle, und zwar mit Recht, von der Betrachtung ausschließen, da von den inneren Kräften Rußlands die Rede ist. Seht euch diese inneren gesellschaftlichen Kräfte an. Gegen die Revolution steht die Selbstherrschaft, der Hof, die Polizei, die Beamtenschaft, das Heer und das Häuflein des Hochadels. Je tiefer die Empörung im Volke ist, desto unzuverlässiger wird das Heer, desto größer werden die Schwankungen in der Beamtenschaft. Ferner, die Bourgeoisie ist jetzt im großen und ganzen für die Revolution, sie ereifert sich in Reden über die Freiheit und ergreift immer öfter im Namen des Volkes und sogar im Namen der Revolution das Wort.* Aber wir Marxisten wissen doch alle aus der Theorie und beobachten täglich und stündlich am Beispiel unserer Liberalen, Semstwoleute und Oswoboshdenzen, daß die Bourgeoisie für die Revolution inkonsequent, eigennützig und feige eintritt. Die Bourgeoisie wird in ihrer Masse unweigerlich zur Konterrevolution, zur Selbstherrschaft übergehen und sich gegen die Revolution, gegen das Volk kehren, sobald ihre engen, eigennützigen Interessen befriedigt sein werden, sobald sie vom konsequenten Demokratismus „abgeschwenkt" sein wird (*und sie schwenkt schon jetzt davon ab!*). Es bleibt das „Volk", das heißt das Proletariat und die Bauernschaft: Allein das Proletariat ist fähig, konsequent bis zu Ende zu gehen, denn es geht weit über die demokratische Umwälzung hinaus. Deshalb eben kämpft das Proletariat in den vordersten Reihen für die Republik und weist mit Verachtung die törichten und seiner unwürdigen Ratschläge zurück, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Bourgeoisie mög-

* Interessant ist in dieser Hinsicht der offene Brief des Herrn Struve an Jaurès, der neulich von Jaurès in der Zeitung „l'Humanité" [28] und von Herrn Struve in Nr. 72 des „Oswoboshdenije" veröffentlicht worden ist.

licherweise abschwenkt. Die Bauernschaft umfaßt eine Masse halbproletarischer Elemente neben kleinbürgerlichen Elementen. Dieser Umstand macht auch die Bauernschaft unbeständig, so daß das Proletariat genötigt ist, sich zu einer streng klassenmäßigen Partei zusammenzuschließen. Aber die Unbeständigkeit der Bauernschaft ist von der Unbeständigkeit der Bourgeoisie grundverschieden, denn die Bauernschaft ist gegenwärtig nicht so sehr an dem unbedingten Schutz des Privateigentums als vielmehr an der Enteignung des Gutsbesitzerlandes, einer der Hauptformen des Privateigentums, interessiert. Ohne dadurch sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören, kleinbürgerlich zu sein, ist die Bauernschaft fähig, zum völligen und radikalsten Anhänger der demokratischen Revolution zu werden. Die Bauernschaft wird unweigerlich ein solcher Anhänger der Revolution werden, wenn nur der sie aufklärende Gang der revolutionären Ereignisse nicht durch den Verrat der Bourgeoisie und die Niederlage des Proletariats allzufrüh unterbrochen wird. Die Bauernschaft wird unter der erwähnten Bedingung unweigerlich zur Stütze der Revolution und der Republik werden, denn einzig die zum vollen Sieg gelangte Revolution wird der Bauernschaft auf dem Gebiet der Agrarreformen *alles* zu bieten vermögen: *alles das*, was die Bauernschaft will, was sie erträumt, was tatsächlich für sie notwendig ist, (nicht um den Kapitalismus zu vernichten, wie sich das die „Sozialrevolutionäre" einbilden, sondern) um aus dem Schlamm der halben Leibeigenschaft, aus dem Dunkel der Geducktheit und der Knechtschaft emporzusteigen und um ihre Lebensbedingungen so weit zu verbessern, wie das im Rahmen der Warenwirtschaft überhaupt zu erreichen ist.

Mehr noch: Nicht nur eine radikale Umgestaltung der Agrarverhältnisse, sondern auch alle ihre allgemeinen und ständigen Interessen binden die Bauernschaft an die Revolution. Sogar im Kampf mit dem Proletariat bedarf die Bauernschaft der Demokratie, denn nur das demokratische Regime vermag ihre Interessen genau zum Ausdruck zu bringen und ihr, weil sie die Masse, die Mehrheit ist, das Übergewicht zu geben. Je aufgeklärter die Bauernschaft sein wird (und seit dem japanischen Krieg erfolgt diese Aufklärung mit einer Schnelligkeit, von der sich viele, die gewohnt sind, die Aufklärung nur mit dem Schulmaßstab zu messen, nichts träumen lassen), desto konsequenter und entschlossener wird sie für die vollständige demokratische Umwälzung eintreten, denn die Herrschaft des Volkes schreckt sie nicht, wie sie die Bourgeoisie schreckt, sondern ist

für sie von Vorteil. Die demokratische Republik wird zu ihrem Ideal werden, sobald sie beginnt, sich vom naiven Monarchismus frei zu machen; denn der bewußte Monarchismus der schachernden Bourgeoisie (mit einem Oberhaus usw.) bedeutet für die Bauernschaft genau dieselbe Rechtlosigkeit, dieselbe Geducktheit und Unwissenheit, nur ganz leicht mit europäisch-konstitutionellem Firnis überstrichen.

Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie als Klasse naturgemäß und unvermeidlich unter die Fittiche der liberal-monarchistischen Partei strebt, die Bauernschaft als Masse aber unter die Führung einer revolutionären und republikanischen Partei. Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie unfähig ist, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, die Bauernschaft aber fähig ist, die Revolution zu Ende zu führen, und wir müssen ihr mit allen Kräften dabei helfen.

Man wird mir entgegnen: Das braucht man nicht zu beweisen, das gehört zum Abc, das begreifen alle Sozialdemokraten ausgezeichnet. Nein, das begreifen diejenigen nicht, die es fertigbringen, davon zu sprechen, daß „der Schwung" der Revolution „geschwächt wird", wenn die Bourgeoisie abfällt. Solche Leute wiederholen die auswendig gelernten Sätze unseres Agrarprogramms, verstehen aber ihre Bedeutung nicht, denn sonst würden sie den Begriff der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, der sich aus der ganzen marxistischen Weltanschauung und aus unserem Programm unvermeidlich ergibt, nicht fürchten, sonst würden sie den Schwung der großen russischen Revolution nicht auf den Schwung der Bourgeoisie beschränken. Solche Leute widerlegen ihre abstrakten marxistischen, revolutionären Phrasen schlagend durch ihre konkreten antimarxistischen und antirevolutionären Resolutionen.

Wer die Rolle der Bauernschaft in der siegreichen russischen Revolution wirklich versteht, der könnte unmöglich davon reden, daß der Schwung der Revolution geschwächt wird, wenn die Bourgeoisie abschwenkt. Denn in Wirklichkeit wird erst dann der wahre Schwung der russischen Revolution einsetzen, wird das erst dann der wirklich höchste revolutionäre Schwung sein, der in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Umwälzung möglich ist, wenn die Bourgeoisie abschwenken und die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftreten wird. Damit unsere demokratische Revolution konsequent zu Ende

geführt wird, muß sie sich auf solche Kräfte stützen, die fähig sind, die unvermeidliche Inkonsequenz der Bourgeoisie zu paralysieren (d. h. fähig sind, sie gerade zum „Abschwenken zu veranlassen", wovor die kaukasischen Anhänger der „Iskra" infolge ihres Unverstands eine solche Angst haben).

Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren. Das sind die Aufgaben des Proletariats, die sich die Neuiskristen in allen ihren Betrachtungen und Resolutionen über den Schwung der Revolution so beschränkt vorstellen.

Man darf nur einen Umstand nicht vergessen, der bei den Betrachtungen über diesen „Schwung" oft außer acht gelassen wird. Man darf nicht vergessen, daß nicht von den Schwierigkeiten der Aufgabe die Rede ist, sondern davon, auf welchem Wege die Lösung der Aufgabe zu suchen und zu erstreben ist. Nicht darum handelt es sich, ob es leicht oder schwer ist, den Schwung der Revolution mächtig und unbesiegbar zu machen, sondern darum, was zu tun ist, um diesen Schwung zu verstärken. Die Differenz betrifft gerade den Grundcharakter, eben die Richtung unserer Tätigkeit. Wir heben das hervor, weil unaufmerksame und oberflächliche Leute die zwei verschiedenen Fragen nur allzuoft verwechseln: die Frage nach der Richtung des Weges, d. h. nach der Wahl eines der beiden verschiedenen Wege, und die Frage, ob auf dem gegebenen Weg das Ziel leicht zu erreichen oder bald zu erreichen ist.

Die letzte Frage haben wir in der vorhergehenden Betrachtung gar nicht berührt, denn diese Frage hat in unserer Partei keine Meinungsverschiedenheiten und Differenzen hervorgerufen. Aber selbstverständlich ist diese Frage an und für sich äußerst wichtig und verdient die ernsteste Beachtung aller Sozialdemokraten. Es wäre unverzeihlicher Optimismus, die Schwierigkeiten zu vergessen, die damit zusammenhängen, daß die Massen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Bauernschaft in die Be-

wegung hineingezogen werden müssen. Gerade an diesen Schwierigkeiten scheiterten mehrfach die Bemühungen, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, wobei den größten Gewinn die inkonsequente und eigennützige Bourgeoisie davontrug, die sowohl aus der monarchistischen Verteidigung gegen das Volk „Kapital schlug" als auch „die Unschuld" des Liberalismus... oder des „Oswoboshdenzentums" „bewahrte". Aber Schwierigkeit bedeutet noch nicht Undurchführbarkeit. Wichtig ist die Gewißheit, daß man den richtigen Weg gewählt hat, und diese Gewißheit verstärkt hundertfach die revolutionäre Energie und den revolutionären Enthusiasmus, die Wunder zu wirken vermögen.

Wie tiefgehend heute die Differenzen zwischen den Sozialdemokraten in der Frage sind, welchen Weg man wählen soll, ersieht man ohne weiteres aus einer Gegenüberstellung der kaukasischen Resolution der Neuiskristen und der Resolution des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Die Resolution des Parteitags sagt: Die Bourgeoisie *ist inkonsequent, sie wird unbedingt danach trachten, uns die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. Deshalb bereitet euch energischer zum Kampf vor, Genossen Arbeiter, bewaffnet euch, zieht die Bauernschaft auf eure Seite. Wir werden unsere revolutionären Errungenschaften der eigennützigen Bourgeoisie nicht ohne Kampf abtreten. Die Resolution der kaukasischen Neuiskristen sagt: Die Bourgeoisie ist inkonsequent, sie kann von der Revolution abschwenken. Deshalb, Genossen Arbeiter, denkt bitte nicht an eine Teilnahme an der provisorischen Regierung, denn dann wird die Bourgeoisie bestimmt abschwenken, und der Schwung der Revolution wird dadurch geschwächt!

Die einen sagen: Treibt die Revolution vorwärts, bis zu Ende, entgegen dem Widerstand oder der Passivität der inkonsequenten Bourgeoisie.

Die anderen sagen: Denkt nicht daran, die Revolution bis zu Ende selbständig durchzuführen, denn dann wird die inkonsequente Bourgeoisie von ihr abschwenken.

Haben wir etwa nicht zwei diametral entgegengesetzte Wege vor uns? Liegt es etwa nicht auf der Hand, daß die eine Taktik unbedingt die andere ausschließt? daß die erste Taktik die einzig richtige Taktik der revolutionären Sozialdemokratie, die zweite aber im Grunde eine reine Oswoboshdenzen-Taktik ist?

13. SCHLUSS. DÜRFEN WIR SIEGEN?

Leute, die mit der Lage der Dinge in der russischen Sozialdemokratie nur oberflächlich bekannt sind oder von außen her urteilen, ohne die Geschichte unseres ganzen innerparteilichen Kampfes seit den Zeiten des Ökonomismus zu kennen, pflegen auch die taktischen Differenzen, die sich jetzt, besonders nach dem III. Parteitag, herausgebildet haben, sehr häufig einfach mit dem Hinweis abzutun, daß es sich um zwei natürliche, unvermeidliche und durchaus zu vereinbarende Tendenzen handle, die in jeder sozialdemokratischen Bewegung anzutreffen seien. Auf der einen Seite nämlich um eine stärkere Betonung der üblichen, laufenden, alltäglichen Arbeit, der Notwendigkeit, die Propaganda und Agitation zu entfalten, die Kräfte vorzubereiten, die Bewegung zu vertiefen usw. Auf der anderen Seite um die Betonung der allgemein-politischen, revolutionären Kampfaufgaben der Bewegung, um den Hinweis auf die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstands, um die Aufstellung der Losungen: revolutionär-demokratische Diktatur, provisorische revolutionäre Regierung. Weder die eine noch die andere Seite dürfe übertrieben werden, weder hier noch dort (wie überhaupt nirgends in der Welt) seien Extreme von Nutzen usw. usf.

Hinter den billigen Wahrheiten der Lebens- (und der „politischen", in Anführungsstrichen) Weisheit, die in solchen Betrachtungen unzweifelhaft enthalten sind, verbirgt sich jedoch nur allzuoft das Unverständnis für die aktuellen, brennenden Erfordernisse der Partei. Nehmen wir die gegenwärtigen taktischen Meinungsverschiedenheiten unter den russischen Sozialdemokraten. Selbstverständlich brauchte die verstärkte Betonung der laufenden Tagesarbeit, die wir in den Betrachtungen der Neuiskristen über die Taktik finden, an und für sich noch keinerlei Gefahr zu bedeuten und auch keinerlei Differenz in den taktischen Losungen hervorzurufen. Es genügt aber, die Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit denen der Konferenz zu vergleichen, damit diese Differenz sofort ins Auge springt.

Worum handelt es sich? Erstens darum, daß es nicht genügt, nur ganz allgemein und abstrakt auf zwei Strömungen in der Bewegung und auf die Schädlichkeit von Extremen hinzuweisen. Man muß konkret wissen, woran die gegebene Bewegung im gegebenen Augenblick krankt und worin jetzt die reale politische Gefahr für die Partei besteht. Zweitens muß

13. Заключение. Смеем ли мы победить? (157

Люди, поверхностно знакомые с положением дел в русской социал-демократии, или судящие со стороны, не знающие истории всей нашей внутрипартийной борьбы со времени экономизма, очень часто отделываются и от определившихся теперь, особенно после 3-го съезда, тактических разногласий простой ссылкой на две естественные, неизбежные, вполне примиримые тенденции всякого социал-демократического движения. С одной стороны, дескать, усиленное подчеркивание обычной, текущей, повседневной работы, необходимости развития пропаганды и агитации, подготовления сил, углубления движения и т. д. С другой стороны, подчеркивание боевых, общеполитических, революционных задач движения, указание на необходимость вооруженного восстания, выдвигание лозунгов: революционно-демократической диктатуры, временного революционного правительства. Ни той ни другой стороне не следует преувеличивать,

Seite 157 von W. I. Lenins Manuskript
„Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution"
1905

Verkleinert

man wissen, welchen realen politischen Kräften diese oder jene taktischen Losungen – vielleicht auch das Fehlen dieser oder jener Losungen – Wasser auf die Mühle leiten. Hört man die Neuiskristen, so kommt man zu dem Schluß, daß die Sozialdemokratische Partei Gefahr läuft, die Propaganda und Agitation, die wirtschaftlichen Kämpfe und die Kritik an der bürgerlichen Demokratie über Bord zu werfen und sich von militärischen Vorbereitungen und bewaffneten Überfällen, von der Machtergreifung usw. übermäßig hinreißen zu lassen. In Wirklichkeit aber droht der Partei die reale Gefahr von einer ganz anderen Seite. Wer den Stand der Bewegung auch nur einigermaßen näher kennt, wer die Bewegung aufmerksam und verständig verfolgt, der kann nicht umhin zu sehen, wie lächerlich die Befürchtungen der Neuiskristen sind. Die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat sich schon völlig in einen festen, unveränderlichen Rahmen eingefügt, der unbedingt gewährleistet, daß der Schwerpunkt in der Agitation und Propaganda, in fliegenden Versammlungen und Massenkundgebungen, in der Verbreitung von Flugblättern und Broschüren, in der Förderung der Wirtschaftskämpfe und dem Aufgreifen ihrer Losungen liegt. Es gibt kein einziges Parteikomitee, kein einziges Bezirkskomitee, keine einzige zentrale Zusammenkunft und keine einzige Betriebsgruppe, wo nicht neunundneunzig Prozent der Aufmerksamkeit, der Kraft und der Zeit stets und ständig allen diesen Funktionen gewidmet wären, die schon seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre fest verankert sind. Das wissen nur solche Leute nicht, die mit der Bewegung überhaupt nicht vertraut sind. Nur sehr naive oder nicht unterrichtete Leute können die neuiskristischen Wiederholungen längst bekannter Dinge, weil sie mit besonders wichtiger Miene vorgetragen werden, noch für bare Münze nehmen.

Tatsache ist, daß man sich bei uns von den Aufgaben des Aufstands, von den allgemein-politischen Losungen und von der Pflicht, die gesamte Volksrevolution zu führen, keineswegs übermäßig hinreißen läßt, sondern daß im Gegenteil die *Rückständigkeit* gerade in dieser Beziehung ins Auge springt, daß sie der wundeste Punkt und eine reale Gefahr für die Bewegung ist, die aus einer Bewegung der revolutionären Tat zu einer Bewegung der revolutionären Worte entarten kann und hie und da auch schon entartet. Unter den Hunderten und aber Hunderten von Organisationen, Gruppen und Zirkeln, die Parteiarbeit leisten, wird man keine einzige

Organisation finden, in der nicht vom ersten Tag ihres Bestehens an jene Alltagsarbeit geleistet würde, von der die Neunmalweisen aus der neuen „Iskra" mit der Miene von Leuten reden, die neue Wahrheiten entdeckt haben. Und umgekehrt wird man nur einen verschwindend geringen Prozentsatz von Gruppen und Zirkeln finden, die sich der Aufgaben des bewaffneten Aufstands bewußt geworden sind, die darangegangen sind, sie zu erfüllen, die sich darüber Rechenschaft abgelegt haben, daß es notwendig ist, die gesamte Volksrevolution gegen den Zarismus zu führen, daß es notwendig ist, gerade diese fortschrittlichen Losungen und nicht andere aufzustellen.

Wir sind hinter den fortschrittlichen und wirklich revolutionären Aufgaben unglaublich zurückgeblieben, wir haben sie in einer Unzahl von Fällen noch nicht erkannt, wir haben bald hier, bald dort die wegen unserer Zurückgebliebenheit in dieser Beziehung erfolgte Erstarkung der revolutionären bürgerlichen Demokratie verschlafen. Die Schriftsteller von der neuen „Iskra" jedoch kehren dem Gang der Ereignisse und den Erfordernissen der Zeit den Rücken zu und wiederholen hartnäckig: Vergeßt nicht das Alte! Laßt euch nicht hinreißen von dem Neuen! Das ist das stets gleichbleibende Grundmotiv aller wesentlichen Resolutionen der Konferenz, während man in den Resolutionen des Parteitags ebenso gleichbleibend lesen kann: Wir erkennen das Alte an (und halten uns nicht damit auf, es wiederzukäuen, weil es eben das in der Literatur, durch Resolutionen und durch die Erfahrung schon entschiedene und verankerte Alte ist), stellen aber zugleich eine neue Aufgabe, lenken die Aufmerksamkeit auf sie, geben eine neue Losung aus und fordern von den wirklich revolutionären Sozialdemokraten, daß sie unverzüglich an die Arbeit gehen, um sie in die Tat umzusetzen.

So steht in Wirklichkeit die Frage der zwei Strömungen in der Taktik der Sozialdemokratie. Die revolutionäre Epoche hat neue Aufgaben gestellt, die nur gänzlich Blinde nicht sehen. Die einen Sozialdemokraten bekennen sich entschieden zu diesen Aufgaben und setzen sie auf die Tagesordnung: Der bewaffnete Aufstand ist unaufschiebbar, bereitet euch unverzüglich und energisch darauf vor; seid dessen eingedenk, daß er für den entscheidenden Sieg unerläßlich ist; stellt die Losungen der Republik, der provisorischen Regierung, der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft auf! Die anderen aber weichen

zurück, treten auf der Stelle, statt Losungen bieten sie Vorreden, statt des Hinweises auf das Neue neben der Bekräftigung des Alten wiederkäuen sie dieses Alte weitschweifig und langweilig, erfinden Ausflüchte vor dem Neuen, sind unfähig, die Bedingungen des entscheidenden Sieges zu bestimmen, sind unfähig, Losungen aufzustellen, die einzig und allein dem Streben nach Erringung des vollen Sieges entsprechen.

Das Ergebnis dieser Nachtrabpolitik liegt bei uns auf der Hand. Die Fabel von der Annäherung der „Mehrheit" der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an die revolutionäre bürgerliche Demokratie bleibt eine Fabel, die durch keine einzige politische Tatsache, durch keine einzige maßgebende Resolution der „Bolschewiki", durch keine einzige Handlung des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bestätigt wird. Indessen *begrüßt* aber die opportunistische, monarchistische Bourgeoisie in Gestalt des „Oswoboshdenije" seit langem die „prinzipiellen" Tendenzen des Neuiskrismus und treibt jetzt mit seinem Wasser schon direkt ihre eigene Mühle. Sie übernimmt alle neuiskristischen Sprüchlein und „Ideechen" gegen die „Konspiration" und die „Rebellion", gegen die Übertreibung der „technischen" Seite der Revolution, gegen die direkte Aufstellung der Losung des bewaffneten Aufstands, gegen den „Revolutionarismus" der extremen Forderungen usw. usf. Die Resolution einer ganzen Konferenz von „menschewistischen" Sozialdemokraten im Kaukasus und die Billigung dieser Resolution durch die Redaktion der neuen „Iskra" ziehen das unzweideutige politische Fazit aus alledem: daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt, falls das Proletariat an der revolutionär-demokratischen Diktatur teilnimmt! Damit ist alles gesagt. Damit ist die Verwandlung des Proletariats in ein Anhängsel der monarchistischen Bourgeoisie endgültig besiegelt. Damit ist die *politische Bedeutung* der neuiskristischen Nachtrabideologie faktisch, nicht durch die zufällige Erklärung einer einzelnen Person, sondern durch eine von der ganzen Richtung ausdrücklich gebilligte Resolution bewiesen.

Wer sich in diese Tatsachen hineindenkt, der wird die wirkliche Bedeutung des landläufigen Hinweises auf zwei Flügel und zwei Tendenzen in der sozialdemokratischen Bewegung verstehen. Nehmt das Bersteinianertum, um diese Tendenzen im großen Maßstab zu studieren. Die Bernsteinianer behaupteten und behaupten doch ganz genauso, daß sie und nur sie die wahren Nöte des Proletariats kennen und sich darauf verstehen,

das Wachstum seiner Kräfte zu fördern, die gesamte Arbeit zu vertiefen, die Elemente der neuen Gesellschaft vorzubereiten, Propaganda und Agitation zu treiben. Wir verlangen die offene Anerkennung dessen, was ist! — sagt Bernstein und sanktioniert damit die „Bewegung" *ohne* „Endziel", sanktioniert allein die Taktik der Abwehr und predigt die Taktik der Angst, „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt". Auch die Bernsteinianer zeterten über das „Jakobinertum" der revolutionären Sozialdemokraten, über die „Literaten", die für die „proletarische Selbsttätigkeit" kein Verständnis hätten usw. usf. In Wirklichkeit dachten, wie allgemein bekannt, die revolutionären Sozialdemokraten nicht im Traum daran, die alltägliche Kleinarbeit, die Vorbereitung der Kräfte u. dgl. m. zu vernachlässigen. Sie forderten nur die klare Erkenntnis des Endziels, die klare Formulierung der revolutionären Aufgaben; sie wollten die halbproletarischen und halbkleinbürgerlichen Schichten zum revolutionären Niveau des Proletariats emporheben, nicht aber dieses Niveau zu opportunistischen Erwägungen hinabzerren, „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt". Seinen prägnantesten Ausdruck fand dieser Gegensatz zwischen dem intellektuell-opportunistischen und dem proletarisch-revolutionären Flügel der Partei wohl in der Frage: Dürfen wir siegen?* ist es uns erlaubt, zu siegen? ist es nicht gefährlich für uns, zu siegen? sollen wir siegen? So merkwürdig diese Frage auf den ersten Blick anmutet, wurde sie doch gestellt und mußte gestellt werden, denn die Opportunisten fürchteten den Sieg, schreckten das Proletariat mit ihm, prophezeiten Unheil von ihm und verspotteten die Losungen, die offen zum Sieg aufriefen.

Dieselbe grundlegende Teilung in eine intellektuell-opportunistische und eine proletarisch-revolutionäre Tendenz ist auch bei uns vorhanden, nur mit dem sehr wesentlichen Unterschied, daß es sich hier nicht um die sozialistische, sondern um die demokratische Umwälzung handelt. Auch bei uns ist die auf den ersten Blick widersinnige Frage gestellt worden: „Dürfen wir siegen?" Sie wird von Martynow in seinen „Zwei Diktaturen" gestellt, wo er Unheil prophezeite für den Fall, daß wir den Aufstand sehr gut vorbereiten und völlig erfolgreich durchführen. Sie wird in der gesamten Literatur der Neuiskristen bei der Frage der provisorischen revolutionären Regierung gestellt, wobei man die ganze Zeit eifrig, aber erfolglos versucht, die Beteiligung Millerands an einer bürgerlich-

* „Dürfen wir siegen?" bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

opportunistischen Regierung mit der Beteiligung Varlins[29] an einer kleinbürgerlichen Revolutionsregierung in einen Topf zu werfen. Sie ist in einer Resolution festgehalten: „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt". Und wenngleich Kautsky zum Beispiel jetzt ironisch meint, unser Streit über die provisorische revolutionäre Regierung erinnere an die Teilung des Fells eines noch nicht erlegten Bären, so zeigt diese Ironie nur, daß sogar kluge und revolutionäre Sozialdemokraten danebenhauen, wenn sie über etwas reden, was sie nur vom Hörensagen kennen. Die deutsche Sozialdemokratie ist noch nicht so weit, den Bären zu erlegen (die sozialistische Umwälzung zu vollbringen), aber die Polemik darüber, ob wir ihn erlegen „dürfen", war von größter prinzipieller und praktisch-politischer Bedeutung. Die russischen Sozialdemokraten sind noch nicht so weit, daß sie „ihren Bären erlegen" (die demokratische Umwälzung vollbringen) könnten, aber die Frage, ob wir ihn erlegen „dürfen", ist für die ganze Zukunft Rußlands und für die Zukunft der russischen Sozialdemokratie von höchst ernster Bedeutung. Ohne die Überzeugung, daß wir siegen „dürfen", kann von einer energischen, erfolgreichen Sammlung und Führung der Armee keine Rede sein.

Nehmt unsere alten Ökonomisten! Sie schrien auch, daß ihre Gegner Verschwörer, Jakobiner seien (siehe das „Rabotscheje Delo", besonders Nr. 10, und Martynows Rede in der Programmdiskussion auf dem II. Parteitag), daß sie sich von den Massen loslösen, wenn sie sich in die Politik stürzen, daß sie die Grundlagen der Arbeiterbewegung vergessen, nicht mit der proletarischen Selbsttätigkeit rechnen usw. usf. In Wirklichkeit aber waren diese Anhänger der „proletarischen Selbsttätigkeit" opportunistische Intellektuelle, die den Arbeitern ihre enge, philisterhafte Auffassung von den Aufgaben des Proletariats aufnötigten. In Wirklichkeit haben die Gegner des Ökonomismus, wie jeder aus der alten „Iskra" ersehen kann, keine einzige Seite der sozialdemokratischen Arbeit vernachlässigt oder in den Hintergrund geschoben und den ökonomischen Kampf nicht im geringsten vergessen. Zugleich aber haben sie es verstanden, die aktuellen und nächsten politischen Fragen in ihrem ganzen Umfang aufzurollen, und haben der Verwandlung der Arbeiterpartei in ein „ökonomisches" Anhängsel der liberalen Bourgeoisie entgegengewirkt.

Die Ökonomisten hatten auswendig gelernt, daß der Politik die Ökonomik zugrunde liegt, und das so „verstanden", daß man den politischen

Kampf zum ökonomischen herabwürdigen müsse. Die Neuiskristen haben auswendig gelernt, daß die ökonomische Grundlage der demokratischen Umwälzung die bürgerliche Revolution ist, und das so „verstanden", daß man die demokratischen Aufgaben des Proletariats auf das Niveau der bürgerlichen Mäßigung herabwürdigen und innerhalb jener Grenzen halten müsse, jenseits derer die „Bourgeoisie abschwenken" würde. Die Ökonomisten lieferten unter dem Vorwand der Vertiefung der Arbeit, unter dem Vorwand der proletarischen Selbsttätigkeit und der reinen Klassenpolitik in Wirklichkeit die Arbeiterklasse an die bürgerlich-liberalen Politiker aus, d. h., sie führten die Partei auf einen Weg, dessen objektive Bedeutung eben darin bestand. Die Neuiskristen verraten unter denselben Vorwänden in Wirklichkeit die Interessen des Proletariats in der demokratischen Revolution an die Bourgeoisie, d. h., sie führen die Partei auf einen Weg, dessen objektive Bedeutung eben darin besteht. Den Ökonomisten schien die Hegemonie im politischen Kampf nicht Sache der Sozialdemokraten, sondern eigentlich Sache der Liberalen zu sein. Den Neuiskristen scheint die aktive Durchführung der demokratischen Revolution nicht Sache der Sozialdemokraten, sondern eigentlich Sache der demokratischen Bourgeoisie zu sein, weil durch die Führung und die überragende Beteiligung des Proletariats der „Schwung" der Revolution „geschwächt" würde.

Kurzum, die Neuiskristen sind die Epigonen des Ökonomismus, nicht nur nach der Art, wie ihre Richtung auf dem II. Parteitag entstand, sondern auch nach der Art, wie sie heute die taktischen Aufgaben des Proletariats in der demokratischen Revolution stellen. Das ist ebenfalls der intellektuell-opportunistische Flügel der Partei. In der Organisationsfrage debütierte er mit dem anarchistischen Individualismus der Intellektuellen, und er endete mit der „Desorganisation als Prozeß", da er in dem von der Konferenz angenommenen „Statut"[30] die Trennung der Literatur von der Parteiorganisation, indirekte, wenn nicht gar vierstufige Wahlen und ein System bonapartistischer Plebiszite an Stelle des demokratischen Vertretungssystems und schließlich das Prinzip der „Vereinbarung" zwischen einem Teil und dem Ganzen verankerte. In der Taktik der Partei gerieten diese Leute auf eine ebenso schiefe Ebene. Im „Plan der Semstwokampagne" erklärten sie das Auftreten vor den Semstwopolitikern zum „höchsten Typus der Demonstration", da sie (am Vorabend des 9. Januar!)

auf der politischen Bühne nur zwei aktive Kräfte sahen — die Regierung und die bürgerliche Demokratie. Die aktuelle Aufgabe der Bewaffnung „vertieften" sie, indem sie die direkte, praktische Losung durch die Aufforderung ersetzten, sich mit dem brennenden Verlangen nach Selbstbewaffnung auszurüsten. Die Aufgaben des bewaffneten Aufstands, der provisorischen Regierung, der revolutionär-demokratischen Diktatur haben sie jetzt in ihren offiziellen Resolutionen entstellt und gestutzt. „Daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt" — dieser Schlußakkord ihrer letzten Resolution wirft ein helles Licht auf die Frage, wohin ihr Weg die Partei führt.

Die demokratische Umwälzung in Rußland ist ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Wesen nach eine bürgerliche Revolution. Es genügt aber nicht, diese richtige marxistische These einfach zu wiederholen. Man muß es verstehen, in sie einzudringen und sie bei der Aufstellung politischer Losungen anzuwenden. Auf dem Boden der heutigen, d. h. der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist alle politische Freiheit schlechthin bürgerliche Freiheit. Die Forderung nach Freiheit bringt vor allem die Interessen der Bourgeoisie zum Ausdruck. Ihre Vertreter haben als erste diese Forderung aufgestellt. Ihre Anhänger haben von der erhaltenen Freiheit überall als Herren Gebrauch gemacht, sie auf ein bescheidenes und genaues bürgerliches Maß reduziert und sie in friedlichen Zeiten mit einer äußerst raffinierten, in stürmischen Zeiten mit einer tierisch-grausamen Unterdrückung des revolutionären Proletariats verbunden.

Aber daraus eine Ablehnung oder Herabsetzung des Kampfes für die Freiheit ableiten konnten nur die Rebellen vom Schlage der Volkstümler, die Anarchisten und „Ökonomisten". Dem Proletariat diese intellektuell-philisterhafte Lehre aufzuzwingen gelang immer nur vorübergehend, nur gegen seinen Widerstand. Das Proletariat empfand instinktiv, daß es die politische Freiheit braucht, sie am allermeisten braucht, obwohl sie unmittelbar die Bourgeoisie festigen und organisieren wird. Nicht vom Ausweichen vor dem Klassenkampf erwartet das Proletariat sein Heil, sondern davon, daß es den Klassenkampf entfaltet, ihn ausweitet, ihn bewußter, organisierter und entschlossener führt. Wer die Aufgaben des politischen Kampfes herabsetzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus einem Volkstribunen in einen Trade-Union-Sekretär. Wer die proletarischen Aufgaben in der demokratischen bürgerlichen Revolution herab-

setzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus dem Führer der Volksrevolution in den Leiter eines freien Arbeiterverbandes.

Ja, der *Volks*revolution. Die Sozialdemokratie kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk. Sie verlangt, daß mit diesem Wort nicht das Unverständnis für die Klassenantagonismen innerhalb des Volkes bemäntelt wird. Sie besteht kategorisch darauf, daß es für die Partei des Proletariats notwendig ist, ihre volle Klassenselbständigkeit zu bewahren. Sie teilt aber das „Volk" nicht in „Klassen" ein, damit die fortgeschrittenste Klasse sich abkapselt, sich auf ein enges Maß beschränkt und ihre Tätigkeit durch Erwägungen von der Art beschneidet, daß die ökonomischen Beherrscher der Welt bloß nicht abschwenken — sondern damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der Halbschlächtigkeit, Unbeständigkeit und Unentschlossenheit der Mittelklassen, mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpft.

Und eben das ist es, was die heutigen Neuiskristen, die die Aufstellung von aktiven politischen Losungen in der demokratischen Revolution durch die bloße räsonierende Wiederholung des Wortes „Klassen" in allen grammatischen Abwandlungen ersetzen, oft nicht verstehen!

Die demokratische Umwälzung ist bürgerlich. Die Losung von der schwarzen Umteilung oder von Land und Freiheit — diese meistverbreitete Losung der geduckten und unaufgeklärten, aber leidenschaftlich nach Licht und Glück strebenden Bauernmassen — ist bürgerlich. Wir Marxisten aber müssen wissen, daß es keinen anderen Weg zur wirklichen Freiheit des Proletariats und der Bauernschaft gibt noch geben kann als den Weg der bürgerlichen Freiheit und des bürgerlichen Fortschritts. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in der gegenwärtigen Zeit kein anderes Mittel gibt noch geben kann, um den Sozialismus näher zu bringen, als die volle politische Freiheit, als die demokratische Republik, als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Als Vertreter der fortgeschrittensten und einzigen revolutionären Klasse, die keine Vorbehalte macht, keine Zweifel hat und nicht nach rückwärts blickt, müssen wir die Aufgaben der demokratischen Umwälzung vor dem ganzen Volke so breit, so kühn und mit soviel Initiative wie nur möglich stellen. Die Mißachtung dieser Aufgaben ist theoretisch eine Karikatur auf den

Marxismus und eine philisterhafte Verzerrung des Marxismus; praktisch-politisch aber liefert man damit die Sache der Revolution an die Bourgeoisie aus, die vor der konsequenten Durchführung der Revolution unweigerlich zurückscheuen wird. Die Schwierigkeiten, die dem vollen Sieg der Revolution im Wege stehen, sind sehr groß. Niemand wird die Vertreter des Proletariats verurteilen können, wenn sie alles tun, was in ihren Kräften steht, auch wenn ihre Bemühungen am Widerstand der Reaktion, am Verrat der Bourgeoisie, an der Unaufgeklärtheit der Massen zerschellen sollten. Aber jedermann – und vor allem das klassenbewußte Proletariat – wird die Sozialdemokratie verurteilen, wenn sie die revolutionäre Energie der demokratischen Umwälzung eindämmen, den revolutionären Enthusiasmus dämpfen wird, aus Angst vor dem Sieg und aus der Erwägung heraus, daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt.

Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte, sagte Marx.[31] Die Revolutionen sind Festtage der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Nie vermag die Volksmasse als ein so aktiver Schöpfer neuer gesellschaftlicher Zustände aufzutreten wie während der Revolution. Gemessen an dem engen, kleinbürgerlichen Maßstab des allmählichen Fortschritts ist das Volk in solchen Zeiten fähig, Wunder zu wirken. Es ist aber notwendig, daß in einer solchen Zeit auch die Führer der revolutionären Parteien ihre Aufgaben breiter und kühner stellen, daß ihre Losungen der revolutionären Initiative der Masse stets vorangehen, ihr als Fanal dienen, unser demokratisches und sozialistisches Ideal in seiner ganzen Erhabenheit und seiner ganzen Schönheit zeigen und den nächsten, den direktesten Weg zum vollen, unbedingten und entscheidenden Sieg weisen. Überlassen wir es den Opportunisten der um das „Oswoboshdenije" gruppierten Bourgeoisie, aus Angst vor der Revolution und aus Angst vor dem direkten Weg Umwege, Schleichwege und Kompromißwege auszutüfteln. Sollte man uns mit Gewalt zwingen, uns auf solchen Wegen dahinzuschleppen, so werden wir auch in der täglichen Kleinarbeit unsere Pflicht zu tun wissen. Vorerst aber soll rücksichtsloser Kampf über die Wahl des Weges entscheiden. Wir würden uns als Verräter und Abtrünnige der Revolution erweisen, wollten wir diese festtägliche Energie der Massen und ihren revolutionären Enthusiasmus nicht für den rücksichtslosen, hingebungsvollen Kampf um den direkten und entscheidenden Weg ausnutzen. Mögen die Opportunisten der Bourgeoisie feige an die

künftige Reaktion denken. Die Arbeiter wird nichts schrecken, weder der Gedanke, daß die Reaktion sich anschickt, furchtbar zu sein, noch der Gedanke, daß die Bourgeoisie sich anschickt, abzuschwenken. Die Arbeiter erwarten keine Kompromisse und bitten nicht um Almosen; sie trachten danach, die reaktionären Kräfte rücksichtslos zu zerschlagen, d. h. die *revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft* zu errichten.

Ohne Frage drohen in einer stürmischen Zeit unserem Parteischiff mehr Gefahren als beim stillen „Dahingleiten" des liberalen Fortschritts, der ein qualvoll-langsames Auspressen der Lebenssäfte der Arbeiterklasse durch ihre Ausbeuter bedeutet. Ohne Frage sind die Aufgaben der revolutionär-demokratischen Diktatur tausendmal schwieriger und komplizierter als die Aufgaben der „äußersten Opposition" und des nur parlamentarischen Kampfes. Wer es aber im gegenwärtigen revolutionären Zeitpunkt fertigbringt, bewußt das friedliche Dahingleiten und den Weg der gefahrlosen „Opposition" vorzuziehen, der soll sich lieber eine Zeitlang von der sozialdemokratischen Arbeit fernhalten und abwarten, bis die Revolution zu Ende geht, bis der Festtag vorbei ist und der Alltag wieder beginnt, bis sein beschränktes Alltagsmaß nicht mehr eine so widerwärtige Dissonanz, eine so abscheuliche Verzerrung der Aufgaben der fortgeschrittensten Klasse sein wird.

An der Spitze des gesamten Volkes und besonders der Bauernschaft — für die volle Freiheit, für die konsequente demokratische Umwälzung, für die Republik! An der Spitze aller Werktätigen und Ausgebeuteten — für den Sozialismus! Das muß in der Tat die Politik des revolutionären Proletariats sein, so muß die Klassenlosung lauten, die während der Revolution die Lösung jeder taktischen Frage und jeden praktischen Schritt der Arbeiterpartei durchdringen und bestimmen muß.

NACHWORT

Noch einmal das Oswoboshdenzentum, noch einmal der Neuiskrismus

Die Nummern 71 und 72 des „Oswoboshdenije" sowie 102 und 103 der „Iskra" haben neues, überaus reiches Material zu der von uns in Abschnitt 8 unserer Broschüre behandelten Frage geliefert. Da wir außerstande sind, hier dieses ganze reichhaltige Material zu verwenden, wollen wir nur auf das Wichtigste eingehen: erstens darauf, welchen „Realismus" in der Sozialdemokratie das „Oswoboshdenije" über den grünen Klee lobt und warum es ihn loben muß; zweitens darauf, wie sich die Begriffe Revolution und Diktatur zueinander verhalten.

I. WOFÜR LOBEN DIE BÜRGERLICH-LIBERALEN REALISTEN DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN „REALISTEN"?

Die Artikel „Die Spaltung in der russischen Sozialdemokratie" und „Der Triumph des gesunden Menschenverstands" (Nr. 72 des „Oswoboshdenije") sind ein für die klassenbewußten Proletarier außerordentlich wertvolles Urteil der Vertreter der liberalen Bourgeoisie über die Sozialdemokratie. Man kann jedem Sozialdemokraten nicht genug empfehlen, sich mit diesen Artikeln in ihrem vollen Wortlaut bekannt zu machen und über jeden Satz darin *nachzudenken.* Zunächst wollen wir die wichtigsten Stellen der beiden Artikel wiedergeben:

„Für den außenstehenden Beobachter", sagt das „Oswoboshdenije", „ist es ziemlich schwierig, den realen politischen Sinn der Meinungsverschiedenheiten zu erfassen, welche die Sozialdemokratie in zwei Fraktionen gespalten haben. Die Erklärung, daß die Fraktion der ‚Mehrheit' die radikalere und konsequen-

tere sei, zum Unterschied von der ‚Minderheit', die im Interesse der Sache gewisse Kompromisse zulasse, ist nicht ganz genau und stellt jedenfalls keine erschöpfende Charakteristik dar. Wenigstens hütet die Fraktion der Minderheit die traditionellen Dogmen der marxistischen Orthodoxie wohl mit noch größerer Eifersucht als die Fraktion Lenins. Genauer scheint uns folgende Charakteristik zu sein. Die politische Grundstimmung der ‚Mehrheit' bildet abstrakter Revolutionarismus, Rebellentum, das Bestreben, mit beliebigen Mitteln einen Aufstand der Volksmassen herbeizuführen und in ihrem Namen unverzüglich die Macht zu ergreifen; das bringt die ‚Leninisten' bis zu einem gewissen Grade den Sozialrevolutionären nahe und verdrängt in ihrem Bewußtsein die Idee des Klassenkampfes durch die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution; während sich die ‚Leninisten' in ihrer Praxis von vielen Beschränktheiten der sozialdemokratischen Doktrin lossagen, sind sie anderseits bis ins innerste Mark von der Beschränktheit des Revolutionarismus durchdrungen, verzichten auf jede praktische Arbeit außer der Vorbereitung des sofortigen Aufstands und ignorieren grundsätzlich alle Formen der legalen und halblegalen Agitation und alle Arten praktisch-nützlicher Kompromisse mit anderen oppositionellen Strömungen. Die Minderheit dagegen hält sich zwar streng an das marxistische Dogma, bewahrt aber zugleich auch die realistischen Elemente der marxistischen Weltanschauung. Die Grundidee dieser Fraktion ist die Gegenüberstellung der Interessen des ‚Proletariats' und der Interessen der Bourgeoisie. Doch anderseits denkt sie über den Kampf des Proletariats — selbstverständlich in den bestimmten Grenzen, die von den unerschütterlichen Dogmen der Sozialdemokratie diktiert werden — realistisch nüchtern, mit klarer Erkenntnis aller konkreten Bedingungen und Aufgaben dieses Kampfes. Beide Fraktionen führen ihren grundlegenden Standpunkt nicht ganz folgerichtig durch, da sie in ihrem geistig-politischen Schaffen an die starren Formeln des sozialdemokratischen Katechismus gebunden sind, welche die ‚Leninisten' hindern, konsequente Rebellen nach dem Muster wenigstens einiger Sozialrevolutionäre zu werden, und die ‚Iskristen' hindern, praktische Führer der realen politischen Bewegung der Arbeiterklasse zu werden."

Der Artikelschreiber des „Oswoboshdenije" führt dann den Inhalt der wichtigsten Resolutionen an und erläutert durch einige konkrete Bemerkungen zu ihnen seinen allgemeinen „Gedankengang". Verglichen mit dem III. Parteitag, sagt er, „verhält sich die Konferenz der Minderheit völlig anders zum bewaffneten Aufstand". Der Unterschied der Resolutionen über die provisorische Regierung „hängt mit der Einstellung zum bewaffneten Aufstand zusammen". „Eine ebensolche Meinungsverschiedenheit tritt auch in der Einstellung zu den Gewerkschaftsverbänden der Arbeiter zutage. Die ‚Leninisten' haben in ihren

Resolutionen diesen wichtigsten Ausgangspunkt für die politische Erziehung und Organisation der Arbeiterklasse mit keiner Silbe erwähnt. Die Minderheit dagegen hat eine sehr ernste Resolution ausgearbeitet." In bezug auf die Liberalen seien sich beide Fraktionen einig, aber der III. Parteitag „wiederholt fast wörtlich die vom II. Parteitag angenommene Resolution Plechanows über die Stellung zu den Liberalen und verwirft die auf demselben Parteitag angenommene, den Liberalen gewogenere Resolution Starowers". Bei sonst allgemeiner Gleichartigkeit der Resolutionen des Parteitags und der Konferenz über die Bauernbewegung „unterstreicht die ‚Mehrheit' mehr die Idee der revolutionären Konfiskation der gutsherrlichen und anderer Ländereien, während die ‚Minderheit' die Forderungen demokratischer Reformen in Staat und Verwaltung zur Grundlage ihrer Agitation machen will".

Schließlich zitiert das „Oswoboshdenije" aus Nr. 100 der „Iskra" eine menschewistische Resolution, deren Hauptpunkt lautet: „In der Erwägung, daß gegenwärtig die illegale Arbeit allein der Masse keine genügende Garantie für *ihre Beteiligung* am Parteileben *bietet und teilweise dazu führt,* daß die Masse als solche der Partei als illegaler Organisation entgegengestellt wird, muß die Partei die Leitung des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiter auf legalem Boden in die Hand nehmen und diesen Kampf mit den Aufgaben der Sozialdemokratie eng verbinden." Anläßlich dieser Resolution ruft das „Oswoboshdenije" aus: „*Wir begrüßen diese Resolution aufs wärmste als einen Triumph* des gesunden Menschenverstands, als taktische Erleuchtung eines bestimmten Teils der sozialdemokratischen Partei."

Jetzt hat der Leser alle wesentlichen Urteile des „Oswoboshdenije" vor sich. Selbstverständlich wäre es der größte Fehler, diese Urteile in dem Sinne für richtig zu halten, daß sie der objektiven Wahrheit entsprächen. Jeder Sozialdemokrat wird in ihnen mit Leichtigkeit auf Schritt und Tritt Fehler entdecken. Es wäre naiv, zu vergessen, daß alle diese Urteile durch und durch den Interessen und dem Standpunkt der liberalen Bourgeoisie entsprechen, daß sie in diesem Sinne durch und durch parteiisch und tendenziös sind. Sie widerspiegeln die Auffassungen der Sozialdemokratie genauso, wie ein konkaver oder konvexer Spiegel die Gegenstände widerspiegelt. Ein noch größerer Fehler aber wäre es, zu vergessen, daß diese bürgerlich verzerrten Urteile letzten Endes die wirklichen Interessen der Bourgeoisie widerspiegeln, die als Klasse zweifellos richtig versteht, welche Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie ihr, der Bourgeoisie, vorteilhaft, nahe, verwandt, sympathisch und welche ihr schädlich, fern, fremd, unsympathisch sind. Ein bürgerlicher Philosoph oder ein

bürgerlicher Publizist wird die Sozialdemokratie nie richtig verstehen, weder die menschewistische noch die bolschewistische Sozialdemokratie. Wenn er aber ein auch nur halbwegs kluger Publizist ist, so wird ihn sein Klasseninstinkt nicht täuschen, und er wird die Bedeutung der einen oder anderen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie für die Bourgeoisie immer im Wesentlichen richtig erfassen, wenn er sie auch verkehrt darstellt. Der Klasseninstinkt unseres Feindes und sein Klassenurteil verdienen daher stets die ernsteste Aufmerksamkeit jedes klassenbewußten Proletariers.

Was sagt uns nun der Klasseninstinkt der russischen Bourgeoisie durch den Mund der Oswoboshdenzen?

Er bringt völlig eindeutig seine Zufriedenheit mit den Tendenzen des Neuiskrismus zum Ausdruck, lobt seinen Realismus, seine Nüchternheit, den Triumph des gesunden Menschenverstands, den Ernst der Resolutionen, die taktische Erleuchtung, den praktischen Sinn usw. — und er bringt seinen Unwillen über die Tendenzen des III. Parteitags zum Ausdruck, tadelt ihn wegen seiner Beschränktheit, seines Revolutionarismus, seines Rebellentums, seiner Ablehnung praktisch-nützlicher Kompromisse usw. Der Klasseninstinkt der Bourgeoisie diktiert ihr gerade das, was in unserer Literatur schon wiederholt mit genauen Tatsachen bewiesen worden ist, nämlich daß die Neuiskristen den opportunistischen, ihre Gegner aber den revolutionären Flügel der heutigen russischen Sozialdemokratie bilden. Die Liberalen können nicht umhin, mit den Tendenzen der ersteren zu sympathisieren und die Tendenzen der letzteren zu tadeln. Als Ideologen der Bourgeoisie verstehen die Liberalen ausgezeichnet, daß „der praktische Sinn, die Nüchternheit, der Ernst" der Arbeiterklasse, d. h. die faktische Beschränkung ihres Tätigkeitsgebiets auf den Rahmen des Kapitalismus, auf Reformen, auf gewerkschaftlichen Kampf usw. für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Gefährlich und bedrohlich ist für die Bourgeoisie die „revolutionaristische Beschränktheit" des Proletariats und sein Bestreben, im Namen seiner Klassenaufgaben die führende Rolle in der allgemeinen russischen Volksrevolution zu übernehmen.

Daß die Oswoboshdenzen das Wort „Realismus" tatsächlich in diesem Sinn auffassen, ersieht man unter anderem daraus, wie das „Oswoboshdenije" und Herr Struve es früher angewandt haben. Die „Iskra" selbst mußte wohl oder übel zugeben, daß „Realismus" bei den Oswoboshden-

zen *diese* Bedeutung hat. Man erinnere sich zum Beispiel des Artikels „Es ist Zeit!" in der Beilage zu Nr. 73/74 der „Iskra". Der Verfasser dieses Artikels (ein konsequenter Verkünder der Ansichten des „Sumpfes" auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) äußerte unumwunden seine Meinung, daß „Akimow auf dem Parteitag eher die Rolle eines Gespenstes des Opportunismus als seines wirklichen Vertreters gespielt hat". Und die Redaktion der „Iskra" war sofort genötigt, den Verfasser des Artikels „Es ist Zeit!" dadurch richtigzustellen, daß sie in einer Anmerkung erklärte:

„Dieser Meinung können wir nicht zustimmen. Die programmatischen Auffassungen des Gen. Akimow tragen das unverkennbare Gepräge des Opportunismus, was auch der Kritiker des ‚Oswoboshdenije' in einer der letzten Nummern anerkennt, indem er feststellt, daß Gen. Akimow der ‚realistischen' — lies: revisionistischen — Richtung angehört."

Also weiß die „Iskra" selbst sehr gut, daß der „Realismus" der Oswoboshdenzen eben Opportunismus ist und nichts anderes. Wenn die „Iskra" jetzt bei ihren Angriffen gegen den „liberalen Realismus" (Nr. 102 der „Iskra") verschweigt, wie *sie* wegen ihres Realismus *von den Liberalen gelobt worden ist*, so erklärt sich dieses Schweigen daraus, daß ein solches Lob bitterer ist als jeder Tadel. Solches Lob (vom „Oswoboshdenije" nicht zufällig und nicht zum erstenmal gespendet) beweist in der Tat die Verwandtschaft des liberalen Realismus mit jenen Tendenzen des sozialdemokratischen „Realismus" (lies: Opportunismus), die infolge der Fehlerhaftigkeit der ganzen taktischen Position der Neuiskristen in jeder ihrer Resolutionen sichtbar sind.

In der Tat, die russische Bourgeoisie hat ihre Inkonsequenz und ihren Eigennutz in der „allgemeinen Volks"revolution schon hinreichend offenbart — offenbart sowohl durch die Betrachtungen des Herrn Struve als auch durch den ganzen Ton und Inhalt einer Masse liberaler Zeitungen und durch den Charakter des politischen Auftretens einer Menge von Semstwoleuten, einer Menge von Intellektuellen, überhaupt aller möglichen Anhänger der Herren Trubezkoi, Petrunkewitsch, Roditschew und Co. Die Bourgeoisie versteht freilich nicht immer klar, erfaßt aber im großen und ganzen mit ihrem Klasseninstinkt ausgezeichnet, daß einerseits das Proletariat und das „Volk" für *ihre* Revolution als Kanonenfutter, als Sturmbock gegen die Selbstherrschaft nützlich sind, daß ander-

seits aber das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft für sie furchtbar gefährlich sind, falls sie den „entscheidenden Sieg über den Zarismus" erringen und die demokratische Revolution zu Ende führen sollten. Deshalb trachtet die Bourgeoisie mit allen Kräften danach, daß sich das Proletariat mit einer „bescheidenen" Rolle in der Revolution begnüge, daß es nüchterner, praktischer, realistischer sei, daß seine Tätigkeit durch das Prinzip bestimmt werde, „daß die Bourgeoisie bloß nicht abschwenkt".

Die intelligenten Bourgeois wissen ausgezeichnet, daß sie die Arbeiterbewegung nicht aus der Welt schaffen können. Darum treten sie gar nicht gegen die Arbeiterbewegung, gegen den Klassenkampf des Proletariats auf — nein, sie erweisen der Streikfreiheit und dem zivilisierten Klassenkampf sogar jede Reverenz, wobei sie die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf im Brentanoschen oder Hirsch-Dunckerschen Sinne auffassen. Mit anderen Worten, sie sind durchaus bereit, den Arbeitern die (faktisch von den Arbeitern selbst schon fast errungene) Streik- und Koalitionsfreiheit „zuzugestehen", nur damit die Arbeiter auf das „Rebellentum", auf den „beschränkten Revolutionarismus", auf die Feindschaft gegen die „praktisch-nützlichen Kompromisse", auf die Ansprüche und Bestrebungen verzichten, der „allgemeinen russischen Volksrevolution" den Stempel *ihres* Klassenkampfes, den Stempel der proletarischen Konsequenz, der proletarischen Entschlossenheit, des „plebejischen Jakobinertums" aufzudrücken. Die intelligenten Bourgeois ganz Rußlands bemühen sich deshalb aus allen Kräften, den Arbeitern durch tausenderlei Mittel und Wege — Bücher*, Vorlesungen, Reden, Diskussionen usw. usf. — die Ideen der (bürgerlichen) Nüchternheit, des (liberalen) praktischen Sinns, des (opportunistischen) Realismus, des (Brentanoschen) Klassenkampfes, der (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkschaften[32] u. dgl. m. einzuflößen. Die beiden letzten Losungen sind für die Bourgeois der „konstitutionell-demokratischen" oder „Befreiungs"-Partei besonders bequem, denn sie stimmen äußerlich mit den marxistischen überein und können, wenn man hier ein wenig verschweigt und dort ein bißchen verdreht, leicht mit den sozialdemokratischen Losungen verwechselt, ja manchmal sogar als sozialdemokratische Losungen ausgegeben werden. Da schreibt z. B. die legale liberale Zeitung „Rasswet" [Morgendämmerung] (über die wir uns mit den Lesern des „Proletari" ein andermal ausführlicher unterhalten wollen)

* Siehe *Prokopowitsch*, „Die Arbeiterfrage in Rußland".

über den Klassenkampf, über den möglichen Betrug der Bourgeoisie am Proletariat, über die Arbeiterbewegung, über die Selbsttätigkeit des Proletariats usw. usf. nicht selten derart „kühne" Dinge, daß ein unaufmerksamer Leser oder ein unaufgeklärter Arbeiter ihren „Sozialdemokratismus" leicht für bare Münze nehmen können. In Wirklichkeit aber ist das eine bürgerliche Fälschung des Sozialdemokratismus, eine opportunistische Verdrehung und Entstellung des Begriffs Klassenkampf.

Dieser ganzen gigantischen (hinsichtlich der Beeinflussung der Massen) bürgerlichen Unterschiebung liegt die Tendenz zugrunde, die Arbeiterbewegung vorwiegend auf die Gewerkschaftsbewegung zu beschränken, sie von einer selbständigen (d. h. revolutionären und auf die demokratische Diktatur gerichteten) Politik fernzuhalten, „im Bewußtsein der Arbeiter die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution durch die Idee des Klassenkampfes zu verdrängen".

Wie der Leser sieht, haben wir die Formulierung des „Oswoboshdenije" auf den Kopf gestellt. Es ist eine prachtvolle Formulierung, welche die zwei Ansichten über die Rolle des Proletariats in der demokratischen Revolution, die bürgerliche und die sozialdemokratische Ansicht, ausgezeichnet zum Ausdruck bringt. Die Bourgeoisie möchte das Proletariat allein auf die Gewerkschaftsbewegung beschränken und damit „im Bewußtsein der Arbeiter die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution durch die (*Brentanosche*) Idee des Klassenkampfes verdrängen" — ganz im Geiste der bernsteinianischen Verfasser des „Credos", die im Bewußtsein der Arbeiter die Idee des politischen Kampfes durch die Idee der „reinen Arbeiter"bewegung verdrängten. Die Sozialdemokratie dagegen möchte den Klassenkampf des Proletariats bis zu dessen führender Teilnahme an der allgemeinen russischen Volksrevolution ausdehnen, d. h. diese Revolution bis zur demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft führen.

Die Revolution ist bei uns eine allgemeine Volksrevolution, sagt die Bourgeoisie dem Proletariat. — Darum mußt du dich, als besondere Klasse, auf deinen Klassenkampf beschränken, mußt im Namen des „gesunden Menschenverstands" dein Hauptaugenmerk auf die Gewerkschaftsverbände und ihre Legalisierung richten. Du mußt gerade diese Gewerkschaftsverbände als den „wichtigsten Ausgangspunkt deiner politischen Erziehung und Organisation" betrachten, mußt im revolutionären Augen-

blick vorwiegend „ernste" Resolutionen im Geiste der Neuiskristen verfassen und mußt die Resolutionen, die „den Liberalen gewogener" sind, mit Sorgfalt behandeln. Du mußt solchen Führern den Vorzug geben, die die Tendenz haben, „praktische Führer der realen politischen Bewegung der Arbeiterklasse" zu werden, mußt dir „die realistischen Elemente der marxistischen Weltanschauung bewahren" (falls du bedauerlicherweise schon von den „starren Formeln" dieses „unwissenschaftlichen" Katechismus angesteckt worden bist).

Die Revolution ist bei uns eine allgemeine Volksrevolution, sagt die Sozialdemokratie dem Proletariat. – Darum mußt du, als die fortgeschrittenste und einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse, nicht nur die energischste, sondern auch die führende Teilnahme an ihr anstreben. Darum darfst du dich nicht in einen eng verstandenen Rahmen des Klassenkampfes, hauptsächlich im Sinne der Gewerkschaftsbewegung, einfügen, sondern mußt umgekehrt danach streben, den Rahmen und den Inhalt deines Klassenkampfes *so weit* auszudehnen, daß er nicht nur *alle* Aufgaben der gegenwärtigen, demokratischen, allgemeinen russischen Volksrevolution, sondern auch die Aufgaben der künftigen sozialistischen Revolution *umfaßt*. Darum mußt du, ohne die Gewerkschaftsbewegung zu ignorieren und ohne auf die Ausnutzung der geringsten legalen Möglichkeit zu verzichten, in der Epoche der Revolution die Aufgaben des bewaffneten Aufstands, der Schaffung einer revolutionären Armee und der Bildung einer revolutionären Regierung in den Vordergrund rücken, als den einzigen Weg zum vollen Sieg des Volkes über den Zarismus, zur Erkämpfung der demokratischen Republik und wirklicher politischer Freiheit.

Es erübrigt sich, davon zu sprechen, welche halbschlächtige, inkonsequente und der Bourgeoisie natürlich sympathische Stellung die Resolutionen der Neuiskristen infolge ihrer falschen „Linie" in dieser Frage bezogen haben.

II. EINE NEUE „VERTIEFUNG" DER FRAGE DURCH GENOSSEN MARTYNOW

Gehen wir zu den Artikeln Martynows in Nr. 102 und 103 der „Iskra" über. Selbstverständlich werden wir auf Martynows Versuche, die Unrichtigkeit unserer und die Richtigkeit seiner Auslegung verschiedener

Zitate von Engels und Marx zu beweisen, nicht antworten. Diese Versuche sind so unernst, die Ausflüchte Martynows sind so offensichtlich, und die Frage ist so klar, daß es uninteressant wäre, noch einmal darauf einzugehen. Jeder denkende Leser wird sich in den unkomplizierten Schlichen des Martynowschen Rückzugs auf der ganzen Linie leicht selbst zurechtfinden, besonders wenn die vollständigen Übersetzungen der Broschüre von Engels „Die Bakunisten an der Arbeit" und von Marx' „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" (der Kommunisten) vom März 1850[33] erscheinen, die durch eine Gruppe von Mitarbeitern des „Proletari" vorbereitet werden. Es genügt ein einziges Zitat aus dem Artikel Martynows, um dem Leser seinen Rückzug zu veranschaulichen.

Die „Iskra", sagt Martynow in Nr. 103, „erkennt an, daß die Bildung einer provisorischen Regierung einen möglichen und zweckmäßigen Entwicklungsweg der Revolution darstellt, sie bestreitet aber die Zweckmäßigkeit der Teilnahme der Sozialdemokraten an einer *bürgerlichen* provisorischen Regierung, und zwar im Interesse der künftigen vollständigen Inbesitznahme der Staatsmaschinerie für die sozialdemokratische Umwälzung". Mit anderen Worten: Die „Iskra" gibt jetzt zu, wie unsinnig alle ihre Ängste waren, daß die revolutionäre Regierung die Verantwortung für die Staatskasse und die Banken zu tragen habe, daß es gefährlich und unmöglich sei, die „Gefängnisse" in die eigene Hand zu nehmen u. dgl. m. Die „Iskra" stiftet nur nach wie vor dadurch Verwirrung, daß sie die demokratische und die sozialistische Diktatur durcheinanderwirft. Die Verwirrung ist indes unvermeidlich, um den Rückzug zu decken.

Doch unter den Wirrköpfen der neuen „Iskra" ragt Martynow als ein Wirrkopf ersten Ranges, als ein, wenn man sich so ausdrücken darf, talentierter Wirrkopf hervor. Krampfhaft bemüht, die Frage „zu vertiefen", verwirrt er sie nur, und „ersinnt" dabei fast immer neue Formulierungen, welche die ganze Falschheit der von ihm eingenommenen Stellung unübertrefflich beleuchten. Man erinnere sich, wie er in den Zeiten des „Ökonomismus" Plechanow „vertiefte" und die Formel schuf: „Ökonomischer Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung." Man wird in der ganzen Literatur der Ökonomisten schwerlich einen treffenderen Ausdruck für die ganze Falschheit dieser Richtung finden. So auch jetzt. Martynow dient eifrig der neuen „Iskra", gibt uns aber fast jedesmal,

wenn er das Wort ergreift, neues und großartiges Material an die Hand für die Einschätzung der falschen neuiskristischen Position. In Nr. 102 erklärt er, Lenin habe „unmerklich die Begriffe Revolution und Diktatur vertauscht" (S. 3, Spalte 2).

Auf diese Beschuldigung laufen im Grunde alle Beschuldigungen der Neuiskristen gegen uns hinaus. Und wie dankbar sind wir Martynow für diese Beschuldigung! Welch unschätzbaren Dienst erweist er uns im Kampf gegen den Neuiskrismus durch eine solche Formulierung seiner Beschuldigung! Wir sollten die Redaktion der „Iskra" wirklich bitten, Martynow möglichst oft zur „Vertiefung" und zur „wahrhaft prinzipiellen" Formulierung der Angriffe gegen den „Proletari" loszulassen. Denn je prinzipieller Martynow zu argumentieren bemüht ist, um so schlimmer verrennt er sich, um so deutlicher zeigt er die Blößen des Neuiskrismus und mit um so größerem Erfolg vollzieht er an sich selbst und seinen Freunden die nützliche pädagogische Operation: reductio ad absurdum (führt er die Prinzipien der neuen „Iskra" ad absurdum).

Der „Wperjod" und der „Proletari" „vertauschen" die Begriffe Revolution und Diktatur. Die „Iskra" will eine solche „Vertauschung" nicht. Stimmt haargenau, verehrter Gen. Martynow! Sie haben ungewollt eine große Wahrheit ausgesprochen. Sie haben durch eine *neue* Formulierung unsere These bestätigt, daß die „Iskra" im Nachtrab der Revolution einhertrottet und ihre Aufgaben fast ebenso formuliert wie das „Oswoboshdenije", während der „Wperjod" und der „Proletari" Losungen herausgeben, welche die demokratische Revolution vorwärtsführen.

Das ist Ihnen unverständlich, Gen. Martynow? Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Frage werden wir uns bemühen, Ihnen eine ausführliche Erläuterung zu geben.

Der bürgerliche Charakter der demokratischen Revolution äußert sich unter anderem darin, daß eine ganze Reihe von Klassen, Gruppen und Schichten der Gesellschaft, die durchaus auf dem Boden der Anerkennung des Privateigentums und der Warenwirtschaft stehen und unfähig sind, über diesen Rahmen hinauszugehen, durch die Macht der Umstände dazu kommen, die Untauglichkeit der Selbstherrschaft und überhaupt des ganzen leibeigenschaftlichen Systems einzusehen, und sich der Forderung nach Freiheit anschließen. Dabei tritt der bürgerliche Charakter *dieser* Freiheit, die von der „Gesellschaft" gefordert und von den Gutsbesitzern

und Kapitalisten mit einem Schwall von Worten (und nur von Worten!) verteidigt wird, immer klarer zutage. Zugleich wird auch der fundamentale Unterschied zwischen dem Kampf der Arbeiter und dem Kampf der Bourgeoisie für die Freiheit, zwischen dem proletarischen und dem liberalen Demokratismus immer augenscheinlicher. Die Arbeiterklasse und ihre bewußten Vertreter schreiten vorwärts und treiben diesen Kampf vorwärts, wobei sie sich keineswegs fürchten, diesen Kampf zu Ende zu führen, ja sogar noch viel weiter streben, als selbst das weitest gesteckte Ziel der demokratischen Revolution reicht. Die Bourgeoisie *ist* inkonsequent und eigennützig, sie akzeptiert die Losungen der Freiheit nur unvollständig und heuchlerisch. Jedweder Versuch, durch eine besondere Linie, durch besonders ausgearbeitete „Punkte" (nach Art der Punkte in der Resolution Starowers oder der Konferenzler) die Grenzen festzusetzen, jenseits welcher die Heuchelei der bürgerlichen Freiheitsfreunde oder, wenn man will, der Verrat der Freiheit durch ihre bürgerlichen Freunde beginnt, ist unweigerlich zum Scheitern verurteilt, denn die Bourgeoisie, die zwischen zwei Feuer (Selbstherrschaft und Proletariat) geraten ist, kann auf tausenderlei Wegen und mit tausenderlei Mitteln ihre Stellung und ihre Losungen wechseln, indem sie sich einen Zoll nach links und einen Zoll nach rechts anpaßt und ständig schachert und feilscht. Die Aufgabe des proletarischen Demokratismus besteht nicht im Ausklügeln solcher *toten „Punkte", sondern in der unermüdlichen Kritik* an der sich entwickelnden politischen Situation, in der Anprangerung aller neuen, immer neuen, vorher gar nicht vorauszusehenden Fälle von Inkonsequenz und Verrat der Bourgeoisie.

Man erinnere sich an die Geschichte des politischen Auftretens des Herrn Struve in der illegalen Literatur, an die Geschichte des Kampfes der Sozialdemokratie gegen ihn, und man wird anschaulich sehen, wie die Sozialdemokratie, die Vorkämpferin des proletarischen Demokratismus, diese Aufgaben erfüllt hat. Herr Struve begann mit der rein Schipowschen Losung „Rechte und ein machtbefugtes Semstwo" (siehe meinen Artikel in der „Sarja" „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus" *). Die Sozialdemokratie entlarvte ihn und stieß ihn vorwärts zu einem ausgesprochen konstitutionalistischen Programm. Als sich diese

---

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 21–73. *Die Red.*

„Stöße" dank dem besonders raschen Gang der revolutionären Ereignisse ausgewirkt hatten, richtete sich der Kampf auf die *nächste* Frage des Demokratismus: Nicht nur eine Verfassung schlechthin, sondern unbedingt das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht. Als wir auch diese neue Stellung des „Feindes" (die Annahme des allgemeinen Wahlrechts durch den „Bund der Befreiung") „erobert" hatten, begannen wir weiter nachzudrängen, indem wir zeigten, daß das Zweikammersystem Heuchelei und Schwindel ist und daß die Oswoboshdenzen das allgemeine Wahlrecht nur unvollständig anerkennen, indem wir an ihrem *Monarchismus* nachwiesen, daß sie mit ihrem Demokratismus Geschäfte machen oder, anders ausgedrückt, daß diese „Oswoboshdenije"-Helden des Geldsacks mit den Interessen der großen russischen Revolution *Schacher* treiben.

Die verbohrte Hartnäckigkeit der Selbstherrschaft, der gigantische Fortschritt des Bürgerkriegs und die ausweglose Lage, in welche die Monarchisten Rußland gebracht hatten, zwang schließlich auch die Begriffsstutzigsten zur Einsicht. Die Revolution wurde *zur Tatsache*. Man brauchte nicht mehr ein Revolutionär zu sein, um die Revolution anzuerkennen. Die absolutistische Regierung zersetzte sich faktisch und zersetzt sich vor aller Augen. Wie ein Liberaler (Herr Gredeskul) in einer legalen Zeitung mit Recht bemerkt hat, kam es zur faktischen Unbotmäßigkeit gegenüber dieser Regierung. Bei all ihrer scheinbaren Macht erwies sich die Selbstherrschaft als machtlos, die Ereignisse der sich entwickelnden Revolution begannen diesen bei lebendigem Leibe verwesenden parasitären Organismus einfach beiseite zu schieben. Gezwungen, ihre Tätigkeit (oder richtiger gesagt: ihre politischen Geschäfte) auf dem Boden der gegebenen, faktisch entstandenen Verhältnisse aufzubauen, sahen sich die liberalen Bourgeois *mit der Zeit vor die Notwendigkeit gestellt, die Revolution anzuerkennen*. Sie tun das, nicht weil sie Revolutionäre sind, sondern obwohl sie keine Revolutionäre sind. Sie tun das notgedrungen und gegen ihren Willen, sehen mit Ingrimm die Erfolge der Revolution und bezichtigen die Selbstherrschaft, die kein Kompromiß will, sondern Kampf auf Leben und Tod, sie fördere die Revolution. Als geborene Krämer hassen sie den Kampf und die Revolution, aber die Umstände zwingen sie, sich auf den Boden der Revolution zu stellen, denn einen anderen Boden haben sie nicht unter den Füßen.

Wir wohnen einem höchst lehrreichen und höchst komischen Schauspiel bei. Die Prostituierten des bürgerlichen Liberalismus versuchen, sich in die revolutionäre Toga zu hüllen. Die Oswoboshdenzen – risum teneatis, amici!* – die Oswoboshdenzen beginnen im Namen der Revolution zu sprechen! Die Oswoboshdenzen beginnen zu versichern, daß sie „die Revolution nicht fürchten" (Herr Struve in Nr. 72 des „Oswoboshdenije")!!! Die Oswoboshdenzen erheben den Anspruch, „an die Spitze der Revolution zu treten"!!!

Das ist eine höchst bezeichnende Erscheinung, und sie kennzeichnet nicht nur den Fortschritt des bürgerlichen Liberalismus, sondern noch mehr den Fortschritt der realen Erfolge der revolutionären Bewegung, die sich ihre Anerkennung *erzwungen* hat. Sogar die Bourgeoisie beginnt zu fühlen, daß es vorteilhafter ist, sich auf den Boden der Revolution zu stellen – so sehr ist die Selbstherrschaft ins Wanken geraten. Anderseits aber stellt uns diese Erscheinung, die vom Aufstieg der ganzen Bewegung auf eine neue, eine höhere Stufe zeugt, auch neue und höhere Aufgaben. Die Anerkennung der Revolution durch die Bourgeoisie kann nicht aufrichtig sein, ganz unabhängig von der persönlichen Ehrlichkeit des einen oder anderen bürgerlichen Ideologen. Die Bourgeoisie kann nicht anders, als auch in dieses höhere Stadium der Bewegung ihren Eigennutz und ihre Inkonsequenz, ihr Krämertum und ihre kleinlichen reaktionären Schliche mitzubringen. Auf Grund unseres Programms und in Weiterentwicklung unseres Programms müssen wir jetzt die nächsten *konkreten* Aufgaben der Revolution *anders* formulieren. Was gestern genügend war, *ist heute ungenügend*. Gestern war es vielleicht genügend, als fortschrittliche demokratische Losung die Anerkennung der Revolution zu fordern. Jetzt ist das zuwenig. Die Revolution hat sogar Herrn Struve gezwungen, sie anzuerkennen. Jetzt wird von der fortgeschrittensten Klasse verlangt, daß sie den *eigentlichen Inhalt* der aktuellen und unaufschiebbaren Aufgaben dieser Revolution genau bestimme. Die Herren Struve erkennen zwar die Revolution an, aber immer wieder sieht man gleich ihre Eselsohren, aufs neue stimmen sie das alte Liedchen an, daß ein friedlicher Ausgang möglich sei, daß *Nikolaus* die Herren Oswoboshdenzen zur Macht berufen werde usw. usf. Die Herren Oswoboshdenzen erkennen die Revolution an, um desto gefahrloser für sich diese Revolution zu eskamotieren, sie

* Haltet das Lachen zurück, Freunde!

zu verraten. Unsere Sache ist es jetzt, dem Proletariat und dem ganzen Volk zu sagen, daß die Losung Revolution ungenügend ist, darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, den *eigentlichen Inhalt* der Revolution klar und eindeutig, konsequent und entschieden zu bestimmen. Und eine solche Bestimmung ist eben die Losung, die allein geeignet ist, den „entscheidenden Sieg" der Revolution richtig auszudrücken, nämlich die Losung: revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft[34].

Mißbrauch mit Worten ist eine sehr alltägliche Erscheinung in der Politik. Als „Sozialisten" bezeichneten sich beispielsweise oft genug sowohl die Anhänger des englischen bürgerlichen Liberalismus („wir alle sind jetzt Sozialisten" — „we all are socialists now", sagte Harcourt) als auch die Anhänger Bismarcks und die Freunde des Papstes Leo XIII. Das Wort „Revolution" eignet sich ebenfalls sehr gut zum Mißbrauch, und in einem bestimmten Entwicklungsstadium der Bewegung ist ein solcher Mißbrauch unausbleiblich. Als Herr Struve anfing, im Namen der Revolution zu sprechen, erinnerten wir uns unwillkürlich Thiers'. Wenige Tage vor der Februarrevolution witterte diese Zwergmißgeburt, dieser vollendetste geistige Ausdruck der politischen Käuflichkeit der Bourgeoisie, in der Luft das Herannahen einer Volksbewegung. Und er erklärte in der Deputiertenkammer, daß er *zur Partei der Revolution gehöre*! (Siehe Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich"[35].) Die politische Bedeutung des Übergangs der Oswoboshdenzen zur Partei der Revolution ist mit diesem „Übergang" Thiers' *völlig identisch*. Beginnen die russischen Thiers von ihrer Zugehörigkeit zur Partei der Revolution zu sprechen, so heißt das, daß die Losung Revolution ungenügend und nichtssagend geworden ist, daß sie die Aufgaben nicht bestimmt, denn die Revolution ist zur Tatsache geworden, und auf ihre Seite haben sich die verschiedenartigsten Elemente geschlagen.

In der Tat, was bedeutet Revolution vom marxistischen Standpunkt aus? Gewaltsame Zerstörung des überlebten politischen Überbaus, dessen Widerspruch zu den neuen Produktionsverhältnissen in einem bestimmten Zeitpunkt zu seinem Zusammenbruch geführt hat. Der Widerspruch der Selbstherrschaft zur ganzen Struktur des kapitalistischen Rußlands, zu allen Erfordernissen seiner bürgerlich-demokratischen Entwicklung, hat jetzt zu einem um so stärkeren Zusammenbruch geführt, je länger dieser

Widerspruch künstlich aufrechterhalten worden ist. Der Überbau kracht in allen Fugen, hält dem Ansturm nicht stand, verliert seinen Halt. Das Volk muß sich selbst durch die Vertreter der verschiedensten Klassen und Gruppen einen neuen Überbau schaffen. In einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung wird die Untauglichkeit des alten Überbaus allen klar. Alle erkennen die Revolution an. Jetzt ist es die Aufgabe, zu bestimmen, *welche* Klassen den neuen Überbau errichten und *wie* sie das tun sollen. Ohne eine solche Bestimmung ist die Losung Revolution im gegenwärtigen Augenblick leer und inhaltslos, denn die Schwäche der Selbstherrschaft macht auch Großfürsten und die „Moskowskije Wedomosti"[36] zu „Revolutionären"! Ohne eine solche Bestimmung kann von den fortschrittlichen demokratischen Aufgaben der fortgeschrittensten Klasse gar keine Rede sein. Und diese Bestimmung ist eben die Losung: demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Diese Losung bestimmt sowohl jene Klassen, auf die sich die neuen „Erbauer" des neuen Überbaus stützen können und müssen, als auch dessen Charakter („demokratische" Diktatur zum Unterschied von der sozialistischen) und die Methode des Aufbaus (Diktatur, d. h. gewaltsame Unterdrückung des gewaltsamen Widerstands, Bewaffnung der revolutionären Klassen des Volkes). Wer jetzt diese Losung der revolutionär-demokratischen Diktatur, die Losung der revolutionären Armee, der revolutionären Regierung, der revolutionären Bauernkomitees nicht anerkennt, der begreift entweder die Aufgaben der Revolution nicht im geringsten, vermag ihre neuen und höheren, vom gegenwärtigen Augenblick gestellten Aufgaben nicht zu bestimmen, oder aber er betrügt das Volk und verrät die Revolution, denn er mißbraucht die Losung „Revolution".

Der erste Fall trifft auf Gen. Martynow und seine Freunde zu, der zweite auf Herrn Struve und die ganze „konstitutionell-demokratische" Semstwopartei.

Gen. Martynow war so scharfsinnig und geistreich, die Beschuldigung, daß die Begriffe Revolution und Diktatur „vertauscht" würden, gerade in dem Augenblick vorzubringen, als die Entwicklung der Revolution forderte, ihre Aufgaben durch die Losung Diktatur zu bestimmen! Gen. Martynow hatte tatsächlich wieder einmal das Pech, im Nachtrab einherzutrotten, auf der vorletzten Stufe stehenzubleiben, *sich auf dem Niveau des Oswoboshdenzentums zu befinden*, denn gerade der politischen Stel-

lung der Oswoboshdenzen, d. h. den Interessen der liberalen monarchistischen Bourgeoisie, entspricht jetzt die Anerkennung der „Revolution" (in Worten) und die ablehnende Haltung zur demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (d. h. zur Revolution in Taten). Die liberale Bourgeoisie spricht sich jetzt, durch den Mund des Herrn Struve, für die Revolution aus. Das klassenbewußte Proletariat fordert, durch den Mund der revolutionären Sozialdemokraten, die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Und hier mischt sich der Weise aus der neuen „Iskra" in den Streit ein und donnert: Wagt es nicht, die Begriffe Revolution und Diktatur zu „vertauschen"! Nun, ist es etwa nicht wahr, daß die falsche Position der Neuiskristen sie dazu verurteilt, ständig im Nachtrab des Oswoboshdenzentums einherzutrotten?

Wir haben gezeigt, daß die Oswoboshdenzen in der Anerkennung des Demokratismus (nicht unbeeinflußt von den aufmunternden Stößen der Sozialdemokratie) von Stufe zu Stufe emporsteigen. Anfangs war die Frage in unserer Polemik mit ihnen: Schipowsche Politik (Rechte und ein machtbefugtes Semstwo) oder Konstitutionalismus? Dann: beschränkte Wahlen oder allgemeines Wahlrecht? Weiter: Anerkennung der Revolution oder Maklergeschäft mit der Selbstherrschaft? Und schließlich jetzt: Anerkennung der Revolution ohne Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft oder Anerkennung der Forderung einer Diktatur dieser Klassen in der demokratischen Revolution? Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die Herren Oswoboshdenzen (einerlei, ob die heutigen oder ihre Nachfolger am linken Flügel der bürgerlichen Demokratie) noch eine Stufe höher steigen, d. h. mit der Zeit (vielleicht dann, wenn Gen. Martynow noch eine Stufe höher steigt) auch die Losung der Diktatur anerkennen werden. Das wird sogar unvermeidlich so kommen, wenn die russische Revolution mit Erfolg vorwärtsschreitet und den entscheidenden Sieg erringt. Welches wird dann die Stellung der Sozialdemokratie sein? Mit dem vollen Sieg der jetzigen Revolution wird die demokratische Umwälzung zu Ende sein und der entscheidende Kampf für die sozialistische Umwälzung beginnen. Mit der Verwirklichung der Forderungen der heutigen Bauernschaft, der vollständigen Zerschlagung der Reaktion und der Eroberung der demokratischen Republik wird die Bourgeoisie und sogar die Kleinbourgeoisie völlig aufhören, revolutionär zu sein, wird der wirkliche Kampf des Proletariats für den Sozialismus beginnen. Je vollstän-

diger die demokratische Umwälzung sein wird, um so schneller, breiter, reiner und entschiedener wird sich dieser neue Kampf entfalten. Die Losung der „demokratischen" Diktatur bringt denn auch den historisch begrenzten Charakter der heutigen Revolution und die Notwendigkeit eines neuen Kampfes auf dem Boden der neuen Zustände für die volle Befreiung der Arbeiterklasse von jedem Joch und jeder Ausbeutung zum Ausdruck. Mit anderen Worten: Wenn die demokratische Bourgeoisie oder Kleinbourgeoisie noch eine Stufe höher gestiegen, wenn nicht nur die Revolution, sondern auch der volle Sieg der Revolution zur Tatsache geworden sein wird, dann werden wir (vielleicht unter furchtbarem Wehgeschrei neuer, künftiger Martynows) die Losung der demokratischen Diktatur mit der Losung der sozialistischen Diktatur des Proletariats, d. h. der vollständigen sozialistischen Umwälzung, „vertauschen".

III. DIE VULGÄR-BÜRGERLICHE DARSTELLUNG DER DIKTATUR UND MARX' ANSICHT ÜBER DIE DIKTATUR

Mehring[37] erzählt in seinen einleitenden Bemerkungen zu den von ihm herausgegebenen Marxschen Artikeln aus der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom Jahre 1848, daß die bürgerliche Literatur dieser Zeitung unter anderem den Vorwurf machte, sie habe als einziges „Mittel zur Durchführung der Demokratie die sofortige Einführung der Diktatur verlangt" (Marx' Nachlaß, Bd. III, S. 53*). Vom vulgär-bürgerlichen Standpunkt schließen der Begriff Diktatur und der Begriff Demokratie einander aus. Der Bourgeois, der die Theorie des Klassenkampfes nicht begreift und gewöhnt ist, in der politischen Arena den kleinlichen Zank der verschiedenen Zirkel und Koterien der Bourgeoisie zu sehen, versteht unter Diktatur die Abschaffung aller Freiheiten und Garantien der Demokratie, jegliche Willkür, jeglichen Mißbrauch der Macht im persönlichen Interesse des Diktators. Im Grunde genommen schimmert eben dieser vulgär-bürgerliche Standpunkt auch bei unserm Martynow durch, der am Schluß seines „neuen

* „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle", 2. Aufl. *Der Übers.*

Feldzugs" in der neuen „Iskra" die Vorliebe des „Wperjod" und des „Proletari" für die Losung der Diktatur damit erklärt, daß Lenin „schrecklich gern sein Glück versuchen möchte" („Iskra" Nr. 103, Spalte 2). Um Martynow den Begriff der Diktatur der Klasse zum Unterschied von der Diktatur einer Person und die Aufgaben der demokratischen Diktatur zum Unterschied von der sozialistischen zu erklären, wird es nicht ohne Nutzen sein, auf die Ansichten der „Neuen Rheinischen Zeitung" einzugehen.

„Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution", schrieb die „Neue Rheinische Zeitung" vom 14. September 1848, „erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur. Wir haben es Camphausen" (preußischer Ministerpräsident nach dem 18. März 1848) „von Anfang an vorgeworfen, daß er nicht diktatorisch auftrat, daß er die Überbleibsel der alten Institutionen nicht sogleich zerschlug und entfernte. Während also Herr Camphausen sich in konstitutionellen Träumereien wiegte, verstärkte die geschlagene Partei" (d. h. die Partei der Reaktion) „die Positionen in der Bürokratie und in der Armee, ja, wagte hier und da selbst den offenen Kampf."[38]

„Die Zeitung faßt hier", sagt mit Recht Mehring, „in wenigen Sätzen zusammen, was sie in ihren langen Abhandlungen über das Ministerium Camphausen ausführlich begründete." Was sagen uns diese Worte von Marx? Daß eine provisorische revolutionäre Regierung diktatorisch vorgehen *muß* (ein Grundsatz, den die „Iskra", die sich vor der Losung der Diktatur scheute, durchaus nicht verstehen konnte) und daß die Aufgabe dieser Diktatur die Vernichtung der Überbleibsel der alten Institutionen ist (genau das, was in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR über den Kampf gegen die Konterrevolution klar gesagt und in der Resolution der Konferenz, wie wir oben gezeigt haben, weggelassen ist). Drittens endlich folgt aus diesen Worten, daß Marx die bürgerlichen Demokraten wegen ihrer „konstitutionellen Träumereien" in der Epoche der Revolution und des offenen Bürgerkriegs geißelte. Welchen Sinn diese Worte haben, ist besonders anschaulich zu ersehen aus dem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom 6. Juni 1848: „Eine konstituierende Nationalversammlung", schrieb Marx, „muß vor allem eine *aktive*, revolutionär-aktive Versammlung sein. Die Versammlung in Frankfurt macht parlamentarische Schulübungen und läßt die Regierungen handeln. Gesetzt, es gelänge diesem gelehrten Konzil nach allerreifster Überlegung, die beste

Tagesordnung und die beste Verfassung auszuklügeln, was nutzt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierungen unterdes die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt?" [39]

Das ist eben der Sinn der Losung: Diktatur. Man kann daraus ersehen, wie sich Marx zu Resolutionen verhalten hätte, die den „Beschluß, eine konstituierende Versammlung zu organisieren", einen entscheidenden Sieg nennen oder die dazu auffordern, „die Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben".

Große Fragen werden im Leben der Völker nur durch Gewalt entschieden. Die reaktionären Klassen greifen gewöhnlich als erste zur Gewalt, *beginnen den Bürgerkrieg* und *„setzen die Bajonette* auf die Tagesordnung", wie es die russische Selbstherrschaft tat und wie sie es seit dem 9. Januar systematisch und unentwegt überall und allenthalben tut. Ist aber einmal eine solche Lage geschaffen worden, sind die Bajonette wirklich an erster Stelle auf die politische Tagesordnung gesetzt worden, hat sich der Aufstand als notwendig und unaufschiebbar herausgestellt, dann werden konstitutionelle Träumereien und parlamentarische Schulübungen zum bloßen Deckmantel des bürgerlichen Verrats an der Revolution, zum Deckmantel für das „Abschwenken" der Bourgeoisie von der Revolution. Und dann muß die wirklich revolutionäre Klasse eben die Losung der Diktatur ausgeben.

Über die Aufgaben dieser Diktatur schrieb Marx schon in der „Neuen Rheinischen Zeitung": „Sie (die Nationalversammlung) brauchte nur überall den reaktionären Übergriffen überlebter Regierungen diktatorisch entgegenzutreten, und sie eroberte sich eine Macht in der Volksmeinung, an der alle Bajonette und Kolben zersplittert wären... Sie langweilt das deutsche Volk, statt es mit sich fortzureißen oder von ihm fortgerissen zu werden." [40] Die Nationalversammlung hätte nach der Meinung von Marx alles tun müssen, um „aus dem faktisch bestehenden Zustande Deutschlands alles zu entfernen, was dem Prinzip der Volkssouveränität widersprach", um dann „den revolutionären Boden, auf dem sie steht, zu behaupten, um die Errungenschaft der Revolution, die Volkssouveränität, vor allen Angriffen sicherzustellen" [41].

Folglich liefen die Aufgaben, die Marx 1848 der revolutionären Regierung oder der Diktatur stellte, ihrem Inhalt nach vor allem auf eine *demokratische* Umwälzung hinaus: Schutz vor der Konterrevolution und

faktische Beseitigung alles dessen, was der Volkssouveränität widerspricht. Und das ist nichts anderes als die revolutionär-demokratische Diktatur.

Nun weiter: Welche Klassen konnten und mußten nach der Meinung von Marx diese Aufgaben verwirklichen (das Prinzip der Volkssouveränität wirklich restlos durchführen und die Angriffe der Konterrevolution abwehren)? Marx spricht vom „Volk". Wir wissen aber, daß er die kleinbürgerlichen Illusionen von der Einheit des „Volkes" und vom Nichtvorhandensein des Klassenkampfes innerhalb des Volkes stets schonungslos bekämpft hat. Das Wort „Volk" gebrauchte Marx, nicht um die Klassenunterschiede zu vertuschen, sondern um bestimmte Elemente zusammenzufassen, die fähig sind, die Revolution zu Ende zu führen.

Nach dem Sieg des Berliner Proletariats am 18. März, schrieb die „Neue Rheinische Zeitung", hätten sich zweierlei Resultate der Revolution gezeigt: „... auf der einen Seite die Volksbewaffnung, das Assoziationsrecht, die faktisch errungene Volkssouveränität; auf der andern die Beibehaltung der Monarchie und das Ministerium Camphausen-Hansemann, d. h. die Regierung der Vertreter der hohen Bourgeoisie.

Die Revolution hatte also zwei Reihen von Resultaten, die notwendig auseinandergehen mußten. Das Volk hatte gesiegt, es hatte sich Freiheiten entschieden demokratischer Natur erobert; aber die unmittelbare Herrschaft ging über, nicht in seine Hände, sondern in die der großen Bourgeoisie.

Mit einem Wort, die Revolution war nicht vollendet. Das Volk hatte die Bildung eines Ministeriums von großen Bourgeois zugelassen, und die großen Bourgeois bewiesen ihre Tendenzen sogleich dadurch, daß sie dem altpreußischen Adel und der Bürokratie eine Allianz anboten. Arnim, Kanitz, Schwerin traten ins Ministerium.

Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d. h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion" (von uns hervorgehoben).[42]

Also nicht nur der „Beschluß, eine konstituierende Versammlung zu organisieren", sondern selbst ihre wirkliche Einberufung ist für den entscheidenden Sieg der Revolution noch ungenügend! Sogar nach einem Teilsieg im bewaffneten Kampf (dem Sieg der Berliner Arbeiter über die Truppen am 18. März 1848) ist eine „nicht abgeschlossene", „nicht vollendete" Revolution möglich. Wovon hängt nun ihre Vollendung ab?

Davon, in wessen Hände die unmittelbare Herrschaft übergeht: ob in die Hände der Petrunkewitsch und Roditschew, also unserer Camphausen und Hansemann, oder in die Hände des *Volkes*, d. h. der Arbeiter und der demokratischen Bürgerschaft. Im ersten Falle wird die Bourgeoisie die Macht haben, das Proletariat aber – „die Freiheit der Kritik", die Freiheit, „die Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben". Die Bourgeoisie wird sogleich nach dem Siege ein Bündnis mit der Reaktion schließen (das würde unvermeidlich auch in Rußland geschehen, wenn zum Beispiel die Petersburger Arbeiter im Straßenkampf gegen das Militär nur einen Teilsieg errängen und den Herren Petrunkewitsch und Co. die Bildung der Regierung überließen). Im zweiten Falle wäre eine revolutionär-demokratische Diktatur, d. h. der volle Sieg der Revolution möglich.

Es bleibt noch übrig, genauer zu bestimmen, was Marx eigentlich unter der „demokratischen Bürgerschaft" verstand, die er, zusammen mit den Arbeitern, als Volk bezeichnete, im Gegensatz zur Großbourgeoisie.

Eine klare Antwort auf diese Frage gibt folgende Stelle aus dem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom 29. Juli 1848: „Die deutsche Revolution von 1848 ist nur *die Parodie der französischen Revolution von 1789.*

Am 4. August 1789, drei Wochen nach dem Bastillensturm, wurde das französische Volk auf *einen* Tag mit den Feudallasten fertig.

Am 11. Juli 1848, vier Monate nach den Märzbarrikaden, werden die Feudallasten mit dem deutschen Volk fertig, teste Gierke cum Hansemanno.*

Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herr-

---

* „Zeugen: Gierke zusammen mit Hansemann." Hansemann war der Minister der Partei der Großbourgeoisie (also der preußische Trubezkoi oder Roditschew usw.). Gierke war Landwirtschaftsminister im Ministerium Hansemann und arbeitete einen Gesetzentwurf aus, einen „kühnen" Gesetzentwurf zur „Beseitigung aller Feudallasten", angeblich „ohne Entschädigung", in Wirklichkeit jedoch zur Beseitigung der kleinen und unwichtigen, aber zur Beibehaltung oder Ablösung der wesentlichen Lasten. Herr Gierke war so etwas wie die russischen Kablukow, Manuilow, Herzenstein und ihnen verwandte bürgerlich-liberale Bauernfreunde, die eine „Erweiterung des bäuerlichen Grundbesitzes" wünschen, aber die Gutsherren nicht kränken wollen.

schaft war Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, Herstellung der freien, grundbesitzenden Bauernklasse.

Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre *natürlichsten Bundesgenossen*, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel.

Die Fortdauer, die Sanktion der Feudalrechte in der Form der (illusorischen) Ablösung, das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wolle von dem vielen Geschrei!"[43]

Das ist eine sehr lehrreiche Stelle, die uns vier wichtige Thesen an die Hand gibt: 1. Die nichtvollendete deutsche Revolution unterscheidet sich von der vollendeten französischen dadurch, daß die Bourgeoisie nicht nur den Demokratismus im allgemeinen, sondern auch die Bauernschaft im besonderen verraten hat. 2. Die Grundlage für die völlige Verwirklichung der demokratischen Umwälzung bildet die Herstellung einer freien Bauernklasse. 3. Die Herstellung einer solchen Klasse bedeutet die Beseitigung der Feudallasten und die Vernichtung des Feudalismus, aber noch keineswegs eine sozialistische Umwälzung. 4. Die Bauern sind die „natürlichsten" Bundesgenossen der Bourgeoisie, nämlich der demokratischen Bürgerschaft, die ohne sie der Reaktion gegenüber „machtlos" ist.

Berücksichtigt man die entsprechenden konkreten nationalen Besonderheiten und setzt an die Stelle des Feudalismus die Leibeigenschaft, so sind alle diese Thesen auch auf das Rußland von 1905 voll anwendbar. Und zweifellos können wir, wenn wir aus der von Marx beleuchteten Erfahrung Deutschlands die Lehren ziehen, zu keiner anderen Losung für den entscheidenden Sieg der Revolution gelangen als zu der Losung: revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Es steht außer Zweifel, daß die Hauptbestandteile des „Volkes", das Marx 1848 der Widerstand leistenden Reaktion und der Verrat übenden Bourgeoisie entgegengestellt hat, das Proletariat und die Bauernschaft sind. Es steht außer Zweifel, daß auch bei uns in Rußland die liberale Bourgeoisie und die Herren Oswoboshdenzen die Bauernschaft jetzt verraten und künftig verraten werden, d. h. sich durch eine Scheinreform aus der Affäre ziehen und im entscheidenden Kampf zwischen den Gutsbesitzern und der Bauernschaft auf die Seite der ersteren schlagen werden. Nur das Proletariat ist fähig, die Bauernschaft in diesem Kampfe bis zu Ende zu unterstützen. Schließlich steht außer Zweifel, daß auch bei uns in Rußland der Erfolg

des Bauernkampfes, d. h. der Übergang des gesamten Grund und Bodens an die Bauernschaft, eine vollständige demokratische Umwälzung bedeuten und die soziale Stütze der vollendeten Revolution sein wird, keineswegs aber eine sozialistische Umwälzung und nicht die „Sozialisierung", von der die Ideologen des Kleinbürgertums, die Sozialrevolutionäre, reden. Der Erfolg des Bauernaufstands, der Sieg der demokratischen Revolution wird erst den Weg ebnen zum wirklichen und entscheidenden Kampf für den Sozialismus auf dem Boden der demokratischen Republik. Die Bauernschaft wird als grundbesitzende Klasse in diesem Kampf dieselbe verräterische, schwankende Rolle spielen, wie die Bourgeoisie sie jetzt im Kampf für die Demokratie spielt. Das vergessen heißt den Sozialismus vergessen, heißt sich und andere über die wahren Interessen und Aufgaben des Proletariats betrügen.

Um die Marxschen Ansichten aus dem Jahre 1848 lückenlos wiederzugeben, ist es notwendig, auf *einen* wesentlichen Unterschied zwischen der damaligen deutschen Sozialdemokratie (oder der Kommunistischen Partei des Proletariats, um in der damaligen Sprache zu reden) und der heutigen russischen Sozialdemokratie hinzuweisen. Geben wir Mehring das Wort:

„...als ‚Organ der Demokratie' hatte sie" (die Neue Rheinische Zeitung) „die politische Bühne beschritten, und sowenig sich der rote Faden verkennen ließ, der sich durch ihre Arbeiten zog, so vertrat sie zunächst noch mehr die Interessen der bürgerlichen Revolution gegenüber dem Absolutismus und dem Feudalismus, als daß sie schon die Interessen des Proletariats gegen die Bourgeoisie vertreten hätte. Von der besonderen Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre ist in ihren Spalten wenig zu finden, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß neben ihr unter der Leitung Molls und Schappers ein besonderes Organ des Kölner Arbeitervereins[44] zweimal wöchentlich erschien. Immerhin fällt dem heutigen Leser auf, wie geringes Interesse die Neue Rheinische Zeitung der damaligen deutschen Arbeiterbewegung geschenkt hat, obgleich deren fähigster Kopf, Stephan Born, in Paris und Brüssel von Marx und Engels gelernt hatte und auch jetzt von Berlin aus für ihre Zeitung korrespondierte. In seinen Denkwürdigkeiten erzählt Born, daß sie ihm nie ein Wort der Mißbilligung über seine Arbeiteragitation gesagt hätten; dennoch machen es spätere Äußerungen von Engels wahrscheinlich, daß sie wenigstens mit der

Art dieser Agitation unzufrieden gewesen sind, mit Recht, insofern als Born dem, in dem weitaus größten Teile Deutschlands noch ganz unentwickelten Klassenbewußtsein des Proletariats manche Zugeständnisse machen mußte, die vor dem Kommunistischen Manifest nicht bestehen konnten, mit Unrecht, insofern als Born die von ihm geleitete Agitation doch auf einer verhältnismäßig sehr beträchtlichen Höhe zu halten wußte... Ohne Zweifel waren sie historisch und politisch auch in ihrem Rechte, wenn sie das wichtigste Interesse der Arbeiterklasse zunächst in dem möglichsten Vorantreiben der bürgerlichen Revolution sahen... Trotz alledem bleibt es ein merkwürdiger Beweis dafür, wie der elementare Instinkt der Arbeiterbewegung die Konzeptionen der genialsten Denker zu berichtigen weiß, daß sie im April 1849 sich für eine spezifische Arbeiterorganisation entschieden und die Beschickung des Arbeiterkongresses beschlossen, der besonders von dem ostelbischen Proletariat vorbereitet worden war."

Also erst im April 1849, nach fast einjähriger Herausgabe der revolutionären Zeitung (die „Neue Rheinische Zeitung" begann am 1. Juni 1848 zu erscheinen), sprachen sich Marx und Engels für eine besondere Organisation der Arbeiter aus! Bis dahin leiteten sie einfach ein „Organ der Demokratie", das durch keinerlei organisatorische Bande mit einer selbständigen Arbeiterpartei verbunden war! Diese von unserem heutigen Standpunkt ungeheuerliche und unglaubliche Tatsache zeigt uns klar, welch großer Unterschied zwischen der damaligen deutschen und der heutigen russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei besteht. Diese Tatsache zeigt uns, um wieviel weniger in der deutschen demokratischen Revolution (infolge der Rückständigkeit des Deutschlands von 1848 sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht – die staatliche Zersplitterung) die proletarischen Züge der Bewegung, die proletarische Strömung in ihr zutage getreten sind. Das darf nicht vergessen werden bei der Beurteilung der wiederholten Erklärungen von Marx aus dieser und der etwas späteren Epoche über die Notwendigkeit, eine selbständige Partei des Proletariats zu organisieren. Marx hat erst aus der Erfahrung der demokratischen Revolution, fast ein Jahr nachher, praktisch diese Schlußfolgerung gezogen: so spießig, so kleinbürgerlich war damals die ganze Atmosphäre in Deutschland. Für uns ist diese Schlußfolgerung eine seit langem feststehende, aus der halbhundertjährigen Erfahrung der internationalen

Sozialdemokratie gezogene Erkenntnis — eine Erkenntnis, mit der wir *begonnen* haben, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands zu organisieren. Bei uns kann z. B. keine Rede davon sein, daß die revolutionären Zeitungen des Proletariats außerhalb der sozialdemokratischen Partei des Proletariats stünden, daß sie auch nur für einen Augenblick einfach als „Organe der Demokratie" auftreten könnten.

Aber jener Gegensatz, der sich zwischen Marx und Stephan Born eben erst zu zeigen begann, besteht bei uns in um so entwickelterer Form, je mächtiger im demokratischen Strom unserer Revolution die proletarische Strömung hervortritt. Wenn Mehring davon spricht, daß Marx und Engels mit der Agitation von Stephan Born wahrscheinlich unzufrieden waren, so drückt er sich allzu mild und ausweichend aus. Man lese, was Engels 1885 (in der Einleitung zu den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln", Zürich 1885) über Born schrieb:

Daß der „Bund der Kommunisten"[45] eine vorzügliche Schule der revolutionären Tätigkeit gewesen, wurde dadurch bewiesen, daß überall Bundesmitglieder an der Spitze der extrem-demokratischen Bewegung standen. „In Berlin stiftete der Schriftsetzer Stephan Born, der in Brüssel und Paris als tätiges Bundesmitglied gewirkt hatte, eine ‚Arbeiterverbrüderung', die eine ziemliche Verbreitung erhielt und bis 1850 bestand. Born, ein sehr talentvoller junger Mann, der es aber mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig hatte, ‚verbrüderte' sich mit den verschiedenartigsten Krethi und Plethi, um nur einen Haufen zusammenzubekommen, und war keineswegs der Mann, der Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos bringen konnte. In den amtlichen Veröffentlichungen des Vereins laufen daher auch die im ‚Kommunistischen Manifest' vertretenen Ansichten kunterbunt durcheinander mit Zunfterinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schutzzöllnerei usw., kurz, man wollte allen alles sein. *Speziell wurden Streiks, Gewerksgenossenschaften, Produktivgenossenschaften ins Werk gesetzt und vergessen, daß es sich vor allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern,* worauf allein solche Dinge auf die Dauer durchführbar waren" (von uns hervorgehoben). „Als dann die Siege der Reaktion den Leitern der Verbrüderung die Notwendigkeit fühlbar machten, direkt in den Revolutionskampf einzutreten, wurden sie von der verworrenen Masse, die sie um sich gruppiert, selbst-

redend im Stich gelassen. Born beteiligte sich am Dresdner Maiaufstand 1849 und entkam glücklich. Die ‚Arbeiterverbrüderung' aber hatte sich, gegenüber der großen politischen Bewegung des Proletariats, als ein reiner Sonderbund bewährt, der großenteils nur auf dem Papier bestand und eine so untergeordnete Rolle spielte, daß die Reaktion ihn erst 1850 und seine fortbestehenden Ableger erst mehrere Jahre nachher zu unterdrücken für nötig fand. Born, der eigentlich Buttermilch* heißt, wurde keine politische Größe, sondern ein kleiner Schweizer Professor, der nicht mehr den Marx ins Zünftlerische, sondern den sanften Renan in sein eignes süßliches Deutsch übersetzt." [46]

So beurteilte Engels die zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution!

Unsere Neuiskristen streben ebenfalls mit so unvernünftigem Eifer zum „Ökonomismus", daß sie für ihre „Erleuchtung" das Lob der monarchistischen Bourgeoisie verdienen. Sie sammeln ebenfalls ein buntscheckiges Publikum um sich, indem sie den „Ökonomisten" schmeicheln und die unaufgeklärte Masse mit Losungen von „Selbsttätigkeit", „Demokratismus", „Autonomie" u. dgl. m. demagogisch anlocken. Ihre Arbeiterverbände existieren ebenfalls oft nur in den Spalten der Chlestakowschen** neuen „Iskra". Ihre Losungen und Resolutionen offenbaren ein ebensolches Unverständnis für die Aufgaben der „großen politischen Bewegung des Proletariats".

---

* Als ich Engels übersetzte, unterlief mir hier in der ersten Auflage ein Fehler, insofern ich das Wort Buttermilch nicht als Eigennamen, sondern als Gattungsnamen auffaßte. Dieser Fehler machte den Menschewiki natürlich ein Heidenvergnügen. Kolzow schrieb, ich hätte „Engels vertieft" (nachgedruckt in dem Sammelband „Zwei Jahre"), und Plechanow erinnert noch jetzt im „Towarischtsch" [47] daran—mit einem Wort, es fand sich ein *ausgezeichneter Vorwand, die Frage nach den zwei Tendenzen in der Arbeiterbewegung* des Jahres 1848 in Deutschland, der Tendenz Borns (der unseren Ökonomisten verwandt ist) und der marxistischen Tendenz, *zu umgehen*. Daß man den Fehler eines Opponenten, betreffe er auch nur den Familiennamen Borns, ausnutzt, ist nur allzu verständlich. Aber mittels Korrekturen an der Übersetzung die Frage nach dem Wesen der zwei Taktiken zu umgehen, das heißt in der Kernfrage des Streits kapitulieren. (Fußnote des Verfassers zur Ausgabe von 1907. *Die Red.*)

** Chlestakow — Hauptgestalt in Gogols „Revisor". *Der Übers.*